

eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute.“¹⁶²⁵

Lars Kuppi (MdL SN) veröffentlichte im Juli 2024 auf Facebook einen Beitrag, in dem er schrieb:

„Sächsische Unternehmen und Vereine haben die Kampagne ‚#stabilbleiben‘ zur Landtagswahl gestartet. Angesichts einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung wollen sie ein ‚Zeichen für mehr Miteinander‘ und ‚Vielfalt‘ setzen und hoffen auf eine hohe Wahlbeteiligung. Beteiligt sind mehrere Staatsunternehmen und Vereine, die die Regierung mit Steuergeldern finanziert“.¹⁶²⁶

Dazu veröffentlichte Kuppi die beigefügte Grafik mit dem Slogan „Einheitsfront wie in der DDR!“:



Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) monierte in einem Facebook-Beitrag vom 23. Juli 2022 die „totalitären Methoden“ der Regierung und zog einen Vergleich zur DDR:

„Das Ziel dieser neuen Sprachpolizei ist klar: Den Bürgern wird signalisiert, dass sie unter Beobachtung stehen, dass kritische politische Äußerungen erfasst und

¹⁶²⁵ Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 03.10.2024, abgerufen am 07.01.2025.
¹⁶²⁶ Kuppi, Lars: Facebook-Eintrag vom 11.07.2024, abgerufen am 29.07.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

gesammelt werden. [...] Die Regierung setzt also, auch wenn kein juristisches Vergehen vorliegt, auf Einschüchterung – auf totalitäre Methoden, wie wir sie z.B. aus der DDR kennen.“¹⁶²⁷

Am 15. Februar 2024 teilte das damalige Landesvorstandsmitglied Siegbert Droese (seit Juni 2024 MdEP, SN) folgenden Tweet der AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die darin Martin Vincentz (MdL NW und Landesvorsitzender NW) zitierte:

„Das erinnert dann schon stark an die DDR. Als #AfD werden wir dem Druck standhalten, denn es muss klar sein: Wer zu solchen Mitteln greift, entlarvt sich selbst als Gegner der Demokratie!“ - @Vincentz_AfD¹⁶²⁸

Der Tweet erfolgte in Bezug auf die folgende Grafik:



Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verglich die Bundesrepublik Deutschland und deren Institutionen in seiner Rede in einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 29. Januar 2024 in Dresden (SN) mehrfach mit der DDR und bezeichnete Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien als „Postdemokraten“:

„Diese Demos gegen rechts sind nichts Anderes als minutiös geplante Aufmärsche zur Einschüchterung und zur Demotivation aller, die sich den Kartellparteien beim Abbau unseres Landes und beim Rückbau der Demokratie entgegenstellen. Das schrieb mein Freund René Springer und er hat vollkommen recht. [...] Bestätigt sich es, was Tichy berichtet hat, dass der Verfassungsschutz nach Art

¹⁶²⁷ Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, ohne Abrufdatum.

¹⁶²⁸ Droese, Siegbert: Retweet eines Tweets vom 13.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

der Stasi eine privates Treffen in einem Hotel mit Wanzen durchsetzt und mit Spitzeln durchsetzt hat, und dass er im Zusammenspiel mit den informellen Mitarbeitern von Correctiv damit den Anlass für eine Kampagne gegen die Opposition gegeben hat, dann ist nicht nur Erich Haldenwang fällig, dann muss Nancy Faeser weg und die ganze schändliche Ampel auch. [...] Liebe Freunde, die Vorbereitung und die Durchführung dieser Aufmärsche der Regierenden zeigen, dass Deutschland in diesem Jahr 2024 nicht einfach in eine Krise treibt, sondern zielgerichtet von den Regierenden getrieben wird. [...] In dieser Krise steckt auch eine Chance und steckt auch eine Ermutigung. Denn diese Krise gäbe es nicht ohne die rasant gewachsene Kraft der Antiregierungsproteste, der Bürgerbewegung und der Alternative für Deutschland. Die Postdemokraten haben einfach Angst. [...] Allein die Angst vor Machteinbußen verzerrt das Gesicht unserer jetzigen Bonzen und es verzerrt diese Gesichter bis zur Kenntlichkeit und siehe da, [...] die im Reichstag sitzen und sich hinter einem Graben verstecken wollen, sie sehen zum Verwechseln denen ähnlich, die in Wandlitz¹⁶²⁹ saßen und sich dort eingemauert haben. [...] Und diejenigen, diejenigen, die Martin Sellner nicht einreisen lassen wollen, sie sehen zum Verwechseln denjenigen ähnlich, die uns nicht ausreisen lassen wollten. Und liebe Freunde, die heute die AfD verbieten wollen, die heute die AfD verbieten wollen, die hätten 1989 beim neuen Deutschland mit unterschrieben, als es hieß: ‚Der Minister des Inneren der DDR teilt mit, dass ein von zwei Personen unterzeichneter Antrag zur Bildung einer Vereinigung Neues Forum eingegangen, geprüft und abgelehnt wurde. Ziele und Anliegen der beantragten Vereinigung widersprechen der Verfassung und stellen eine staatsfeindliche Plattform dar.‘ Zitat Ende. Das ist die Sprache derjenigen, die heute die AfD verbieten wollen. Die Bonzen von damals und heute sehen sich zum Verwechseln ähnlich. Liebe Freunde, [...] 34 Jahre, 34 Jahre nach der Wende wird die BRD mehr und mehr zur Fortsetzung der DDR, zur Fortsetzung der DDR mit raffinierteren Mitteln, aber mit primitiverem Personal. Und liebe Freunde, das gilt in ganz besonderer Weise für die Christlich-Demokratische Union, die heute mehr denn je eine Blockpartei ist.“¹⁶³⁰

¹⁶²⁹ In der Walsiedlung Wandlitz lebte die politische DDR-Elite unter Abschottung nach außen.

¹⁶³⁰ Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag bei einer PEDIGA-Veranstaltung am 29.01.2024 in Dresden (SN), veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.01.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 31.01.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In einem Tweet vom 30. Mai 2024 nahm Alexander Wiesner (MdL SN) Bezug auf ein Banner der etablierten Parteien mit dem Slogan „Was auch immer du wählst: Wähl die Demokratie!“. Dazu schrieb Wiesner:

„Die DDR hat angerufen und will ihr Blockparteiensystem wieder zurückhaben!“

In einer Grafik war zudem zu lesen :

„Ab jetzt nur noch Demokratie wählen!

Ihre Einheitspartei.“¹⁶³¹

Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) schrieb in einem auf Telegram veröffentlichten Beitrag vom 26. Januar 2024:

„Meine Kindheit und Jugendzeit in der DDR holt mich ein. Damals mussten wir dem Kommunismus und den Bonzen huldigen und zujubeln und den Klassenfeind verteufeln. [...] Ich habe ein Déjà-vu. Die DDR 2.0 ist auferstanden.“¹⁶³²

Den Begriff „DDR 2.0“ verwendete auch die Co-Bundessprecherin Alice Weidel in einem Sommerinterview mit der Stattzeitung vom 25. August 2024, in dem sie sich unter anderem verunglimpfend über die öffentlich-rechtlichen Medien und vermeintlich repressive Methoden der Regierungsparteien äußerte:

„Wenn man die Gebühren dieses gleichgeschalteten Staatsfunks – Ne? Also, Regierungskritik ist da ja nicht erlaubt. Nicht wahr? – Wenn man die nicht zahlt, dann landen Sie einfach ähm, einfach im Knast. [...] Gegen die eigene Bevölkerung! Und vor allen Dingen gegen Kritiker. Und das kennen wir aus repressiven Regimen. Das ist DDR 2.0, das muss man mal ganz, ganz offen sagen.“¹⁶³³

Auch René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) zog einen solchen Vergleich zwischen dem Agieren der Bundesregierung und dem des DDR-Regimes und schrieb am 3. Oktober 2024 auf X:

„Die Frontstellung von etablierten Politikern und Teilen des Staatsapparats gegen das eigene Volk ist ähnlich wie in der Spätphase der DDR. Am Tag der deutschen

¹⁶³¹ Wiesner, Alexander: Tweet vom 30.05.2024, abgerufen am 29.07.2024.

¹⁶³² Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 26.01.2024, abgerufen am 02.02.2024.

¹⁶³³ Weidel, Alice: Sommerinterview mit Stattzeitung vom 25.08.2024; veröffentlicht in: www.stattzeitung.org, abgerufen am 30.08.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*Einheit ist leider wenig Einheit in Deutschland zu spüren. Meinungsfreiheit ist notwendig, wenn dieser Staat sich nicht selbst delegitimieren will.*¹⁶³⁴

Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen (SN) zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR auf dem Marktplatz in Pulsnitz (SN) verglich auch Jörg Urban (MdL SN) die Zustände in der Bundesrepublik mit denen zu Zeiten der DDR und behauptete eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte und die Existenz diktatorischer Strukturen:

„Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es so viele oder so abrupte Vorhaben in die Freiheitsrechte der Menschen einzuschreiten und so viele diktatorische Gesetzgebungsverfahren von oben. [...]

Ich will noch mal darauf hinweisen: Es gibt viele andere kleine Hinweise noch, wo man sehen kann, wir haben eine Entwicklung, die tatsächlich uns Sorgen machen muss, dass wir zurück in die Diktatur gehen. [...]

*Und deshalb sage ich: Liebe Leute, werdet wach, währet den Anfängen. Wer in der Demokratie schläft, der wird in der Diktatur erwachen. Und deshalb muss der heutige Tag uns Mahnung sein, dass die Freiheit und die Demokratie keine Geschenke sind. Je länger eine Person oder je länger auch eine Partei an der Macht ist, desto größer wird ihr Verlangen, diese Macht dauerhaft zu behalten. Und das funktioniert am Ende nur durch die Schwächung und durch die Unterdrückung der Menschen, durch die Schwächung und Unterdrückung der Opposition. Und in diesem Stadium, in diesem Stadium, Schwächung der Menschen, Schwächung der Opposition, befinden wir uns derzeit. Es war seit 1945 im Westen oder auch seit 1989 bei uns im Osten – noch nie sind wir so nah an sozialistische Verhältnisse herangekommen wie jetzt, siebzig Jahre nach der Niederschlagung dieses ersten großen Volksaufstandes. [...] Kämpfen wir für ein Deutschland, in dem das Volk tatsächlich wieder der Souverän ist, indem nach einem langen Arbeitsleben ein schöner und würdiger Lebensabend wartet, ein Deutschland, in dem sich Leistungen und Arbeit wieder lohnen.*¹⁶³⁵

Der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel teilte in zustimmender Weise auf Facebook eine ursprünglich von Hugh Bronson (MdB) gepostete Grafik, in welcher das

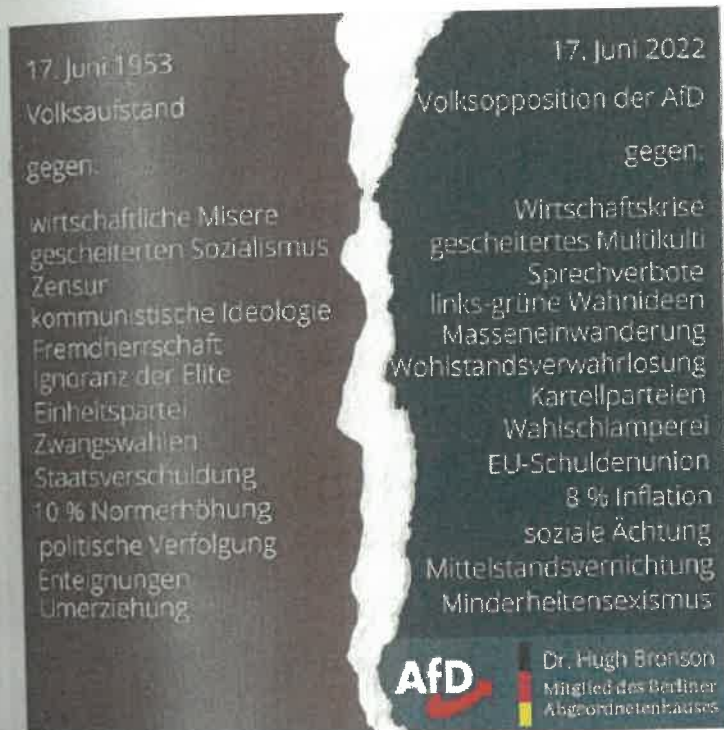
¹⁶³⁴ Springer, René: Tweet vom 03.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.

¹⁶³⁵ Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des Kreisverbands Bautzen in Pulsnitz (SN) am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chruschtschow“, abgerufen am 19.06.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

demokratische Staatssystem der Bundesrepublik mit dem der DDR verglichen wird. Darin werden die Bundesrepublik und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten durch Begriffe wie „links-grüne Wahnideen“, „Kartellparteien“, „Wahlschlamperei“ etc. verunglimpft. Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 wird ferner mit der „Volksopposition der AfD“ verglichen.¹⁶³⁶



Auch der Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier (RP) veröffentlichte einen Facebook-Eintrag zum 70. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 und unterstellte darin die Ausbreitung totalitärer Tendenzen und die Kriminalisierung oppositioneller Meinungen in Deutschland:

„Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährt sich zum 70. Mal und mahnt uns, nicht tatenlos zuzusehen, wenn sich totalitäre Tendenzen in Deutschland ausbreiten und oppositionelle Meinungen in zunehmendem Maße kriminalisiert werden.“

Wir werden weiter für die Zukunft unserer Heimat kämpfen!“¹⁶³⁷

Die Äußerung bettet sich in das ausweislich vielfältiger Zitate von AfD-Repräsentantinnen und Repräsentanten verbreitete Narrativ ein, die Bundesrepublik weise totalitäre Züge auf und werde durch die Regierung in Richtung einer Diktatur entwickelt.

¹⁶³⁶ Weyel, Harald: geteilter Facebook-Eintrag vom 18.06.2022, abgerufen am 20.06.2022.
¹⁶³⁷ Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 17.06.2023, abgerufen am 19.06.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) am 21. Januar 2024 in einem Interview mit dem Magazin Die Weltwoche:

„Demokratie heißt, die Opposition zu gewähren bzw. sich mit der Opposition auseinanderzusetzen. Was macht man? Am liebsten den politisch Unwilligen verbieten, um natürlich selbst noch den warmen Sessel sich zu retten. Das erleben wir. Dann geht man natürlich mit solchen unsäglichen Kampagnen in Stasi-Manier, anders kann man es nicht sagen, wie wir es in Potsdam erlebt haben, gut vorbereitet gegen die einzig wahrnehmbare Opposition vor. [...] Wir haben es erlebt bei den Demonstrationen jetzt am Montag hier in Berlin. Zehntausende gehen auf die Straße gegen diese Regierung. Und was ist die Antwort der Regierung? Wir machen jetzt und unterstützen Demos gegen die Opposition. Also das ist schon ein Stück weit lächerlich. Und das erinnert mich wirklich an die Geschehnisse '89, '90, die hier in Deutschland auf den Straßen passiert sind.“¹⁶³⁸

Auf die Nachfrage des Interviewers „Mit anderen Worten, ein Déjà-vu. Sozusagen DDR-Groove, DDR-Stimmung in der Bundesrepublik?“ antwortete Chrupalla:

„Absolut. Und jeder, der das miterlebt hat, wird das bestätigen. Nun sagen viele Politiker, das darf man nicht und äh, kann man nicht vergleichen. Das kann man sehr wohl vergleichen. Wenn man die Sprechverbote, die Meinungsverbote, wenn man auch teilweise die Arbeitsverbote, die es ja gibt, wie Menschen aus dem öffentlichen Dienst gedrängt werden, nur weil sie AfD-Mitglied sind, oder wenn sie Positionen vertreten, das erleben Sie ja ähnlich in der Medienlandschaft, wenn man Positionen vertritt, die einfach nicht regierungskonform sind, ist man ganz schnell Rechtsextremist, schlimmstenfalls noch Nazi.“¹⁶³⁹

Martin Renner (MdB, NW) schrieb am 5. Februar 2024 auf Facebook:

„Die Regierung finanziert Organisationen, die die Regierungskritiker vertreiben sollen. Sozialistische Demokratie. DDR 2.0“¹⁶⁴⁰

Am 14. Mai 2022 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook als Anspielung auf die SED über die „*Neue[n] Einheitspartei Deutschlands (NED)*“, bestehend aus CDU,

¹⁶³⁸ Chrupalla, Tino: Interview mit Die Weltwoche (Teil 1) am 21.01.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „DIE WELTWOCH“ am 21.01.2024, abgerufen am 23.01.2024.

¹⁶³⁹ Ebd.

¹⁶⁴⁰ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.

SPD, FDP und GRÜNEN“ und behauptete, sie alle arbeiteten gemeinsam an der „zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers“:

*„In der Tat macht es in der politischen Praxis keinen nennenswerten Unterschied mehr, bei welcher der genannten NED-Teilparteien man sein Kreuz macht. Im Ergebnis arbeiten sie alle gemeinsam an der zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers. [...] Herrschaftsfreier Diskurs – auch so eine schöne Worthülse unseres ‚Jahrtausend-Dampfdenkens‘ Habermas. Der aber in Wirklichkeit nie etwas anderes meinte und anstrebte, als ‚diskursfreie Herrschaft‘. Und genau dafür haben sich die Medien à la ‚Rheinische Post‘ zur Kampfmaschine der europaweit grassierenden Korporatokratie transformiert“.*¹⁶⁴¹

Im selben Monat schrieb Renner auf Facebook erneut über die „NED“:

*„Das erste und wichtigste Problem in Deutschland ist der Eigennutz, die überall vorhandene Ignoranz und Dummheit der Politiker der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)‘.“*¹⁶⁴²

Auch in anderen Posts verglich Renner die etablierten Parteien mit der SED und warf ihnen u. a. die Zerstörung der Nation, Freiheit, Demokratie, des Rechtsstaates und des Wohlstands vor und verunglimpfte ihre Politik als „freiheitszerstörend, demokratieschwächend, rechtsstaatsverachtend und wohlstandsvernichtend“:

„Höchste Zeit, umzudenken und zu kämpfen. Die NED (Neue Einheitspartei Deutschlands) führt unseren Staat, unsere Nation und unsere Gesellschaft geplant und willentlich in den Abgrund. Aus reiner Machtgewinnungs- und Machterhaltungsabsicht und aus Opportunitätsgründen zerstören diese Politiker der NED alles, was die Grundlagen unseres gemeinschaftlichen Lebens ausmachen. Nation. Freiheit. Demokratie. Rechtsstaat. Wohlstand. [...] Diese Politiker planen sehenden Auges, dass die Gemeinschaft unserer Bürger – vornehmlich die unteren und die mittleren Bürgerschichten – völlig verarmen, um sie dadurch widerstandslos kollektivieren zu können. [...] Es geht um den grundsätzlichen Widerstand (selbstverständlich demokratisch) gegen die freiheitszerstörende, demo-

¹⁶⁴¹ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 14.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.

¹⁶⁴² Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 26.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

kratieschwächende, rechtsstaatsverachtende und wohlstandsvernichtende Politik der NED-Parteien. Und ja, meinerwegen soll der instrumentalisierte Verfassungsschutz eine solche, eben getätigte, Positionsbeschreibung unserer alternativen politischen Aufgabe als ‚staatsdelegitimierende‘ Verlautbarung einstufen. Zur Not gehe ich wegen meiner hier gemachten Aussagen auch in einen der zukünftig neu eingerichteten Gulags.“¹⁶⁴³

In einem auf Facebook veröffentlichten Vortrag mit dem Titel „Aus dem Linksstaat wieder einen Rechtsstaat machen“ vom 23. März 2023 sprach Renner erneut von der „NED“ und insinuierte, gegen diese sei eine wirkliche Oppositionsarbeit angesichts der Machtverhältnisse kaum möglich. Im weiteren Verlauf warnte Renner vor einem „Abgleiten“ der Bundesrepublik ins „Totalitäre“ und suggerierte, es gebe in Deutschland keine Gewaltenteilung mehr, indem er diese als „Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis“ bezeichnete:

„Die Politiker [...] gehen davon aus, dass die beeinflussenden Medien genau die Botschaften ausstrahlen, die die Unterstützung der jetzigen Altparteien auf Dauer realisieren. [...] Die Altparteien, das sag ich gar nicht mehr, sondern ich sag‘: die einzelnen Parteien der neuen Einheitspartei NED. Klingt ähnlich wie SED. Das ist auch gewollt. Ja, das ist eine Einheitspartei und da tut man sich natürlich als einzige Oppositionskraft schon relativ schwer, überhaupt zu Gehör zu kommen. Aber die Politiker glauben, sie brauchen sich nicht mehr rückzuversichern, weil eben die Medien ihnen diese Arbeit abnehmen und die Medien sich einfach von der Rolle der Kontrolleure der politischen Macht, denn, das sind sie, die Kontrolleure der politischen Macht nach der Definition auch in unserem Grundgesetz, haben sich entwickelt zu Herolden der politisch Mächtigen. [...]

Welche Staatsform wollen wir bewahren? Autoritativ? Totalitär? Ich habe den Eindruck, dass wir ins Totalitäre abgleiten in unserem Land. [...]

Und jetzt sage ich zum Abschluss noch mal ein richtig derbes endgültiges Wort. Wir haben eine Entwicklung hin, unsere Drei-Gewaltenteilung – Exekutive, Legislative, Judikative – die untereinander von sich getrennt und unabhängig sein sollen und müssen. Sollen und müssen. Haben wir aber im Bereich der Exekutive, Legislative, Judikative die Entwicklung hin zu einer von der Drei-Gewaltenteilung zu einer Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Wenn ein Verfassungsrichter

¹⁶⁴³ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

aus dem Kreis der Legislative gewählt wird, um dem Verfassungsgericht vorzustehen, der aber gleichzeitig auch der Buddy von der Frau Merkel war, also der Exekutive, dann kann man nicht mehr von einer Drei-Gewaltenteilung sprechen. Das ist eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und wenn da die Medien sich noch damit hinsetzen, da haben wir nicht mehr eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis, sondern eine Vier-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und genau das ist der Zustand unserer heutigen politischen Bundesrepublik. Und das müssen wir ändern, wenn wir eine Zukunft haben wollen.“¹⁶⁴⁴

Am 22. April 2023 veröffentlichte Renner auf Facebook einen verunglimpfenden Beitrag, in dem er abermals unter Verweis auf die „NED“ die Schädigung und Zerstörung der deutschen Demokratie anmahnte:

„PARADOXON DER DEMOKRATIE. Mit den Mitteln der Demokratie kann man die Demokratie schwer schädigen und sogar endgültig zerstören. Und diese Zerstörung betreiben die Parteien der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)‘ immer unverhohlener und aggressiver.“¹⁶⁴⁵

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, SN) veröffentlichte am 30. Juli 2022 auf der Website des AfD-Kreisverbands Leipzig (SN) einen Artikel, in dem er das SED-Regime mit der heutigen Regierung der Bundesrepublik verglich:

„Was ist in den 30 Jahren geschehen. Können wir aufatmen? Können wir sagen, dass wir den Opfern der SED-Diktatur gerecht geworden sind? Die Antwort lautet: Nein. [...] Aufruf zur Denunziation, Ausspionieren über das Telefon, Demonstranten wird mit Psychiatrie gedroht, Andersdenkenden die Konten gesperrt, die Medien gleichgeschaltet. Um dieses gegen den Bürger in Anschlag bringen zu können, hat man einen Katalog von Angstszenarien aus der linksideologischen Wunderlampe aufsteigen lassen, die keinen Widerspruch dulden. Wieder ist Deutschland zu einem Gefängnis umfunktioniert worden, psychisch wie physisch geht man jetzt auch an die Kinder. Nein, ein Großteil der Deutschen

¹⁶⁴⁴ Renner, Martin: Redebeitrag in Hamm (NW) am 23.03.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=10.04.2023) am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung“, abgerufen am 15.10.2024.

¹⁶⁴⁵ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 22.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*hat nichts gelernt und die Opfer der DDR Diktatur noch einmal zu Opfern gemacht.*¹⁶⁴⁶

Der Beitrag wurde durch den sächsischen Landtagsabgeordneten Jörg Kühne am darauffolgenden Tag auf Facebook geteilt.¹⁶⁴⁷

Im November 2022 verunglimpfte Christine Anderson (MdEP, HE) auf Telegram die Bundesregierung, indem sie behauptete, dieser wohne der „Geist der SED“ inne, und unterstellte, das Ziel der Regierung sei die Schaffung einer „DDR 2.0“. In der Folge warnte sie davor, Deutschland sei auf dem „Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung“:

„[V]or 32 Jahren wurden die BRD und die DDR wiedervereint. [...] Doch dabei wurden auch wieder neue, unnötige und fahrlässige Wunden in das kollektive Bewusstsein vieler ostdeutscher Bürger geschlagen. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens, machten sich die ehemalige DDR zur Beute. [...]

Heute haben unsere Regierung und ihre Erfüllungsgehilfen im politischen Establishment ihre Hände direkt im Spiel, wenn es darum geht, das Geld der Deutschen diesmal auf Nimmerwiedersehen in Richtung EU zu exportieren. Dies alles geschieht heute mit derselben herablassenden Arroganz wie damals. Und wer das nicht möchte, seine berechtigten Sorgen und Kritik über die abgehobene und bürgerfeindliche Politik der deutschen Gegenwart zum Ausdruck bringt, wird als Wutbürger, Verlierer, Schwurbler, Dunkeldeutscher, Verschwörungstheoretiker oder gar gleich als Rechtsradikaler vom Altparteienkomplex beschimpft. Die Vokabeln, mit denen Regierung und medialer Komplex mittlerweile Opposition und Kritiker verunglimpfen, haben sich freilich seit damals etwas geändert, der Geist einer SED wohnt aber auch ihnen wieder inne. Und so stehen sie heute wieder einträchtig beieinander - die längst bekannten und selbstverliebten Vertreter unserer Altparteien - und feiern den 32. Jahrestag unserer Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig dabei sind, mit denselben Methoden und Zielsetzungen von damals, eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt

¹⁶⁴⁶ Droese, Siegbert: „SED-Diktatur und Unrechtsstaat, 30 Jahre Honecker-Prozess“ vom 30.07.2022, in: www.afdleipzig.de, abgerufen am 22.08.2024.

¹⁶⁴⁷ Kühne, Jörg: Facebook-Eintrag vom 31.07.2022, abgerufen am 02.08.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute. Ich bin stolz auf die friedliche Revolution der Ostdeutschen, die unsere gemeinsame Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland erst ermöglichte. Eine Revolution die zeigt, welche Kraft ein Volk entwickeln kann, wenn es den Entschluss gefasst hat, ein diktatorisches Regime in die Knie zu zwingen. [...] Daher möchte ich heute an alle Deutschen appellieren: Lasst uns endlich Rückgrat zeigen! Lasst uns auf die Warnungen aus Ostdeutschland hören! Die Menschen dort besitzen noch feinere Antennen und erkennen aus Erfahrung früher und besser, wenn Unfreiheit und Lüge wieder damit beginnen, ihr hässliches Haupt zu erheben. [...] Feiern wir heute unser geeintes Deutschland. Aber seien wir ab morgen gemeinsam und entschlossen gleich doppelt so wachsam, damit wir den falschen Eliten und ihren politischen Handlangern den Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung ein für alle Mal austreiben!*¹⁶⁴⁸

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) zog anlässlich der „#StolzMonat“-Kampagne der AfD in einem Gastkommentar mit dem Titel „Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!“ auf Info-DIREKT Vergleiche zwischen den heutigen politischen Zuständen und den Verhältnissen zu Zeiten der DDR, während er der Politik der AfD den „Geist des 17. Junis“ zuschrieb. In der Folge sprach sich Helferich für einen „demokratischen Widerstand“ aus:

*„Doch ihr Opfergeist war vergebens, wenn wir zulassen, dass sich die heutige Tyrannis zwar in bunte Farben hüllt, aber gleichsam düster gegen Andersdenkende vorgeht. Wenn all jenes Aufbegehren, welches den Geist des 17. Junis atmet - sei es der Widerstand gegen das Corona-Regime oder die anhaltende Ersetzungsmigration - ungestraft, so wie damals als faschistisch abgetan wird. Wenn erfolgreiche Oppositionspolitiker in Schauprozessen angeklagt werden, weil sie lediglich mit Worten für eine bessere Heimat streiten; ja dann wird es Zeit für ein neuerliches Aufbegehren. Dann müssen sich die Schwachen erneut verbinden und die Machtfrage stellen. Dann muss sich der demokratische Widerstand wieder unter Schwarz- Rot-Gold versammeln.“*¹⁶⁴⁹

¹⁶⁴⁸ Anderson, Christine: Telegram-Beitrag vom 08.11.2022, abgerufen am 08.11.2022.

¹⁶⁴⁹ Helferich, Matthias: „Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!“ vom 17.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 19.06.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In einem vom Co-Vorsitzenden der Gruppierung Christen in der AfD und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme (SN) veröffentlichten Video zum 17. Juni 1953 behauptete dieser, die Zustände der DDR bestünden auch nach der Wiedervereinigung weiterhin fort:

„Das was zurzeit bei uns hier so abläuft, in Deutschland, in Europa, ist für mich ein sozioökonomisches, soziosozialistisches Experiment. Glauben sie mir, ich weiß was Sozialismus bedeutet. Sozialismus ist Kollektivismus statt Individualismus, ist Gleichheit statt Vielfalt, ist die Abschaffung von Privateigentum. Klaus Schwab hat uns schon gesagt: ‚Ihr werdet nichts besitzen und ihr werdet glücklich sein‘. Es bedeutet Angriff auf die Familie, denn die Familie ist der Hort der Geborgenheit und der Staat hat wenig Zugriff [...] Alles ist im Kampf gegen die Familie. [...]

Zwischen dem 17. Juni '53 und '89 sind einige Jahrzehnte vergangen. Und von 89 bis jetzt sind wieder einige Jahrzehnte vergangen. Und wir müssen feststellen, wir haben uns im Kreis gedreht. Wir haben eine 360 Gradwendung gemacht. Wieder haben wir Planwirtschaft, Verbote, Spaltung der Gesellschaft. Nein das brauchen wir nicht. Was wir brauchen [...] das ist Einheit, das ist Freiheit. ‚Teile und herrsche‘ ist das System des Totalitarismus. Wenn wir einig sind, wenn Deutschland sich einigt, wenn der 17. Juni wieder der Feiertag der Deutschen wird, der Tag, der vom Volk kommt, der auf der Straße seine Opfer gefunden hat, der erlitten, der erkämpft wurde. Dann werden die jetzigen Machthaber keine Macht mehr über uns haben.“¹⁶⁵⁰

Am 13. Dezember 2022 schrieb Harald Laatsch (MdA) auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X):

„Faeser träumt vom Wiederaufbau des Totalitarismus. [...]

#DeutscheDemokratischeRepublikförderGesetz getarnt als #Demokratiefördergesetz“¹⁶⁵¹

Torsten Gahler (MdL SN) verunglimpfte die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag vom 18. April 2023 als „#Stasi“.¹⁶⁵²

¹⁶⁵⁰ Oehme, Ulrich: Videobeitrag anlässlich des 70. Jahrestages des 17. Juni 1953; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.06.2023, Kanal: „Ulrich Oehme“, abgerufen am 21.06.2023.

¹⁶⁵¹ Laatsch, Harald: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.

¹⁶⁵² Gahler, Torsten: Facebook-Eintrag vom 18.04.2023, abgerufen am 21.04.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In einem Facebook-Eintrag vom 2. Februar 2024 bezeichnete Matthias Moosdorf (MdB, SN) die etablierten Parteien als „Demokratieverächter“ und „Vaterlandsverräter“ und unterstellte ihnen, mit Stasi-Methoden zu agieren:

„Die Demokratieverächter wiegeln das halbe Land mit ihren Lügen auf und was? Die AfD verliert 1 Prozent in den Umfragen im Bund. In manchen Ländern gewinnt sie noch dazu? So ist es, die Menschen lassen sich von dieser Regierung und ihren Stasi-Helfern nicht mehr für dumm verkaufen. Wir werden weiter wachsen, Wahlen gewinnen und dieses Land aufräumen. Jetzt einfach weiter unsere Alternativen kommunizieren und die unsäglichen Vaterlandsverräter ihre Fehler wetermachen lassen!“¹⁶⁵³

Am 19. August 2023 veröffentlichte Martin Renner auf PI-News einen Artikel mit dem Titel „Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“, in dem er die Mitglieder etablierter Parteien mitunter als „öko-sozialistische[n] Politspinner“ verunglimpfte:

„Die ‚große Transformation‘ nimmt an Fahrt auf – Aktuelle Meldungen zum alltäglichen Irrsinn erreichen einen fast stündlich – hier vornehmlich in den alternativen Medien. Diese Vorkommnisse werden in den ‚klassischen‘ Medienkanälen allerdings entweder verschwiegen, oder mit unverschämter Penetranz als ‚Erfolgsmeldungen‘ unserer öko-sozialistischen Politspinner zurechtgebogen oder glatt gelogen. Was hier stattfindet, ist allerdings keine ‚große Transformation‘ hin zum Guten, so wie es die sich selbst Ordinierten – ins Amt Berufenen – Moralpropheten der neuen ‚One-World-Religion‘ mit vermeintlich progressivem Stolz beständig predigen. Es ist vielmehr eine ‚umgekehrte Metamorphose‘. Wo hier aus einer hässlichen und gefräßigen Raupe eben kein hübscher, farbenfroher Schmetterling wird. Sondern genau umgekehrt, es wird aus einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und den Wohlstand generierenden Demokratie eben eine dunkle, die Freiheit verneinende Dystopie. Hinter der bereits die hässliche Fratze des Totalitarismus ungeduldig auf ihren Auftritt wartet. Eine Dystopie, in der Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern gemacht werden. Eine Dystopie, in der öko-sozialistische Terroristen zu Aktivisten und freiheitlich-konservative Menschen zu Extremisten erklärt werden. Eine Dystopie, in der der Staat dem Einzelnen den

¹⁶⁵³ Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*Aufenthalt auf der Parkbank verbietet, während Vergewaltiger auf Bewährung laufen gelassen werden.*¹⁶⁵⁴

Hier behauptet Renner unter anderem, in Deutschland würden Freiheitsrechte sukzessive abgebaut und das Land entwickle sich hin zum Totalitarismus. Auch dies zielt darauf ab, tiefe Verunsicherung und Misstrauen gegenüber der staatlichen Grundordnung und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten in der Bevölkerung zu schüren.

Auch in den folgenden Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und Funktionären bzw. AfD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wird die Bundesrepublik Deutschland oder ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter mit einer Diktatur verglichen.

Nicole Höchst (MdB, RP) kommentierte etwa im August 2023 auf Facebook die gesellschaftliche Debatte um die Abschaffung der Bundesjugendspiele folgendermaßen:

*„So vernichtet die sozialistische Haltungschunta jede Tag Deutschland ein kleines Bißchen mehr.“*¹⁶⁵⁵

Damit setzt sie die Bundesrepublik implizit mit einer sozialistischen Militärdiktatur gleich.

In einem Beitrag vom 13. Juli 2022 verunglimpfte Gunnar Lindemann (Landesvorsandsmitglied BR und MdA) die Bundesregierung als „Hilfs-Maoisten“ und bezeichnete die Bundesrepublik als „linksgrüne[s] Regime“:

*„Was wir in diesen Tagen erleben, ist seit Jahrzehnten einmalig. Die Hilfs-Maoisten im Regierungsviertel fahren unser Land mit ihrer idiotischen Energiepolitik schneller gegen die Wand, als ihre roten Vorgänger es je vermocht hätten. [...] Wenn der feuchte Traum von sozialistischen ‚Wärmehallen‘ wahr wird, ist das Ende des linksgrünen Regimes nur noch eine Frage von Wochen.“*¹⁶⁵⁶

In der AfD gibt es auch zahlreiche Äußerungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit einer Diktatur gleichsetzen, ohne dass dabei konkret auf vergangene Regime Bezug genommen wird.

¹⁶⁵⁴ PI-News: „Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“ vom 19.08.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 29.08.2023.

¹⁶⁵⁵ Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 30.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.

¹⁶⁵⁶ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 13.07.2022, abgerufen am 14.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In einem Interview mit der Zeitschrift ZUERST! nahm etwa die AfD-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel, damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und Vorsitzende des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg, seit dem 18. Juni 2022 Co-Bundessprecherin der AfD, die Feststellung von ZUERST!, die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe angekündigt, „noch härter als bisher gegen unliebsame Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken vorzugehen“, zum Anlass, zu behaupten, die Bundesinnenministerin begeben sich damit „in die Gesellschaft von Diktatoren und autoritären Herrschern in der ganzen Welt“.¹⁶⁵⁷

Sie führte weiter aus, die bloße Idee zeuge davon, „daß die neue Regierung den Ungeist der Zensur auf die Spitze treibt“.¹⁶⁵⁸

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf (SN) beschrieb Deutschland in seinem Facebook-Eintrag vom 17. März 2022 angesichts der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz als auf dem „Weg in den Totalitarismus“ und bezeichnete das BfV in diesem Rahmen als „Regierungsschutz“, der eine Oppositionsarbeit faktisch unmöglich mache.¹⁶⁵⁹

Auch Norbert Mayer (MdL SN) sprach in einem Facebook-Eintrag von einem „Regierungsschutz“ und bezeichnete die Regierung am 1. Februar 2024 als „Altparteien-Mafia“:

„!! Altparteien-Mafia abwählen !!

Auf unserer Freitaler Kundgebung unter dem Titel ‚Freiheit, Heimat Tradition.‘, fand ich deutliche Worte für die Märchenstunden-Propaganda des ‚Regierungsschutzes‘ gegen die AfD. [...] Deshalb heißt es am 1. September: Altparteien-Mafia abwählen!“¹⁶⁶⁰

René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Brandenburg, bezeichnete so etwa in einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) die Bundesrepublik Deutschland als „Tyrannei“:

¹⁶⁵⁷ Weidel, Alice: „Ein Kabinett der Unfähigen“, in: ZUERST!, Ausgabe 02/2022.

¹⁶⁵⁸ Ebd.

¹⁶⁵⁹ Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 17.03.2022, abgerufen am 18.03.2022.

¹⁶⁶⁰ Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 01.02.2024, abgerufen am 26.02.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*„Liebe Freunde, wenn sich Parteien den Staat zur Beute machen, wenn Grundrechte willkürlich außer Kraft gesetzt werden, wenn die Gewaltenteilung nur noch auf dem Papier existiert, dann nennt man das in allen Sprachen dieser Welt Tyrannei. Es ist einfache und absolute Tyrannei und sie mag noch so mild daher kommen, sie bleibt Tyrannei und sie nimmt uns die Freiheit“.*¹⁶⁶¹

Am 13. Dezember 2022 warnte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) auf Twitter (mittlerweile X):

*„Deutschland auf dem Weg in die linksgrüne Diktatur.“*¹⁶⁶²

Lindemann behauptete in einem anderen Tweet aus Dezember 2022, die Regierung habe *„Zustände wie in einer Diktatur“* herbeigeführt.¹⁶⁶³

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (mittlerweile MdEP) bezeichnete Deutschland auf Grund der Nicht-Wahl der AfD in das Parlamentarische Kontrollgremium als *„Demokratur“*. Dieses Oxymoron setzt sich aus *„Demokratie“* und *„Diktatur“* zusammen und bezeichnet ein diktatorisches System, bei dem es sich lediglich dem äußeren Anschein nach um eine Demokratie handelt:

*„Deutsche Demokratur im Jahr 2022. Joachim Wundrak und André Hahn scheitern: Gremium zur Geheimdienstkontrolle gewählt - AfD und Linke nicht dabei“*¹⁶⁶⁴

Ebenso weisen andere Vergleiche und Gleichsetzungen mit Diktaturen oder autokratischen Systemen sowie die abwertende Bezeichnung als *„Regime“* auf eine auf die Außer-Geltung-Setzung des Demokratieprinzips gerichtete Verächtlichmachung hin.

Der Berliner Abgeordnete Gunnar Lindemann verunglimpfte die Bundesrepublik im Juli 2022 wiederholt durch Bezeichnungen als *„Regime“*, *„linksgrüne[s] Regime“*¹⁶⁶⁵ beziehungsweise *„linksgrüne[s] ‚Bullerbü‘-Regime“*¹⁶⁶⁶. Er schrieb auf Facebook von der *„Zerstörung unserer Demokratie durch die buntsozialistischen Einheitsparteien“*¹⁶⁶⁷

¹⁶⁶¹ AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 22.08.2021, abgerufen am 02.09.2021.

¹⁶⁶² Lindemann, Gunnar: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 19.12.2022.

¹⁶⁶³ Lindemann, Gunnar: Tweet vom 10.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.

¹⁶⁶⁴ Droese, Siegbert: Tweet vom 24.03.2022, abgerufen am 25.03.2022.

¹⁶⁶⁵ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 17.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.

¹⁶⁶⁶ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 14.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.

¹⁶⁶⁷ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 12.09.2022, abgerufen am 12.09.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

sowie von einem „Ampelregime“¹⁶⁶⁸. In Facebook-Einträgen aus November 2022 bezeichnete er die Bundesrepublik als „Scholz-Regime“¹⁶⁶⁹.

Am 3. August 2022 betitelte Lindemann die Bundesregierung auf Facebook als „Ampel'-Regime“ und behauptete eine „Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung“ nach Deutschland, worin er eine „Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler“ zu erkennen meinte:

„Ampel'-Regime siedelt 200 Afghanen um!

Mittlerweile werden von der buntesten Regierung aller Zeiten sogar sogenannte afghanische ‚Ortskräfte‘ nach Buntland ausgeflogen, die bereits vor ihrem Abflug einräumten, dass sie nie in Gefahr waren und nur ‚ein besseres Leben‘ wollen. Die Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung ist insofern kein humanitärer Akt, sondern eine Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler.“¹⁶⁷⁰

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Rainer Podeswa bezeichnete die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag ebenfalls als „Regime“¹⁶⁷¹, während Fabian Jacobi (MdB, NW) in einem Tweet vom 26. April 2022 suggerierte, die Bundesrepublik sei ein „originär totalitäre[r] Staat“.¹⁶⁷²

Am 14. November 2022 hielt Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) auf einer Demonstration in Querfurt (ST) eine Rede. Darin verkündete er in Richtung der deutschen Bundesregierung:

„Eure Zeit geht zu Ende. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis euer Regime endet.“¹⁶⁷³

Mit diesen vorgenannten Äußerungen zielt die AfD darauf ab, das Vertrauen in die demokratischen Prozesse und die Integrität der Regierungsvertreterinnen und -vertreter zu unterlaufen. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ord-

¹⁶⁶⁸ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.09.2022, abgerufen am 27.10.2022.

¹⁶⁶⁹ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 08.11.2022. Facebook-Eintrag vom 15.11.2022, abgerufen am 21.11.2022.

¹⁶⁷⁰ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 03.08.2022, abgerufen am 04.08.2022.

¹⁶⁷¹ Podeswa, Rainer: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

¹⁶⁷² Jacobi, Fabian: Tweet vom 26.04.2022, abgerufen am 25.05.2022.

¹⁶⁷³ Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag in Querfurt (ST) am 14.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.11.2022, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 18.11.2022.

nung werden als Diktatorinnen und Diktatoren bzw. Mitglied eines diktatorischen Regimes diffamiert. Dabei wird auch die derzeit bestehende staatliche Ordnung massiv diskreditiert, denn sie wird so dargestellt, als sei sie in der praktischen Prüfung untauglich, demokratische Werte zu verteidigen. Die Verunglimpfungen der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur gehen hierbei auch deutlich über eine reine Machtkritik gegenüber den anderen Parteien hinaus, denn aus ihnen geht nicht lediglich eine Kritik an einer zu starken oder dominanten Stellung der Parteien im politischen System hervor.¹⁶⁷⁴ Vielmehr zielen sie gerade auch in ihrer Häufigkeit und Vehemenz darauf ab, ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens in der Bevölkerung zu schaffen, indem die Regierungsparteien als autokratische Akteure in einer Diktatur dargestellt werden, wodurch wiederum die bestehende demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt als illegitime Staatsform erscheint.

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Die AfD knüpfte bei der Beschreibung des deutschen Staates als Diktatur oder Regime an das behördliche Agieren während der COVID-19-Pandemie an und versuchte, ihre – das politische Handeln delegitimierenden – Narrative insbesondere durch eine verzerrte Darstellung der COVID-19-Schutzmaßnahmen zu untermauern.

Am 19. Dezember 2021 bekundete AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla in einem Redebeitrag auf einer AfD-Großkundgebung „Freiheit statt Impfzwang“ sogar, die Bundesrepublik Deutschland sei schlimmer als die DDR:

„Und wer das sogar mit der DDR vergleicht, da muss ich sagen: Nein, das kann man nicht mal vergleichen. Es ist schlimmer heute als 1989!“¹⁶⁷⁵

Norbert Mayer, sächsischer Landtagsabgeordneter, sprach am 7. Dezember 2021 auf Facebook von „(Impf)-Diktatur“, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als „totalitäres Unrechtsregime“ und setzte sie ebenfalls mit der DDR gleich:

„Dass Feinde der Freiheit ihr eigenes Volk mit Gewalt unterdrücken, werden wir niemals hinnehmen! [...] Warum sich das für mich wie ein Déjà-vu anfühlt? Weil

¹⁶⁷⁴ Zur näheren Darstellung der Rechtsprechung des BVerwG: Urte. v. 18.05.2024, 2 WD 42.00, juris, Rn. 68 ff. sowie das Kapitel C. Rechtliche Vorgaben, S. 29 ff.

¹⁶⁷⁵ AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*ich auch vor über 30 Jahren schon mal auf der Straße gegen ein totalitäres Unrechtsregime protestierte, welches sich mit Repressalien gegen Andersdenkende an die Macht klammerte: auf den Montagsdemos im Herbst 1989!*¹⁶⁷⁶

Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka agitierte in seinem Redebeitrag am 19. Dezember 2021 in Nürnberg (BY) u. a. gegen das „faschistische System der Altparteien“. Dieses mache den Bürgerinnen und Bürgern absichtlich Angst, um sie in die Enge zu treiben und zuhause einzusperren. Dies münde in einer „DDR 2.0“.¹⁶⁷⁷

Die AfD Bayern sprach am 13. August 2021 auf Facebook mit Blick auf die COVID-19-Beschränkungsmaßnahmen ebenfalls von einer „DDR 2.0“; 60 Jahre nach dem Mauerfall drohe „den Deutschen erneut die Unfreiheit“.¹⁶⁷⁸

In einem Facebook-Beitrag vom 21. Dezember 2021 stellte Björn Höcke die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Abrede:

*„Die Stimmungsmache der regierungsnahen Medien mit ihren immer neuen Corona-Bedrohungsszenarien kann keinen aufgeklärten Demokraten in seinem Urteil mehr täuschen: Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr!“*¹⁶⁷⁹

Auch Erika Steinbach (AfD-Mitglied und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung) sah Deutschland in ihrem Facebook-Beitrag vom 10. September 2022 angesichts der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf dem Weg in den Totalitarismus:

*„Deutschland macht sich lächerlich. Das ist das kleinere Übel. Schlimmer ist die Abkehr von den Grundrechten der Menschen. Totalitarismus überrollt uns.“*¹⁶⁸⁰

Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB) äußerte sich in seiner Rede auf einer Demonstration am 31. Januar 2022 in Wandlitz (BB) in vergleichbarer Weise:

„Und wir sagen ‚Nein‘ zur Aushöhlung unserer Demokratie und dem Abdriften dieser Regierung in ein totalitäres Regime. Und gleichzeitig, liebe Freunde, sind wir heute hier, um ‚Ja‘ zu sagen. Wir sagen ‚Ja‘ zur Volksherrschaft, zu wahrer Demokratie. [...]

¹⁶⁷⁶ Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 07.12.2021, abgerufen am 15.12.2021.

¹⁶⁷⁷ AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.

¹⁶⁷⁸ AfD Bayern: Facebook-Eintrag vom 13.08.2021, abgerufen am 21.09.2021.

¹⁶⁷⁹ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.

¹⁶⁸⁰ Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 10.09.2022, abgerufen am 21.09.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Die Älteren unter euch – ich bin jetzt ein junger Mann, der nach der Wende geboren ist – aber die Älteren unter euch werden sich noch erinnern: War das vielleicht nicht auch mal das Versprechen der Wiedervereinigung? Rechtsstaat, Demokratie, Meinungsfreiheit, keine Medien mehr, die jeden Protest zum Putsch umdichten und kein Geheimdienst mehr, der friedliche Spaziergänger als Staatsfeinde diffamiert. Man schaue sich mittlerweile heute an, wo wir, man möchte fast sagen, leider wieder stehen.“¹⁶⁸¹

Auf einer Demonstrationsveranstaltung in Eberswalde (BB) am 25. Februar 2022 skandierte Gnauck des Weiteren:

„Unsere Grundrechte, liebe Freunde, sind kein Privileg, das allein der Willkür der Oligarchie aus Altparteien, Pharmalobby und Meinungsmachern unterliegt!“¹⁶⁸²

Damit unterstellt Gnauck allen etablierten Parteien, Teil einer Oligarchie zu sein, mithin einer Staatsform, die nicht demokratischen Interessen, sondern nur solchen einer elitären Minderheit diene. Grundrechte würden dabei willkürlich eingeschränkt.

Lars Hünich (MdL BB) veröffentlichte am 4. Dezember 2023 einen Tweet mit folgendem Wortlaut:

„Solange eine gründliche Aufarbeitung der diktatorischen Corona-Maßnahmen von #SPD, #CDU, #Grüne und auch #FDP verhindert wird, sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, mit welcher antidemokratischen Energie unsere Regierungen die Bürger drangsaliert haben!“

Mit Hilfe der Mehrheit unserer ‚Qualitätsjournalisten‘, aber auch Personen des öffentlichen Lebens, wurden Kritiker eingeschüchtert, gesellschaftlich ausgegrenzt und bei der Diskussion um ärztliche Versorgung beinahe für vogelfrei erklärt.“¹⁶⁸³

Viele Äußerungen stellen in diesem Zusammenhang auch dezidierte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus an:

¹⁶⁸¹ Gnauck, Hannes: Rede in Wandlitz am 31.01.2022; veröffentlicht in: www.telegram.org am 31.01.2022, Kanal: „Aktivist Mann #StopWar“, abgerufen am 26.01.2023.

¹⁶⁸² Gnauck, Hannes: Redebeitrag bei einer Demonstration am 25.02.2022 in Eberswalde (BB); veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.02.2022, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 28.02.2022.

¹⁶⁸³ Hünich, Lars: Tweet vom 04.12.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer, seit 2022 stellvertretender AfD-Bundessprecher, bezeichnete in einem Videobeitrag vom 15. November 2021 die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als „Zivilisationsbruch“ und verwendete damit einen Begriff, mit dem sonst die Gräueltaten des Nationalsozialismus beschrieben wird. Dass er diesen Bezug herstellen wollte, wird daran deutlich, dass er mit Bezug auf die Schutzmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie von totalitären Maßnahmen sprach:

*„Die juristische Begründung des Zivilisationsbruchs tja... letzten Endes wird hier mit Macht... man macht es, wenn man es kann und wenn man es will. Warum auch immer. [...] Das ist alles völlig totalitär, muss man inzwischen sagen“.*¹⁶⁸⁴

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Harald Weyel, von 2022 bis 2024 stellvertretender Bundesschatzmeister der AfD, setzte in zwei Tweets vom 6. Dezember 2021 die COVID-19-Maßnahmen mit der Politik im Nationalsozialismus gleich:

*„Die 30er Jahre des 20. Jh. sind halt in die 20er des völlig überschätzten 21. verlegt worden – von den jeweils selbsternannten (und sich gegenteilig verhaltenden) ‚demokratischen Parteien und Nachgeburts-Antifaschisten‘“*¹⁶⁸⁵

In einem weiteren Tweet schrieb er:

*„Ich sag doch: Das ‚Reich der III. Impfung‘ ist schon so gut wie da!“*¹⁶⁸⁶

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Rolf Weigand sprach am 22. November 2021 auf Facebook mit Bezug auf eine vom Kultusministerium durchgeführte anonyme Umfrage zur COVID-19-Pandemie an sächsischen Schulen von einer „Corona-Stasi“ und „Stasi-Methoden“.¹⁶⁸⁷

Karsten Hilse (MdB, SN) verunglimpfte in einem Interview im April 2023 in COMPACT die Bundesrepublik, indem er ihr angesichts der COVID-19-Politik Faschismus unterstellte und den Abgeordneten abseits der AfD vorwarf, das Grundgesetz „mit Füßen getreten“ zu haben:

¹⁶⁸⁴ Boehringer, Peter: „Corona-Maßnahmen-Terror: Impfverweigerer müssen wie Aussätzige behandelt werden...“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.11.2021, Kanal: „Peter Boehringer“, abgerufen am 15.11.2021.

¹⁶⁸⁵ Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.

¹⁶⁸⁶ Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.

¹⁶⁸⁷ Weigand, Rolf: Facebook-Eintrag vom 22.11.2021, abgerufen am 22.11.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Ich will nochmal an die Corona-Zeit erinnern. Da haben ja die Abgeordneten – außer uns – das Grundgesetz letztendlich mit Füßen getreten. Man hat so viel Angst eingejagt, dass jetzt alle sterben, wenn wir das nicht tun, wenn wir nicht die Versammlungsfreiheit einschränken, wenn wir nicht einschränken, dass die Leute draußen spazieren gehen dürfen. Das haben viele schon vergessen! Man durfte teilweise nicht mal raus und sich auf eine Bank setzen, um ein Buch zu lesen! Das muss man sich mal reinziehen. Da ist für mich die Tür zum Faschismus aufgestoßen. Ich weiß es nicht, ob es Faschismus wird. Sobald ich mit dem Begriff irgendwo hantiere, erzählen mir vermeintlich kluge Leute: Du weißt ja gar nicht, was Faschismus ist, und dann schicken sie mir irgendwelche Links von Wikipedia und kaprizieren das dann letztendlich nur auf Italien oder NS-Deutschland – nur das sei dann echter Faschismus! Dabei sind wir, zumindest in der Zeit der Corona-Politik, ziemlich nah dran gewesen.“¹⁶⁸⁸

In einer Vielzahl von Posts bezeichnete der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) die COVID-19-Schutzmaßnahmen als „faschistoide Methoden“.¹⁶⁸⁹

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau wandte sich in mehreren Beiträgen gegen die Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und diffamierte das politische System der Bundesrepublik. Er sprach in diesem Kontext wiederholt von „Corona-Diktatur“¹⁶⁹⁰, setzte COVID-19-Impfungen mit dem Bau der Berliner Mauer gleich,¹⁶⁹¹ und sprach diffamierend von „Impf-Rassismus“¹⁶⁹² sowie von „Corona-Apartheid“.¹⁶⁹³

Auch Andreas Harlaß, Beisitzer im Vorstand der AfD Sachsen und Pressesprecher der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, sprach am 22. September 2021 auf Facebook von „Impf-Apartheid“.¹⁶⁹⁴

¹⁶⁸⁸ Hilse, Karsten: „Am atomaren Abgrund“ in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 34.

¹⁶⁸⁹ Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.08.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 09.09.2021, abgerufen am 10.09.2021. Facebook-Eintrag vom 08.09.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 13.09.2021, abgerufen am 14.09.2021. Facebook-Eintrag vom 20.10.2021, abgerufen am 21.10.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021. Facebook-Eintrag vom 23.11.2021, abgerufen am 24.11.2021.

¹⁶⁹⁰ Dornau, Jörg: Facebook-Einträge vom 05.04.2021, 24.04.2021, 05.12.2021, 06.12.2021, 12.12.2021, 15.01.2022 und 28.01.2022, abgerufen am 20.08.2024.

¹⁶⁹¹ Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.03.2021, abgerufen am 20.08.2024.

¹⁶⁹² Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.

¹⁶⁹³ Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 06.11.2021, abgerufen am 08.11.2021.

¹⁶⁹⁴ Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 22.09.2021, abgerufen am 23.09.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Andreas Geitz, kommunaler Mandatsträger im Rat der Stadt Hagen und der Bezirksvertretung Hagen-Haspe (NW), diffamierte Menschen mit COVID-19-Schutzimpfung, indem er behauptete, einige hielten sich nun für Mitglieder einer „Herrenrasse“, die andere als „*lebensunwerte[r]* „*Sozialschädling[e]*“ betrachteten; das sei „*Faschismus in Reinkultur!*“¹⁶⁹⁵

Sven Tritschler, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Landessprecher des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, verbreitete am 13. November 2021 auf seiner Facebook-Seite eine Fotomontage, die den Bundespräsidenten mit „Hitler-Bart“ zeigt, und stellte ihn in seinem beigefügten Kommentar gleichfalls mit Hitler gleich:

*„Ein deutsches Staatsoberhaupt auf der Suche nach Minderheiten, die als Sündenbock für die Versagerpolitik herhalten müssen. Bewährtes Konzept, allerdings seit rund 75 Jahren aus der Mode.“*¹⁶⁹⁶

Dies stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung und zugleich auch eine Verharmlosung der menschenverachtenden Maßnahmen in der NS-Zeit dar.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen wurden in der AfD auch häufig zum Anlass genommen, diese konkret mit Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden während des Nationalsozialismus oder anderen Maßnahmen in totalitären Regimen zu vergleichen.

Am 27. August 2021 teilte der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NI), der die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als „*Impfdiktatur*“ und „*Willkür*“ diffamierte, und setzte in seinem Kommentar die Schutzmaßnahmen mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus gleich:

*„Mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen begann im letzten Jahrhundert der Faschismus! Haben die Deutschen nichts aus ihrer Geschichte gelernt?“*¹⁶⁹⁷

Am 13. August 2022 verglich der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) die COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook beispielsweise mit der Unterdrückung und Verfolgung von Juden durch die Stasi und die Gestapo. Er verunglimpfte SPD und

¹⁶⁹⁵ Geitz, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.08.2021, abgerufen am 28.09.2021.

¹⁶⁹⁶ Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 13.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.

¹⁶⁹⁷ Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 27.08.2021, abgerufen am 30.08.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zudem unter Anspielung auf die radikalislamische Terrororganisation Taliban als „Moralibans“ und unterstellte ihnen eine faschistische Gesinnung:

„Aha – jetzt soll es also Farbanzeigen auf der App geben. [...] Na, so können die ‚Ordnungskräfte‘ – früher wurden die auch schon mal als Spitzel, als Blockwart, als Stasi oder noch früher als Gestapo bezeichnet – ihrer Arbeit leichter nachgehen und die so dringend nötigen Selektionen fürs Gemeinwohl vornehmen. [...] Viel einfacher wäre es doch, wenn wir zum Tragen unterschiedlich farbiger Oberarmbänder verpflichtet würden. Hatten wir doch alles schon einmal. Und hat doch auch bestens funktioniert. [...] Was kruschtelt und klaubt die Ampelregierung (Rot, Grün, Gelb) und die sie unterstützende Scheinopposition (Schwarz) sonst noch so an altbewährten faschistischen Instrumenten aus dem Giftschränk der politischen Instrumentarien raus, um den souveränen Bürgern ihre Freiheit und ihre Grundrechte zu nehmen? Nie wieder Faschismus, auch nicht im rot-grünen Kleidchen der Moralibans !!!“¹⁶⁹⁸

Der Landtagsabgeordnete Frank Otto Lizureck (ST) verunglimpfte in einem Facebook-Post vom 20. März 2022 den amtierenden Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, indem er einen Zusammenhang zwischen dem im Nationalsozialismus als Propagandabegriff verwendeten „Endsieg“ und den von Lauterbach beworbenen COVID-19-Schutzimpfungen herstellte:

„Karl Lauterbach ist die Schädigung von Kindern und Jugendlichen egal. Es muss gespritzt werden bis zum spritzen Endsieg.“¹⁶⁹⁹

Matthias Moosdorf (MdB, SN) veröffentlichte auf Facebook am 27. April 2023 auch einen Beitrag, in dem er dem deutschen Staat totalitäre Züge unterstellte und unter anderem infolge der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie einen beginnenden Faschismus zu erkennen meinte. Den Verfassungsschutz bezeichnet er in diesem Rahmen als „Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs“, beurteilte dessen Methoden und Ziele als extremistisch und warnte vor einer vermeintlich von diesem ausgehenden Gefahr für die Gesellschaft:

¹⁶⁹⁸ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

¹⁶⁹⁹ Lizureck, Frank Otto: Facebook-Eintrag vom 20.03.2022, abgerufen am 23.03.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Abweichler, ob nun in Corona- oder Genderfragen, bei der Einordnung der Situation in der Ukraine oder der Vereinbarkeit des Islam mit der Europäischen Menschenrechtscharta, sollen mundtot gemacht werden. Das aber ist totalitär, in meinen Augen beginnt hier ein Faschismus, der in seinen Anfängen schon als solcher benannt und bekämpft werden muss. [...]

Die moralisierende Dummheit des Verfassungsschutzes – ein institutionalisierter singulärer Anachronismus selbst unter westlich orientierten Staaten – ist nichts als ein Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs. Es ist genau der Kampf gegen den vermeintlichen Faschismus, der ihn erst erzeugt. Extremistisch sind die Ziele und Methoden des Verfassungsschutzes – und damit gesichert verfassungsfeindlich. Der Geist der Überwachung, ob nun von Gestapo, Stasi oder Verfassungsschutz exekutiert, schützt unsere Gesellschaft nicht. Er gefährdet sie!“¹⁷⁰⁰

In einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 25. Juni 2021 sprach der sächsische Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse vom Deutschen Bundestag als einer „geschlossenen Anstalt“, einer „Scheindemokratie“ und „Demokratie-Simulation“ und bezeichnete das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz), das sogenannte Infektionsschutzgesetz, als „Ermächtigungsgesetz“:

„Ich bin jetzt seit vier Jahren in dieser sogenannten geschlossenen Anstalt. Und was ich dort erfahren habe ist natürlich, dass es hier sich nur noch um eine Scheindemokratie handelt. Also um eine Demokratie-Simulation. [...] Wenn wir uns anschauen: Am 18.11. - da hat das Parlament [...] das zweite Mal nach 1933 in seiner Geschichte seine Macht abgegeben an die Regierung. Und an eine Regierung, von der wir sehen können, [...] dass sie teilweise korrupt ist und dass sie sich vor allen Dingen nicht an Recht und Gesetz hält. Seit 2015 zum Beispiel gegen das Grundgesetz verstößt [...]. Denen ist quasi Rechtsstaatlichkeit relativ egal. Und am 18.11. habe ich zu Recht dieses Gesetz, dieses Infektionsschutzgesetz, Ermächtigungsgesetz genannt, weil es noch nie so einschneidende Maßnahmen gab seit 1949 wie mit diesem Gesetz.“¹⁷⁰¹

¹⁷⁰⁰ Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 27.04.2023.

¹⁷⁰¹ Hilse, Karsten: Redebeitrag in Lauchhammer (BB) am 25.06.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.06.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 09.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Auch in seiner Rede am 25. August 2021 in Bautzen (SN) bezeichnete Hilse das Infektionsschutzgesetz als „*Ermächtigungsgesetz*“ und unterstellte der Regierung „*faschistische Methoden*“ und den Aufbau einer „*Corona-Diktatur*“ bzw. „*Klimadiktatur*“. ¹⁷⁰²

Emil Sänze, AfD-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, sprach in Bezug auf das Infektionsschutzgesetz von „*Ermächtigungsgesetz*“; die Bundesrepublik Deutschland setze „*den Weg in die dritte Diktatur fort*“. Er verglich die Beschränkungsmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie mit einer „*üblen Science-Fiction-Dystopie*“ sowie NS-Unterdrückungsmaßnahmen und sprach von einer „*Erniedrigung*“ und „*Abwertung von Menschen*“. ¹⁷⁰³

Der Kreisverbandssprecher der AfD Paderborn (NW) Marvin Weber resümierte in einem Facebook-Post vom 6. Februar 2024:

„Wie demokratie-, verfassungsfeindlich, demagogisch, korrupt, korrumpiert, psychopathisch, totalitär und faschistoid die Regierungskaste in Deutschland ist, konnte jeder Bürger beim Impfzwang-Verbrechen während der der Willkürherrschaft der Altparteien in der Coronazeit sehen.“ ¹⁷⁰⁴

Der Kehler AfD-Kreisrat Günter Geng (BW) bezeichnete die Verabschiedung des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz) auf Facebook als „*zweite[s] deutsche[s] Ermächtigungsgesetz[es]*“, mit dem das „*4. Reich*“ begonnen habe. ¹⁷⁰⁵

In mehreren Facebook-Beiträgen stellte Günter Geng COVID-19-Impfnachweise mit „*Ariernachweisen*“ ¹⁷⁰⁶ sowie dem „*gelben Judenstern*“ ¹⁷⁰⁷ und die Bundesregierung unter Merkel („*Merkulatur*“ ¹⁷⁰⁸) mit dem NS-Regime gleich. Impfungen diskreditierte er gar als „*Euthanasie-Programm*“ ¹⁷⁰⁹.

¹⁷⁰² Hilse, Karsten: Redebeitrag in Bautzen (SN) am 25.08.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.08.2021, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden - Die Dokumentation“, abgerufen am 27.08.2021.

¹⁷⁰³ Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 26.08.2021, abgerufen am 01.09.2021.

¹⁷⁰⁴ Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 06.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.

¹⁷⁰⁵ Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 21.04.2021, abgerufen am 26.04.2021.

¹⁷⁰⁶ Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)

¹⁷⁰⁷ Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 30.05.2021, abgerufen am 02.06.2021.

¹⁷⁰⁸ Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)

¹⁷⁰⁹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Im Juni 2022 wurde gegen den Reutlinger AfD-Stadtrat Hansjörg Schrade (BW) Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Schrade hatte auf seinem Telegram-Kanal eine Nachricht des bekannten Impfkritikers Paul Brandenburg unkommentiert geteilt und damit seine Zustimmung hierzu ausgedrückt. Die Nachricht war bebildert mit einer Collage aus Adolf Hitler, Erich Honecker und Angela Merkel. Im Text war unter anderem zu lesen:

„Die deutschen Regierungschefs mit den meisten Todesopfern waren stets bis zum letzten Moment ihres Lebens überzeugt, mit ihren Taten im Recht gewesen zu sein.“¹⁷¹⁰

Ferner könnten Politikerinnen und Politiker nach Auffassung Brandenburgs frei entscheiden, wer „als Staatsfeind bekämpft“ werde.¹⁷¹¹

Wiederholt wurden die COVID-19-Schutzimpfungen zudem mit den menschenverachtenden medizinischen Menschenversuchen unter dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt.

So bekundete der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau auf einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 7. September 2021 in Hennigsdorf (BB):

„Trotz aller Diktatur-Erfahrungen im vergangenen Jahrhundert ignoriert man die damaligen verbrecherischen medizinischen Experimente an Menschen und spuckt auf den daraus entstandenen ‚Nürnberger Kodex‘.“¹⁷¹²

Die unhaltbare Gleichsetzung¹⁷¹³ von COVID-19-Schutzimpfungen mit den menschenverachtenden medizinischen Experimenten unter dem Nationalsozialismus stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung nicht nur der Forscherinnen und Forscher bzw. Ärztinnen und Ärzte, sondern auch der Politikerinnen und Politiker dar. Indem suggeriert wird, handlungsleitend für die Entscheidungsträgerinnen und -träger seien nicht Wohl und Nutzen der Bevölkerung, sondern Maßstäbe, die mit nationalsozialistischen Positionen vergleichbar seien, wird das Vertrauen in die demokratischen Institutionen insgesamt in Zweifel gezogen

¹⁷¹⁰ Reutlinger General-Anzeiger: „Volksverhetzung? Erneut Strafanzeige gegen Reutlinger AfD-Stadtrat“ vom 15.06.2022, in: www.gea.de, abgerufen am 17.06.2022.

¹⁷¹¹ Ebd.

¹⁷¹² AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 07.09.2021, abgerufen am 08.09.2021.

¹⁷¹³ Vgl. hierzu etwa BVerwG, Beschl. v. 07.07.2022, 1 WB 2.22, juris, Rn. 234 ff.; OLG Brandenburg, Beschl. v. 05.07.2022, 13 UF 42/22, juris, Rn. 36; VG Berlin, Beschl. v. 14.01.2022, 14 L 619/21, juris, Rn. 44.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Diese Äußerungen, die die amtierenden Regierenden mit Autokraten und gar Nationalsozialisten gleichsetzen, gipfeln dann im Postulat, Regierungsmitglieder vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Am 1. September 2022 forderte die AfD Sachsen, der Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach müsse „weg“ und – auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegen nationalsozialistische Funktionsträger anspielend – vergleichbar vor Gericht gestellt werden:

„Lauterbach muss weg! Nürnberg 2.0“¹⁷¹⁴

Auch Wolfgang von Eyb, AfD-Stadtrat in Würzburg (BY), sprach sich in einer Telegrammgruppe im Zusammenhang mit der Debatte um die Einführung einer Impfpflicht für eine Eröffnung des „Nürnberger Prozess[es] 2.0“ aus:

„Wir müssen dran bleiben, damit sich die Befürworter der ‚Impfung‘ nicht neu gruppieren. Gewonnen ist die Sache erst, wenn der Nürnberger Prozess 2.0 eröffnet wird.“¹⁷¹⁵

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden in der AfD auch Verschwörungstheorien verbreitet, die die staatlichen Institutionen oder Repräsentantinnen und Repräsentanten mit Verbrechern gleichsetzen und das Vertrauen in diese entsprechend erschüttern möchten. Danach bediene die Regierung sich autoritärer Methoden, um einen größeren, dahinterstehenden Plan umzusetzen.

Christina Baum (MdB, BW/ST) stellte die COVID-19-Schutzimpfung in einem Facebook-Post als Vergewaltigung des Volkes dar und sah einen planmäßigen Krieg der Regierung gegen das eigene Volk im Gange:

„Generalstabsmäßig wird das Deutsche Volk mit einer mehr als zweifelhaften, oft unwirksamen, dafür häufig schädlichen #Injektion vergewaltigt. [...] Diese #Regierung samt #Scheinopposition führen eine Art #Krieg der unheimlichen Art gegen das eigene #Volk.“¹⁷¹⁶

¹⁷¹⁴ AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 02.09.2022.

¹⁷¹⁵ Screenshot Tweet vom 07.04.2022, abgerufen am 08.04.2022.

¹⁷¹⁶ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 27.12.2021, abgerufen am 28.12.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, schrieb am 9. Oktober 2021 auf Facebook:

„Ich kann mir übrigens auch durchaus vorstellen, dass hinter der Corona-Politik eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will!“¹⁷¹⁷

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Rainer Rothfuß (mittlerweile zum MdB, BY) hielt auf dem Neujahrsempfang der AfD Lindau am 10. Januar 2023 in Oberstaufen (BY) einen Redebeitrag, in dem er die regierenden Parteien beschuldigte, die *„Menschen ins Unglück zu stürzen“*.

„Wir können diese Zahl nicht einfach so im Raum stehen lassen. Wir müssen die zur Verantwortung ziehen, die dazu geführt haben, dass die Menschen ins Unglück gestürzt wurden, dass die Abtreibungen in die Höhe schnellen, dass die psychischen Erkrankungen in die Höhe schnellen. Und da werden wir als AfD ein unangenehmer Begleiter weiterhin dieser Politik sein, die gegen den Menschen gerichtet ist. [...] Und viele Menschen sagen ja immer wieder: ‚Parteien können das Ganze eh nicht verändern. Wählen hilft eh nichts. Wenn Wahlen was verändern würden, wären sie längst verboten worden.‘ Aber ich würde sagen: Nein, sie wären nicht verboten worden, sondern sie würden manipuliert werden. Dadurch, dass einfach Gehirnwäsche gemacht wird, dass die Medien den Menschen falsche Fakten einflößen oder falsche Meinungen einflößen, dass sie gewisse Probleme einfach weglassen, dass sie die Verursacher nicht benennen der Probleme. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor der Manipulation.“¹⁷¹⁸

Christine Anderson (MdEP, HE) kritisierte in einem Facebook-Post vom 22. Juni 2022 die Verlängerung des digitalen COVID-19-Impfzertifikats, welche sie als Ausdruck einer erheblichen Einschränkung der Rechte und Freiheiten deutscher Bürgerinnen und Bürger wertete. Den Anlass hierfür sah sie nicht im Schutz der Gesundheit, sondern in der Unterdrückung der kritisch eingestellten Bevölkerung, die so angeblich an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte gehindert werden sollte:

„Es geht nicht um den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, sondern um den Schutz von Regierungen und Politik vor unangenehmen Bürgern und deren legi-

¹⁷¹⁷ Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.10.2021, abgerufen am 12.10.2021.

¹⁷¹⁸ Rothfuß, Rainer: Redebeitrag in Oberstaufen (BY) am 10.01.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.01.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß“, abgerufen am 11.01.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

time Nutzung demokratischer Freiheiten und Grundrechten. Demokratische Beteiligung wird dann nur denjenigen Bürgern gewährt, denen zuvor von der Regierung einen ‚Digitalen Grundrechtsgutschein‘ ausgestellt wurde. Alle anderen werden stattdessen direkt in einen ‚Demokratie-Lockdown‘ geschickt.“¹⁷¹⁹

Am 23. Juni 2022 bezog Anderson zu dem Thema in einem Facebook-Beitrag erneut Stellung, indem sie das Impfzertifikat als „Grundrechte Bezugsschein“ bezeichnete und damit andeutete, die Zuerkennung der Grundrechte hänge vom Impfstatus der Betroffenen ab. Durch die Erwähnung eines „pLandemischen“ Herbsts und Winters suggerierte auch sie, dass die COVID-19-Pandemie Teil eines übergeordneten Plans der Regierung sei:

„Unsere Befürchtung ist heute leider wahr geworden und der ‚Grundrechte Bezugsschein‘ – eine Bezeichnung die ich hier als wesentlich treffender erachte – wurde um ein weiteres Jahr bis Juni 2023 verlängert.

Ich habe selbstverständlich zusammen mit einigen Mitstreitern dagegen gestimmt, jedoch war dem Durst der Mehrheit der EU-Abgeordneten nach weiteren Möglichkeiten zur Einschränkung von Bürgerfreiheit und Grundrechten nicht mehr beizukommen. [...] Zu sehr hat man Gefallen daran gefunden, den Bürgern unter dem Vorwand der vermeintlichen ‚Gesundheitsfürsorge‘ die Grundrechte entziehen und bei regierungsfreundlichem Wohlergehen ggf. wiedergewähren zu können, ganz so als handle es sich um Privilegien. Genießen Sie einen letzten Sommer der Freiheit. Ist er erst vorbei, wird uns allen wohl ein weiterer pLandemischer (sic) Herbst und Winter vor der Tür stehen! Aber eines ist jetzt schon sicher: Unser Kampf für die Freiheit wird weitergehen!“¹⁷²⁰

Am 21. Mai 2022 teilte Anderson einen Tweet des amtierenden Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach und bezeichnete die darin verkündete Einigung der WHO und der G-7 auf einen Pakt gegen neue Pandemien als einen Pakt mit dem Ziel, die Demokratie abzuschaffen:

„Dieser ‚Pakt gegen neue Pandemien‘ ist in Wahrheit ein Pakt um die Volksherrschaft (Art. 20, Abs. 2 GG) abzuschaffen. Das wissen Sie sehr genau, Herr

¹⁷¹⁹ Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 22.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.

¹⁷²⁰ Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*@Karl_Lauterbach! Geben Sie endlich Butter bei die Fische und hören Sie auf, die Bürger für dumm zu verkaufen!*¹⁷²¹

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) bezeichnete die Bundesrepublik am 27. August 2022 angesichts geplanter COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook als „bunte[s] Regime“, welches das Volk seiner Grundrechte berauben wolle:

*„Das hätte in den braunen und roten sozialistischen Diktaturen der Vergangenheit nicht besser gelöst werden können. Offenbar will das bunte Regime hier vorsorgen und im Fall der befürchteten Energieproteste ein Mittel zur Hand haben, den Souverän seiner Grundrechte zu berauben. Merken Sie sich diejenigen, die diese Willkürmaßnahmen im Bundestag durchwinken. Diese Leute haben sich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit endgültig verabschiedet.“*¹⁷²²

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) trat als Redner bei einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 22. März 2022 in Dresden (SN) auf. In seinem Redebeitrag stellte er die Behauptung auf, dass die COVID-19-Pandemie ebenso wie andere Krisen dem Ziel des Großen Austauschs dienten und den Weg in eine totalitäre Staatsform bereitleiten:

*„Corona ist nichts weiter als eine [...] fortgeschrittene Übung in den Totalitarismus des 21. Jahrhunderts und eine, die in Deutschland wieder einmal mit besonderer Verbiesterung durchexerziert wird.“*¹⁷²³

In einem im Juli 2022 auf YouTube veröffentlichten Interview unterstellte der Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer (BY), die zurückliegende Maßnahmenpolitik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie habe auf „monströsen Lügen“ geußt:

„Es ist wahnsinnig, welche monströsen Lügen möglich waren und sind und wie viele Menschen und Verbände mitmachen. [...] Was auch erschreckend war die letzten zweieinhalb Jahre, und das war glaube ich in dieser Form auch einmalig

¹⁷²¹ Anderson, Christine: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 31.05.2022.

¹⁷²² Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.08.2022, abgerufen am 06.09.2022.

¹⁷²³ Berndt, Hans-Christoph: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 23.03.2022, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 23.03.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*und erstmalig so, dass man weltweit [...] diese Volksverdummung durchsetzen konnte, weltweit. Das ist schon erstaunlich und erheblich.*¹⁷²⁴

Mit diesen Äußerungen suggeriert die AfD, die Regierung verfolge einen größeren Plan, dessen Kern nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sei. Dies sei lediglich ein Vorwand, um mit totalitären, undemokratischen Methoden ans Ziel zu kommen. Unterstützung erhalte die Regierung durch pauschal als jedenfalls unkritisch beschriebene Medien.

Auch diese Äußerungen sind darauf gerichtet, das Vertrauen in die Demokratie und die sie tragenden Institutionen sowie in die staatlichen Organe und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten zu erschüttern.

bb. Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch über Äußerungen, die eine funktionierende Gewaltenteilung in Deutschland in Frage stellen oder negieren, wird bzw. wird versucht, die demokratische Nachkriegsordnung insgesamt in Zweifel zu ziehen.

So werden etwa die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 19. November 2021 zur sogenannten Bundesnotbremse von mehreren AfD-Politikern als Beweis für die Aufhebung der Gewaltenteilung und die faktische Außerkraftsetzung des Grundgesetzes beschrieben.

Stephan Brandner, Bundestagsabgeordneter (TH) und stellvertretender Bundessprecher der AfD, schrieb nach Veröffentlichung des Gerichtsbeschlusses am 30. November 2021 auf Facebook von „Büttelrechtssprechung“. Das Bundesverfassungsgericht mache sich „wieder mal zum #Büttel der Regierenden“, das Grundgesetz sei „das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben steht“:

„Bundesverfassungsgericht macht sich wieder mal zum #Büttel der Regierenden! [...] Was aber soll man anderes erwarten von einem Bundesverfassungsgericht, das eng verbandelt mit der Regierung ist, sich sogar in vollständiger Besetzung zum Essen mit der Kanzlerin trifft und dort Vorträgen von Ministern lauscht? Ein Gericht, dessen Präsident ein enger Parteifreund von Merkel ist, der hoher Funk-

¹⁷²⁴ Boehringer, Peter: Aussagen in einem Interview; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...) am 29.07.2022, Kanal: „POLITIK SPEZIAL – Stimme der Vernunft“, abgerufen am 20.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

tionär der Kanzlerpartei war und der sich schon vor Monaten öffentlich zustimmend zur Coronapolitik äußerte? Dass bei diesen Voraussetzungen keine seriöse juristische Prüfung, sondern Büttelrechtssprechung zu erwarten war, dürfte niemanden überraschen.“¹⁷²⁵

Björn Höcke unterstellte dem Bundesverfassungsgericht, es stelle den Regierenden einen „Blankoscheck für Willkür“ aus, und behauptete das „Ende der Gewaltenteilung“:

„Wer schützt uns noch vor den Beschützern? Können wir noch sicher von einer gewährleisteten Gewaltenteilung in Deutschland ausgehen? Seit dem ‚Klimaurteil‘ ahnten wir es, nun dürfen wir uns wohl endgültig von der Vorstellung verabschieden, das oberste Gericht unseres Landes stünde noch als Schutzwall zwischen der Bundesregierung und unseren Grundrechten. Was bisher durch die Verzögerungstaktik bei wichtigen Urteilen nur erahnt werden konnte, wird nun zur Gewißheit: Das Bundesverfassungsgericht scheut nicht davor zurück, den Regierenden einen Blankoscheck für Willkür auszustellen.“¹⁷²⁶

Der damalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Bernhard Zimniok (BY) bezeichnete das Bundesverfassungsgericht angesichts der Debatte um eine Impfpflicht in einem Tweet vom 19. Mai 2022 ebenfalls als „Erfüllungsgehilfen der Regierung“¹⁷²⁷ und stellte damit die Gewaltenteilung in Abrede.

Anlässlich der gleichen Entscheidung äußerte Thomas Dietz (MdB, SN):

„Der Rechtsstaat ist in Teilen in seiner obersten INSTANZ nicht mehr existent. Das ist politisch gewollte Rechtsprechung!“¹⁷²⁸

Am 8. September 2022 veröffentlichte Björn Höcke auf Facebook einen Beitrag zum Urteil des Amtsgerichts Hamburg, das am Tag zuvor den islamfeindlichen Blogger Michael Stürzenberger wegen Volksverhetzung zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt hatte. Höcke sah in dem Urteil einen beispielhaften Beleg für den Verlust richterlicher Unabhängigkeit in Deutschland:

„Was sind das für Richter, die heutzutage, da islamischer Terror bereits in Deutschland stattfindet und sich deutsche Gerichte mit der Zwangsverheiratung

¹⁷²⁵ Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 20.08.2024.

¹⁷²⁶ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 02.12.2021, abgerufen am 02.12.2021.

¹⁷²⁷ Zimniok, Bernard: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 19.05.2022.

¹⁷²⁸ Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 19.05.2022, abgerufen am 20.05.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

von Kindern beschäftigen müssen, jegliche kritische Meinungsäußerung zu diesen Themen bestrafen? Man könnte fast annehmen, daß hier jemand vor den demographischen Realitäten der Verdrängungs-/Masseneinwanderung innerlich kapituliert hat und die Fortführung seiner Karriere im künftigen Kalifat auf deutschem Boden nicht gefährden will... Auch wenn Michael Stürzenberger, wie so viele Dissidenten, den Glauben an den Rechtsstaat längst verloren haben dürfte, geht er in die nächste Instanz. Ich wünsche dem leidenschaftlichen Aufklärer, daß ihn die Kraft nicht verläßt.“¹⁷²⁹

Der AfD-Kreistagsabgeordnete Thomas Naulin, zum damaligen Zeitpunkt zudem Sprecher des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen (MV), teilte diesen Beitrag und diffamierte Richter zudem als „rückgratlose Marionetten“, indem er schrieb:

„Vieles ist nicht mehr hinzunehmen. Auch ich persönlich habe vor Richtern gesessen die nicht auf so einem Stuhl sitzen dürften. Diese rückgratlosen Marionetten müssen zur Verantwortung gezogen werden! Ich hoffe diesen Herbst erhebt sich das Volk und jagt dieses ganze verlogene Pack endlich zum Teufel!“¹⁷³⁰

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse, zu diesem Zeitpunkt außerdem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Sachsen, äußerte anlässlich einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz in einem Facebook-Post vom 3. Mai 2021 erhebliche Zweifel am Bestehen der Gewaltenteilung in Deutschland und bezeichnete neben den Medien die Exekutive, Legislative und Judikative in Deutschland als weitestgehend zentral gesteuert, um vermeintlich einen „totalitären, antifreiheitlichen Staat“ aufzubauen. Das Bundesverfassungsgericht benannte Hilse in diesem Rahmen als „willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur“:

„Staatsstreich! Das Bundesverfassungsgericht hat sich zum willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur degradiert! Damit ist nach den Medien (genannt 4. Gewalt), der Exekutive und der Legislative auch die Judikative (zumindest das oberste Gericht) offensichtlich größtenteils in der Hand derer, die Deutschland zu einem totalitären, antifreiheitlichen Staat umbauen wollen.“¹⁷³¹

¹⁷²⁹ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 20.08.2024.

¹⁷³⁰ Naulin, Thomas: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 14.09.2022.

¹⁷³¹ Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 03.05.2021, abgerufen am 03.05.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Karsten Hilse bezeichnete zudem die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in einer AfD-Publikation aus März 2022 beispielsweise als „*Demokratiesimulation*“¹⁷³² und insinuierte durch die Bezeichnung des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff und des amtierenden Bundespräsidenten Steinmeier als „*politische Sprechpuppen*“ eine externe Steuerung und damit fehlende Unabhängigkeit derselben:

*„Wohin solche Kungeleien vorbei am Wahlvolk führen, zeigen Totalausfälle wie Wulff oder Steinmeier, die das Amt als politische Sprechpuppen immer mehr beschädigen.“*¹⁷³³

Im Nachgang zur Wahl eines CDU-Politikers zum Landtagspräsidenten in Thüringen äußerte sich Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) folgendermaßen:

*„Warum wird in #Thüringen überhaupt noch gewählt? Dem Machtkartell sind Wahlergebnisse offensichtlich schnuppe.“*¹⁷³⁴

In einem weiteren Tweet schrieb er am selben Tag:

*„In #Thüringen ist jetzt die mit Abstand stärkste Fraktion nicht im Parlamentspräsidium vertreten. Die Ausschüsse spiegeln zudem nach einer willkürlichen Veränderung ihrer Größe nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse des Landtags wider. So sieht #Machtergreifung aus!“*¹⁷³⁵

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE und stellvertretende AfD-Bundessprecherin) verunglimpfte die amtierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 4. Juli 2022 auf Facebook als „*Demokratiegefährderin*“ und das Bundesministerium des Innern als „*ideologisches Propagandaministerium*“, das die Abschaffung der Meinungsfreiheit und die Verbreitung eigener Ideologien zum Ziel habe:

„Demokratiegefährderin: Faeser erschafft ideologisches Propagandaministerium!“

¹⁷³² Vgl. VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, Rn. 164.

¹⁷³³ Hilse, Karsten: „Mehr Demokratie wagen, statt Demokratiesimulation“, in: Blaue Post Bautzen, Ausgabe 03/2022, S. 3.

¹⁷³⁴ Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

¹⁷³⁵ Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat Horst Seehofers Heimatministerium nach eigenen Angaben ‚umgebaut und verstärkt‘. [...] Ehrlicher wäre allerdings die Bezeichnung ‚Propagandaministerium‘. Denn verfolgt wird unter dem Deckmantel des ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts‘ einzig das Ziel, eigene Ideologien zu verbreiten und unliebsame Meinungen zu unterdrücken. Große Teile der Gesellschaft werden schon jetzt in den unterschiedlichsten politischen Bereichen diskreditiert und in die Nähe des Extremismus gerückt. [...] Faesers Abteilung zur ‚Stärkung der Demokratie‘ ist deshalb nichts anderes als der nächste Baustein zur Abschaffung der Meinungsfreiheit. Die stets geforderte ‚Meinungsvielfalt‘ endet für Politiker der Ampelkoalition nämlich stets dort, wo sich geäußerte Meinungen nicht mit den von der Regierung propagierten Ideologien decken.*¹⁷³⁶

In ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag“ der AfD Rhein-Berg (NW) am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) tätigte Mariana Harder-Kühnel folgende Aussagen:

*„Der sogenannte Kampf gegen rechts ist fast so etwas wie eine Art Ersatzreligion geworden und in diesen Tagen erreicht er so langsam hoffentlich sein Endstadium und hat weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in eine Art Wahnzustand versetzt. Ja, die Leute merken gar nicht mehr, dass das, was getrieben wird, eigentlich schon den Charakter eines autoritären Regimes angenommen hat. Erst wollte man uns als AfD politisch stellen, das hat irgendwie nicht so richtig funktioniert und weil man uns politisch nicht stellen konnte, greift man eben nun zu immer härteren Bandagen. Ja, sogar über ein Verbot der AfD wird offen gesprochen, die Verzweiflung muss da tatsächlich sehr, sehr groß sein und mit demokratischen Standards hat das alles längst nichts mehr zu tun.“*¹⁷³⁷

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er Deutschland abspricht, eine Demokratie zu sein, und Begriffe wie „Kartellbildung“ oder „Parteibuchgerichte“ verwendet:

¹⁷³⁶ Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 04.07.2022, abgerufen am 05.07.2022.

¹⁷³⁷ Harder-Kühnel, Mariana: Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag“ der AfD Rhein-Berg am 16.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 23.02.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Wer die Bundesrepublik Deutschland im Brustton der Überzeugung als Demokratie (Volksherrschaft) bezeichnet, lebt entweder von ihr oder ist nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Diese harte Aussage ist mit Blick auf das, was wir hierzulande vorfinden richtig und wichtig: Gebrochene Gewaltenteilung, Kartellbildung der Altparteien, Parteibuchgerichte, staatliche und halbstaatliche Propagandaproduktion, Herrschaft der politischen Korrektheit, Geheimdiensteinsatz gegen friedliche Opposition, Eingriff von in- ausländischen NGOs in den Meinungsbildungsprozeß, Mediatisierung und Manipulation des Volkes, ja, letztlich Zerstörung des Demos (Volkes) durch Multikulturalisierung...“

In dem Beitrag verweist Höcke auf einen verlinkten Beitrag in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität“ und schreibt dazu:

„Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!“¹⁷³⁸

Der geteilte Artikel stellt die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend in Frage:

„Was die da oben als ‚unsere Demokratie‘ mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt. [...] ‚Unsere Demokratie‘ dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den

¹⁷³⁸ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben.“¹⁷³⁹

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.¹⁷⁴⁰

In einem Facebook-Beitrag vom 7. Juni 2022 bezeichnete der hessische Landtagsabgeordnete Frank Grobe die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien pauschal als „Anti-Demokraten“:

„Stoppt endlich die Anti-Demokraten der Altparteien“¹⁷⁴¹

In einem Tweet vom 31. Dezember 2023 reagierte Harald Laatsch (MdB) auf einen Beitrag des Deutschlandfunks, demzufolge die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vor Wahlerfolgen der AfD gewarnt hätten:

„Zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Parteien, WEF usw. bilden die Verbände den tiefen Staat, die größte Gefahr für die Demokratie.“¹⁷⁴²

Laatsch erklärte außerdem in seinem Tweet vom 21. Juli 2024 frei heraus:

„Es gibt keine Gewaltenteilung mehr in Deutschland, es gibt eine Gewaltenkopplung.“¹⁷⁴³

Nach der Verschwörungstheorie vom „Tiefen Staat“ bestehen hinter der eigentlichen Regierung weitere staatliche Strukturen, die nicht demokratisch legitimiert sind und im Verborgenen das Staatsgeschehen lenken oder gegen dieses arbeiten.

Kay-Uwe Ziegler (MdB, ST) schrieb im Februar 2024 auf Telegram über die Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

„Diese Person will bestimmen, wer ein Rechtsextremist ist und was eine Verhöhnung des Staates darstellt! DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT! [...]“

¹⁷³⁹ Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?“ vom 29.10.2024, in: <https://wir-selbst.com>, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)

¹⁷⁴⁰ AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)

¹⁷⁴¹ Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.

¹⁷⁴² Laatsch, Harald: Tweet vom 31.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.

¹⁷⁴³ Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt.*¹⁷⁴⁴

Die Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung Erika Steinbach warf sowohl der CDU/CSU als auch der jetzigen Regierung in einem Facebook-Post vom 1. Juli 2022 vor, für den vermeintlichen Niedergang der Demokratie in Deutschland verantwortlich zu sein:

*„Die Union unter der Herrschaft von Angela Merkel hat sich zum Totengräber unserer Demokratie gemacht. Die jetzige Regierung setzt das nahtlos fort.“*¹⁷⁴⁵

Am 19. August 2022 schrieb sie auf Facebook, Deutschland werde „[z]ielgerichtet [...] entdemokratisiert“.¹⁷⁴⁶

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) sprach in einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 von einer „krankenden“ und „defekten Demokratie“ in Deutschland¹⁷⁴⁷.

Auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 sprach Urban angesichts einer angeblichen Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die etablierten Parteien von „demokratiefeindlichem“ Verhalten und „Demokratiefeinden“:

*„Hier ist vor kurzem was passiert, was aus meiner Sicht absolut demokratiefeindlich ist. [...] Wenn man Veranstaltungen unterdrückt, ohne dass die Menschen, die da auftreten wollen, strafrechtlich relevant geworden sind. Volksverhetzungen, Aufrufe zur Gewalt. Nichts Strafrechtliches, nur weil einem die Meinung nicht gefällt, dann ist das das Gegenteil von Demokratie, dann sind das Stadträte, die Demokratie unterdrücken. Dann sind das Demokratiefeinde. [...] Das geht von links bis grün, bis SPD, bis zur CDU. Wer so etwas macht, wer die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Wortes unterdrückt, das ist ein Demokratiefeind.“*¹⁷⁴⁸

¹⁷⁴⁴ Ziegler, Kay-Uwe: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 15.02.2024.

¹⁷⁴⁵ Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 01.07.2022, abgerufen am 04.07.2022.

¹⁷⁴⁶ Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 19.08.2022, abgerufen am 21.09.2022.

¹⁷⁴⁷ Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 09.02.2023.

¹⁷⁴⁸ AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Der sächsische Landtagsabgeordnete Norbert Mayer kommentierte im Oktober 2023 die Festnahme des bayerischen Landtagsabgeordneten Daniel Halemba folgendermaßen:

„Ein vom Volk frisch gewählter Landtagsabgeordneter wird von der Justiz direkt vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments von Bayern abgefangen und in Haft genommen. CDU/CSU, in welche Bananenrepublik habt Ihr unser geliebtes Deutschland verschandelt?“¹⁷⁴⁹

Mayer diffamiert hier die Bundesrepublik als „Bananenrepublik“. Mit diesem Begriff werden im allgemeinen Sprachgebrauch autokratische, von Misswirtschaft und Korruption durchsetzte Staaten bezeichnet.

cc. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

In der AfD wird zudem ein gewaltsames Vorgehen des deutschen Staates gegen die eigene Bevölkerung sowie politische Gegnerinnen und Gegner behauptet.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) unterstellte der Bundesregierung in seiner Rede auf einer „Friedensdemo“ am 20. Februar 2023 in Magdeburg (ST), einen regelrechten „Krieg“ gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

„Diese Bundesregierung hat Russland den Krieg erklärt. Noch viel mehr aber hat diese Bundesregierung dem eigenen Volk den Krieg erklärt. [...] Wenn wir eine Regierung haben, die gegen uns Krieg führt, dann führen wir Krieg gegen diese Regierung. [...] Es muss jede Bundesregierung, die aus Altparteien gebildet wird, vertrieben werden. Wir sind gekommen, diese Gestalten aus ihren Sesseln zu vertreiben.“¹⁷⁵⁰

Das damalige AfD-Landesvorstandsmitglied Roman Kuffert (mittlerweile MdL BB) äußerte auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg im April 2024:

„Zensur, Diffamierung, Repressalien. Schlimmer als in der DDR. Es ist nämlich - da könnte ich die Frage stellen: ein Bevölkerungsaustausch? Weil wir haben im

¹⁷⁴⁹ Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 30.10.2023, abgerufen am 23.11.2023.

¹⁷⁵⁰ Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag auf der „Friedensdemo“ in Magdeburg (ST) am 20.02.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Rederei FM“ am 25.02.2023, abgerufen am 21.03.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Grunde genommen eins, was wir erleben. Wir haben den Krieg mittels Migrationswaffe gegen uns, gegen das deutsche Volk.“¹⁷⁵¹

Karsten Hilse (MdB, SN) schrieb im Juli 2024 auf Facebook:

*„Trauriger Alltag in Deutschland! Jeder, der die cduspdfdpgrünelinkebsw wählt, macht sich mitschuldig an zukünftigen Messermorden! Jeder, der am 01.09.2024 diese Einheitspartei wählt, wählt Mord, Totschlag und Vetgewaltigung auf Deutschlands Straßen und Plätzen!
Nur die Alternative für Deutschland ist willens, diesen Zustand entschlossen und nachhaltig zu beenden!“¹⁷⁵²*

Hilse wiederholte diese Aussage in einem Tweet vom 24. August 2024 fast wortgleich.¹⁷⁵³

Der bayerische Landtagsabgeordnete Franz Bergmüller teilte im November 2022 auf Facebook einen Post des AfD-Kreisverbands Rosenheim (BY). Darin wurden Informationen verbreitet, die suggerierten, der deutsche Staat ziehe die Tötung von Oppositionellen in Erwägung:

„Bei der Anhörung der Chefs der Nachrichtendienste am 17.10.2022 hat Herr Haldenwang, Präsident des Verfassungsschutzes, erklärt:

... Eine Gefahr besteht auch – ich habe es vorhin schon angesprochen – dass Oppositionellen-Beobachtung sehr viel stärker stattfinden wird. Und dass möglicherweise auch energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung vorstellbar erscheint.‘

... energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung ... Für wen arbeitet dieser von Merkel berufene Mann? Wie lange geht das so weiter? Wer deckt ihn?“¹⁷⁵⁴

In der Anhörung hatte der damalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz zu den Spionageaktivitäten Russlands ausgeführt. Das Zitat wird hier allerdings fälschlich so dargestellt, als beträfe es das Vorgehen deutscher Behörden.¹⁷⁵⁵

¹⁷⁵¹ Kuffert, Roman: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2024.

¹⁷⁵² Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 02.07.2024, ohne Abrufdatum.

¹⁷⁵³ Hilse, Karsten: Tweet vom 24.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

¹⁷⁵⁴ Bergmüller, Franz: Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.

¹⁷⁵⁵ Vgl. öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste am 17.10.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.10.2022, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 20.08.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Harald Laatsch (MdA) nahm im Dezember 2022 einen Pressebericht zu den Exekutivmaßnahmen gegen Reichsbürger und die geplante Verschärfung des Waffenrechts zum Anlass für den Vorwurf eines „Staatsstreich[s]“ des Bundesinnenministeriums und warnte unter Verweis auf die dort vermeintlich gebündelte staatliche Waffengewalt vor einer Vernichtung der Demokratie:

*„Wir erleben einen Staatsstreich, aber nicht von #Reichsbürger Rentnern, sondern direkt aus dem Innenministerium, dort wo die staatliche Waffengewalt gebündelt ist. Das ist wahrhaft ein Grund Angst zu haben!
#Faeser vernichtet die Demokratie.“¹⁷⁵⁶*

Der thüringische AfD-Landtagsabgeordnete und Kandidat für die Landtagswahlen 2024 Wolfgang Lauerwald sprach in Gera (TH) auf einer Wahlkampfveranstaltung am 16. August 2024 davon, dass eine „kleine superreiche Macht-Elite“ eine „weiße Minderheit“ in Ghettos sperren und als Sklaven beherrschen wolle. Er charakterisierte diese Elite dabei als „böseartig“ denkend und mit einer „finsternen“ Agenda:

*„Erst wenn wegen Windrädern der letzte Baum gerodet, das letzte Rind und Schwein wegen des Klimas getötet wurde, alle kritischen Medien verboten sind, in fast jeder Familie Messermorde und Vergewaltigungen stattfanden, der Krieg unsere Heimat verwüstete, der letzte Mensch seine Genspritzen unter Zwang verabreicht bekam, das Sozialkreditsystem Menschen entrechtet und ausgestoßen hat, die Opposition verboten und Widerstandskämpfer im Lager interniert wurden, eine weiße Minderheit in Ghettos lebt und eine kleine superreiche Macht-Elite Milliarden von Sklaven beherrscht, erst dann werdet ihr feststellen, dass ihr aus Gleichgültigkeit, Obrigkeitshörigkeit, Untertanengeist, Feigheit oder Dummheit die Freiheit aufgegeben und die Diktatur irreversibel erhalten habt.
Ihr liebe Patrioten und Zuhörer, viele von euch haben bereits erkannt, dass die Politik weltweit in Deutschland und auch in Thüringen genau diese Ziele verfolgt. Einiges haben diese Eliten von ihren Plänen schon umgesetzt, der Rest wird noch kommen, auch wenn uns dies schwer vorstellbar erscheint, weil wir nicht so negativ und böseartig denken und handeln können, doch deren finstere Agenda steht. Aber ich will nicht, dass dies alles so kommt. [...] Die Marionetten in Berlin und Thüringen überschlagen sich in Kriegstreiberei und Kriegshetze. Jährlich*

¹⁷⁵⁶ Laatsch, Harald: Tweet vom 11.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

werden 50 Milliarden Euro für eine unkontrollierte, vollends gescheiterte und lebensbedrohliche illegale Massen- und Messermigration zweckentfremdet. [...] Der Plan, Deutschland zu zerstören, steht. Wenn wir die Regierungen in Thüringen und Berlin nicht aufhalten, ist unser Untergang besiegelt. Wann begreift das endlich der deutsche Michel, der die Kartellparteien wählt, die Parteien wählt, welche Deutschland hassen und abschaffen wollen? Das grenzt doch schon an das Stockholm-Syndrom, oder? [...] Ja, wir können gemeinsam diese Politik der links-grünen Knechtschaft beenden, die uns jeden Tag ärmer, unsicherer und unfreier macht. Die unser hart erarbeitetes Geld für linke Ideologie-Projekte und unsere eigene ideologische Umerziehung verpulvert. [...] Alles für unsere Heimat Thüringen! Für Deutschland alles!“¹⁷⁵⁷

Lauerwald bedient sich zum Ende seiner Rede damit auch einer (nicht strafbaren) Abwandlung der SS-Losung „Alles für Deutschland“, wegen deren Gebrauch Björn Höcke rechtskräftig verurteilt wurde.¹⁷⁵⁸

Auch die AfD Hamburg-Mitte veröffentlichte am 31. August 2022 auf ihrem Facebook-Profil einen Beitrag, der das vermeintlich drohende Ende der Demokratie zum Inhalt hatte. Anlass hierfür war der Umstand, dass die Winnetou-Filme von der ARD vorerst nicht mehr ausgestrahlt werden:

„Die ARD hat Winnetou aus dem Programm gecancelt. Es ist wieder soweit. Bücher werden heute nicht mehr verbrannt, sie werden gelöscht. Wehret den Anfängen. [...] Denn am Ende der links-grünen Transformation wider unserer Kultur werden wir ebenfalls zu Mohikanern werden. Nur die AfD ist noch bereit, sich dem aggressiven Druck der Bolschewoken zu stellen.“¹⁷⁵⁹

Der Begriff „Bolschewoken“ bezieht sich auf die „Bolschewiki“, jene radikal revolutionäre Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands unter der Führung von Wladimir Illjitsch Lenin, die im Zuge der Oktoberrevolution 1917 mit Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernahm. Durch die Verwendung des Begriffs „Bolschewoken“ in diesem Kontext werden die amtierenden Regierungsparteien als revolutionäre Gruppierung verunglimpft und es wird suggeriert, dass

¹⁷⁵⁷ Lauerwald, Wolfgang: Rede auf AfD-Wahlkampfveranstaltung in Gera (TH) am 16.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.08.2024, Kanal: „Utopia TV Deutschland“, abgerufen am 19.08.2024.

¹⁷⁵⁸ Vgl. Kapitel E. I. 4. c.

¹⁷⁵⁹ AfD Hamburg-Mitte: Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 31.08.2022.

sie die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse binnen kurzer Zeit tiefgreifend im Sinne der Etablierung eines sozialistischen Systems verändern wollen.

Arthur Österle, zum damaligen Zeitpunkt Direktkandidat zur Landtagswahl 2024 in Sachsen (mittlerweile MdL SN), bezeichnete sich in seiner Kandidatenvorstellung als „Politiker aus Notwehr“:

„Politiker zu werden, stand niemals auf meiner Lebensagenda.

Das Kartell der Altparteien und ihre Handlanger plündern uns und unsere Heimat aus. Das Kartell der Altparteien setzt das Grundgesetz als Waffe gegen uns, gegen unser Volk ein. Das Kartell der Altparteien manipuliert unser Volk oder ignoriert uns einfach. Deshalb fühle ich mich geradezu gezwungen, einzuschreiten - aus purer Notwehr für die Meinen und mein Volk!“¹⁷⁶⁰

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Auch andere Aussagen, die die Tendenz in sich tragen, das Vertrauen zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik in der Bevölkerung von Grund auf zu erschüttern und damit zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheinen zu lassen, sind als Anhaltspunkte zu berücksichtigen. Denn die systematische Herabsetzung staatlicher Organe und demokratischer Politikerinnen und Politiker ist – wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei ausdrücklich betonte – dieselbe Methode, die „auch Hitler anwandte, um Demokratie und Freiheit zu beseitigen und eine Diktatur aufzurichten“.¹⁷⁶¹

Dementsprechend können auch wiederholte Angriffe, die über eine scharfe Polemik und eine harte Auseinandersetzung in der Sache hinausgehen und dem politischen Gegner, anderen Parteien oder Politikerinnen und Politikern überhaupt jede Integrität im politischen Geschehen und deren Fähigkeit zu einer sinnvollen Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung absprechen, Anhaltspunkte dafür sein, dass das Vertrauen in das politische System als Ganzes untergraben werden soll.

¹⁷⁶⁰ Österle, Arthur: „Arthur Österle – Politiker aus Notwehr“, in: <https://arthuroesterle.de>, ohne Datum, abgerufen am 24.06.2024.

¹⁷⁶¹ BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, NJW 1952, 1407.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) diffamierte in einem Facebook-Beitrag vom 26. Juni 2023 die übrigen politischen Parteien in Deutschland:

„Die #Altparteien tragen die Verantwortung für die Zustände in Deutschland: Sie regieren wie ein politischer #Swingerclub. Jeder mit jedem, alles und immer. Und das seit etwa 75 Jahren!“¹⁷⁶²

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) kommentierte in einem Tweet vom 21. Februar 2023 die Presseberichterstattung über den amtierenden Bundeswirtschaftsminister Habeck und beschrieb die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Rahmen als einen „antideutsche[n] Todeskult“:

„Ihm geht die komplette ökonomische Zerstörung des Osten nicht schnell genug. - Die Grünen sind ein antideutscher Todeskult, keine politische Partei.“¹⁷⁶³

Zudem schrieb Krah in einem weiteren Tweet vom 11. Juli 2023:

„Wir werden von Antideutschen regiert, die nach dem Motto handeln: Deutschland zuletzt, und das für Moral halten.“¹⁷⁶⁴

Auch Karsten Hilse (MdB, SN) ließ sich in einem Facebook-Eintrag vom 22. Februar 2024 über die vermeintliche Zerstörung Deutschlands aus:

„Die sogenannte Dekarbonisierung ist in Wirklichkeit eine Deindustrialisierung Deutschlands.

Und diese sukzessive Zerstörung Deutschlands erfolgt auch nicht aus Dummheit, sondern in böswilliger Absicht. Wie jeder normaldenkende Bürger in Deutschland weiß, haben die meisten Grünen Kommunisten weder einen Berufs- noch einen Studienabschluss und laufen Ihnen und Ihresgleichen wie geistig minderbemittelte Claqueure hinterher. Sie sind von Hass auf Deutschland zerfressen und haben zum Ziel, unser Deutschland bis zur Unkenntlichkeit zu transformieren, gelenkt von Sozialisten aus Brüssel und Washington, seiner Seele, seiner Identität

¹⁷⁶² Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 26.06.2023, abgerufen am 17.10.2023.

¹⁷⁶³ Krah, Maximilian: Tweet vom 21.02.2023, abgerufen am 23.02.2023.

¹⁷⁶⁴ Krah, Maximilian: Tweet vom 11.07.2023, abgerufen am 17.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*und seiner Wirtschaftskraft beraubt. Die einzige Partei, die Ihnen bei der Umsetzung Ihres perfiden Plans noch im Weg steht, ist die AfD.*¹⁷⁶⁵

Hilse attackiert in seinem Beitrag die „grünen Kommunisten“, stellt aber zugleich die AfD als einzige Partei dar, die sich den unterstellten zerstörerischen Aktivitäten widersetze und macht damit die gesamte übrige Parteienlandschaft verächtlich.¹⁷⁶⁶

Marlon Deter (Landesschriftführer der AfD BB) unterstellte den von ihm als „Kartellparteien“ bezeichneten Parteien auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 7. April 2024 kollektiv die Zerstörung Deutschlands:

*„Wir werden das Imperium der Kartellparteien zum Einsturz bringen. Hier im Osten wird die Arroganz der Macht ins Rutschen kommen, hier in Brandenburg werden wir den roten Sumpf trockenlegen. All die Altparteien haben Verrat am deutschen Volk begangen. Grüne Ideologie, rote Idiotie, schwarze Verlogenheit und Gelbe, die mal vor langer, langer Zeit freiheitlich waren. Sie alle tragen die Verantwortung für die systematische Zerstörung unserer Wirtschaft, die systematische Zerstörung unseres Wohlstandes, die systematische Zerstörung unserer Kultur, unserer Identität und unserer Landschaft. Und die systematische Zerstörung der Zukunft folgender Generationen.“*¹⁷⁶⁷

Der Beisitzer im Bundesvorstand Martin Reichardt (MdB, ST) äußerte im Rahmen einer sogenannten Friedensdemonstration in Cottbus (BB) am 16. April 2023:

„Wir müssen wieder auf die Straße, denn diese Regierung der linken und grünen Deutschland-Hasser, sie hat ihr Ziel vor Augen, und es ist die Zerstörung unseres Landes, die Zerstörung unserer Gesellschaft, die Zerstörung unserer Kultur, die Vernichtung unseres Eigentums und die Zerstörung unseres Wohlstands. Und dagegen stehen wir gemeinsam auf, Frau Baerbock, wir lassen uns von ihnen nicht kaputtmachen. Wir erleben die Zerstörung all dessen, was Generationen aufgebaut haben. Wir erleben die atemberaubend schnelle Vernichtung dessen, was unserer Väter und Großväter hier wieder aufgebaut haben. Das Land, das unsere Heimat ist. Dieses Land soll uns von den Linksgünen genommen werden. Liebe Freunde, wir haben es bereits mehrfach gesagt, Deutschland ist zu

¹⁷⁶⁵ Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 22.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

¹⁷⁶⁶ Siehe hierzu auch Kapitel E. 2. a.

¹⁷⁶⁷ Deter, Marlon: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 07.04.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2025, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*einem rot-grünen Irrenhaus geworden, regiert von Sozialisten von einer aus Amerika gesteuerten pädophilen, grünen Clique von Lügnern und Lebenslauffälschern.*¹⁷⁶⁸

Auch Carolin Bachmann (MdB, SN) unterstellte in einem am 5. Januar 2024 auf Facebook veröffentlichten Video der Bundesregierung die Zerstörung des Landes:

„Arbeit muss sich wieder lohnen und diese Deutschlandzerstörer dürfen nicht länger unser schönes Vaterland regieren.

*Wir sehen uns auf der Straße.*¹⁷⁶⁹

In seiner Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 für die Kandidatur zum Posten des Beisitzers im Bundesvorstand unterstellte auch der damalige Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (mittlerweile MdEP, BW) der aktuellen sowie der ehemaligen Bundesregierung eine systematische Arbeit gegen Deutschland und das deutsche Volk; die etablierten Parteien beschuldigte er der Missachtung des Grundgesetzes und der Demokratie:

„Seit vielen Jahren arbeiten die deutschen Regierungen, die per Amtseid das Wohl des deutschen Volkes mehren sollen, systematisch gegen das eigene Land und das eigene Volk. Und die Ampel hat das noch intensiviert, und zum Teil wissen diese Leute ja gar nicht mehr, dass ein deutsches Volk überhaupt existiert. Oder sie schämen sich dafür. [...] Wir wollen ein souveränes, ein selbstbewusstes, ein blühendes Deutschland, das seine Interessen vertritt und das seiner Bürger in Frieden mit der Welt, aber eben nicht zu untertänigen Diensten der ganzen Welt. Und es liegt allein an uns, und das müssen wir uns immer wieder bewusst machen, allein an der Alternative für Deutschland, diese bessere Zukunft herbeizuführen und das Ruder noch herumzureißen. Und deshalb, liebe Freunde, dürfen wir uns doch nicht selbst streiten, uns selbst zerfleischen und lähmen. Damit betreiben wir das Geschäft unserer Gegner, denn die wollen uns vernichten, die

¹⁷⁶⁸ Reichardt, Martin: Redebeitrag in Cottbus (BB) am 16.04.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...) am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 19.04.2023.

¹⁷⁶⁹ Bachmann, Carolin: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.01.2024, Kanal: „Carolin Bachmann, MdB“, abgerufen am 11.01.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*deutschen demokratischen Parteien, wie sie sich nennen und indem sie Grundgesetz und Demokratie mit Füßen treten.*¹⁷⁷⁰

Steffen Janich (MdB, SN) veröffentlichte am 3. September 2023 auf Facebook einen Beitrag, in dem er die Regierenden als „Deutschlandhasser“ diffamierte:

„Guten Morgen Deutschland. Rassismus gegen die eigene Bevölkerung ist das Ergebnis und der Auswuchs einer völlig verfehlten Migrationspolitik in unserem Land durch die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Während durch die desaströse Innenpolitik der Nancy Faeser täglich neue Menschen illegal in unser Land eindringen, grenzen mittlerweile links-grüne Organisationen Menschen im eigenen Land aus. Wir sagen, Schluss mit diesem sozialistischen Kurs dieser Deutschland-Hasser, holen wir unser Land zurück.“¹⁷⁷¹

Matthias Moosdorf (MdB, SN) schrieb am 2. Februar 2024 auf Facebook von der Regierung als einer „machtgeile[r] Clique von Deutschland-Hassern“:

„Diese Regierungsverbrecher haben Geld für Waffen, Munition und Korruption in der Ukraine. Selbst die Neubauprojekte der Deutschen Bahn, einer im Investitionsstau steckenden Lebensader dieses Landes und seiner Wirtschaft, werden dafür geopfert. Macht Euch selbst ein Bild und wählt diese machtgeile Clique von Deutschland-Hassern ab. Dieses Jahr ist dazu reichlich Gelegenheit.“¹⁷⁷²

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 31. Januar 2024 auf der Plattform X:

„Die Politik der #Ampel (und ihrer Unterstützer) ist nur zu erklären mit Haß auf Deutschland und Verachtung des Eigenen.“¹⁷⁷³

Auch auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 6. April 2024 unterstellte Berndt den übrigen, im Bundestag vertretenen Parteien ein Agieren gegen die Interessen Deutschlands:

„Das Elend von heute war 2015 längst in der Parteienherrschaft angelegt. Das Elend von heute ist ja das Ergebnis der jahrzehntelangen Herrschaft der Staatsapparteien SPD, CDU, FDP, Linke und Grüne, Parteien, die das Volk verneinen und

¹⁷⁷⁰ Jongen, Marc: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 01.08.2022.

¹⁷⁷¹ Janich, Steffen: Facebook-Eintrag vom 03.09.2023, abgerufen am 05.09.2023.

¹⁷⁷² Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

¹⁷⁷³ Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.01.2024, abgerufen am 01.02.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

die nicht Deutschland verpflichtet sind, sondern gewissenlosen Weltverbesserern in Davos. Liebe Freunde, deshalb hat unser Freund Lars Hünich mit seiner Kritik am Parteienstaat vollkommen recht. [...]

Zum Ende der Wahlperiode ist Woidke länger Minister oder Ministerpräsident, als Erich Honecker Generalsekretär der SED war. Und das merkt man, liebe Freunde. Woidke ist der personifizierte Parteienstaat, den wir überwinden müssen, um endlich wieder frei atmen zu können.“¹⁷⁷⁴

Auch Äußerungen führender Vertreterinnen und Vertreter der AfD im Vor- und Nachgang zu der konstituierenden Sitzung des 8. Thüringer Landtags am 26. September 2024 zeigen ein gegen das Demokratieprinzip gerichtetes planvolles Vorgehen der AfD.

Der zugrundeliegende Sachverhalt betrifft den im Rahmen der ersten Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September 2024 aufgetretenen Organstreit zwischen dem Alterspräsidenten des Thüringer Landtags, dem AfD-Abgeordneten Jürgen Treutler (MdL TH), und den weiteren Fraktionen, insbesondere der CDU, der am 27. September 2024 im Rahmen eines per Eilrechtsschutz beantragten Organstreitverfahrens vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof entschieden wurde.¹⁷⁷⁵

Das Gericht verpflichtete auf Antrag der CDU-Fraktion sowie des Landtagsabgeordneten Andreas Bühl den Alterspräsidenten Treutler dazu, den Namensaufruf der Mitglieder des Thüringer Landtags durchzuführen, daran anknüpfend die Feststellung über die Beschlussfähigkeit des Landtags zu treffen und sodann die vorläufige Tagesordnung im Plenum zur Abstimmung zu stellen.¹⁷⁷⁶

Dem Verfahren lag zugrunde, dass im Vorfeld der ersten Sitzung des Thüringer Landtags CDU und BSW einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf die vorläufige Tagesordnung eingebracht hatten, welcher sich mit den Regeln zur Wahl des neuen Landtagspräsidenten bzw. der neuen Landtagspräsidentin befassen sollte.

Der Alterspräsident Jürgen Treutler (MdL) lehnte es in der Sitzung sodann sowohl ab, die Beschlussfähigkeit des Landtags festzustellen, die den vorherigen Namensaufruf

¹⁷⁷⁴ Berndt, Hans-Christoph: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 08.04.2024.

¹⁷⁷⁵ Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.

¹⁷⁷⁶ Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.

der Mitglieder des Landtags zur Voraussetzung hat, als auch über die Tagesordnung durch das Plenum abstimmen zu lassen. Vielmehr unterbrach er mehrfach die Sitzung, ohne dem wiederholt vorgebrachten Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit nachzukommen. Begründet wurde dies damit, dass er sich der Rechtsauffassung der AfD-Fraktion zur Auslegung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags anschließe, nach welcher der Landtag erst nach der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin in der Lage sei, Beschlüsse zu fassen.

Das Gericht stellte in seinen Entscheidungsgründen indes u. a. fest, dass das Amt des Alterspräsidenten allein durch die funktionelle Notwendigkeit geprägt sei, in der konstituierenden Sitzung des Landtags das Verfahren bis zur Wahl des Landtagspräsidenten durchzuführen, er keine weitergehenden Befugnisse habe und er gerade nicht demokratisch legitimiert sei.¹⁷⁷⁷

Der Sachverhalt rund um diese konstituierende Sitzung wurde hierbei vornehmlich zum Zwecke der fortwährenden Diffamierung und Delegitimierung der staatlichen Institutionen genutzt. Aussagen von AfD-Funktionären belegen dabei, dass durch die AfD planvoll die Delegitimierung des Thüringischen Verfassungsgerichtshofs betrieben wurde.

So veröffentlichte Björn Höcke bereits am 25. September 2024 einen längeren Beitrag auf Facebook, in dem er unter dem Begriff „Demokratiedämmerung“ unter Berufung auf den antidemokratischen Staatsrechtler Carl Schmitt von einem „Machtkartell“ sprach, das sich in einem Ausnahmezustand befinde, und Zweifel an der Legitimität des Verfassungsgerichtshofs säte:

„Das Machtkartell befindet sich seit den Wahltriumphen der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Ausnahmezustand. Und Ausnahmezustände erlauben Ausnahmemaßnahmen. So jedenfalls die offizielle Rechtfertigung für bizarre AfD-Verhinderung-Koalitionen und parlamentarische Regelbrüche. Das läßt zwar immer mehr die demokratische Ordnung zerbröseln, aber wer den ‚Faschismus‘ in Land und Ländle verhindern will, darf nicht zimperlich mit Gesetz und Ordnung sein. Morgen bekommen die Bürger ein konkretes Beispiel im Erfurter Landtag geboten. [...] Es steht zu vermuten, daß ein womöglich angerufenes Verfassungsgericht dem unheilvollen Treiben kaum Einhalt gebieten wird. In

¹⁷⁷⁷ Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24, juris, Leitsatz 1, Rn. 63 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*der Corona-Zeit folgten die Urteile der Verfassungsgerichtsbarkeit der Macht und nicht dem Recht. Letztlich verdanken die Verfassungsrichter ihre Position den Parteibüchern, die sie selbst besitzen – ein Schlag ins Gesicht der vielbeschwo-
renen Gewaltenteilung. Der bedeutende Staatsrechtler Carl Schmitt sah für Aus-
nahmezustände die Möglichkeit von Ausnahmemaßnahmen vor. Er band aller-
dings diese ‚Souveränität‘ an das Staats- und Gemeinwohlinteresse, nicht an
Partikular- und Einzelinteressen. Was gegen die Thüringer AfD jetzt in Stellung
gebracht wird, ist das Partikularinteresse einer Beutegemeinschaft samt dem
Egointeresse zweier eitler Personen: einem Wahlverlierer, der aus Machtambiti-
onen doch noch Ministerpräsident werden möchte, und einer Talkshow-Diva, die
aus dem fernen Saarland die Thüringischen belange zu gestalten gedenkt.“¹⁷⁷⁸*

Dieser Beitrag wurde durch weitere Funktionäre der AfD Thüringen wie Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt noch MdB, TH)¹⁷⁷⁹, Daniel Haseloff (MdB, TH)¹⁷⁸⁰ sowie den AfD-Landesverband¹⁷⁸¹ selbst weiterverbreitet.

Nach dem Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs erklärte die AfD zwar, sich an diesen halten zu wollen, gleichzeitig folgten daraufhin weitere massive Diffa-
mierung. So sprach Höcke in einem Interview mit AUF1 von „*Parteibuchrichter[n]*“¹⁷⁸². Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Prophet (MdB, TH).¹⁷⁸³ Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Stephan Brandner (MdB, TH) sprach von einem „*#Thüringenputsch*“ und bezog dies auch auf den Verfassungsge-
richtshof, in dem er dessen Beschluss am 27. September 2024 auf X teilte und dazu schrieb:

*„Der nächste #Thüringenputsch nach #Merkel! Diesmal auch noch devot flankiert durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof... Was ist nur in [Symbol Deutsche-
Flagge] los? Demokratie, Gewaltenteilung, Parlamentarismus werden durch die
#Altparteien vernichtet! Täglich!“¹⁷⁸⁴*

¹⁷⁷⁸ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

¹⁷⁷⁹ Pohl, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 26.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

¹⁷⁸⁰ Haseloff, Daniel: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

¹⁷⁸¹ AfD Thüringen: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

¹⁷⁸² Höcke, Björn im Interview mit AUF1 vom 30.09.2024; veröffentlicht in: <https://auf1.tv>, abgerufen am 01.10.2024.

¹⁷⁸³ Prophet, Jörg: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 28.09.2024, Kanal: „doro hoff“, abgerufen am 30.09.2024.

¹⁷⁸⁴ Brandner, Stephan: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Der AfD-Bundesverband sprach auf X von „Clanstrukturen in allen relevanten Bereichen“ und skizzierte ein Bild Organisierter Kriminalität, die durch die etablierten Parteien geschaffen worden sei:

„La familia nicht nur am Verfassungsgericht Thüringen: 5 Richter mit Parteibuch, einer davon mit einem Sohn, der Abgeordneter der CDU-Fraktion im Landtag ist. Eine über Nacht gelöschte Wikipedia-Seite über Jörg Hopfe, den unflätigen SPD-Landtagsdirektor, der jede Neutralität vermissen ließ. Und eine CDU-Fraktion, die schon einen Tag vorher wusste, dass sie das Verfassungsgericht anrufen würde: Das klingt nicht nach dem beschaulichen Thüringen, sondern eher nach einer filmreifen Story aus Sizilien. [...]“

*Ganz Deutschland kann sich nun anhand einer Auseinandersetzung über eine Geschäftsordnung selbst ein Bild von den Strukturen machen, die sich die etablierten Parteien nicht nur in Thüringen geschaffen haben – und die sie nun mit allen Mitteln zu erhalten versuchen“.*¹⁷⁸⁵

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beisitzer im Landesvorstand Daniel Haseloff (MdL TH) schrieb auf X:

*„In #Thüringen wurde das Zwei-Parteien-System offensichtlich. Es gibt nur noch den Kartellblock und die #AfD.“*¹⁷⁸⁶

Aus den dargestellten Äußerungen zeigt sich, wie ein planvoll inszenierter Konflikt mit den anderen Fraktionen des Thüringer Landtags und die Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof genutzt wurden, um die Behauptung der AfD hinsichtlich der angeblich herrschenden undemokratischen Zustände zu befeuern. Dem Verfassungsgerichtshof wird hierbei unterstellt, nicht unabhängig zu entscheiden, sondern als verlängerter Arm der anderen Parteien zu agieren. Damit wird insinuiert, dass die Gewaltenteilung nicht (länger) existiere, und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und das Demokratieprinzip bewusst erschüttert.

Zudem verdeutlichen weitere Belege die Intention der AfD, die ihnen zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten und Machtmittel planvoll zu nutzen, um unter Umgehung des dem Demokratieprinzip immanenten Mehrheitsprinzips und der Gleichheit

¹⁷⁸⁵ AfD: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

¹⁷⁸⁶ Haseloff, Daniel: Tweet vom 29.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

der Abgeordneten eine Lage herbeizuführen, die eine Ausdehnung des politischen Einflussbereichs der AfD ermöglicht.

So erklärte der Alterspräsident Jürgen Treutler am Nachmittag des 26. September 2024 in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier:

„Ich wollte tatsächlich souverän durch das Programm kommen. Es gab eine Strategie, die tatsächlich aufgegangen ist.“¹⁷⁸⁷

Auf Nachfrage, ob es Teil dieser Strategie war, ein Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof herbeizuführen, erklärte Treutler weiter:

„Natürlich ist das ein zusätzlicher Punkt. Man weiß ja nie, wie das Verfassungsgericht entscheidet. Aber es war tatsächlich Strategie, dass die CDU nach Weimar geht.“¹⁷⁸⁸

Am 26. September 2024 gab Treutler auch dem rechtsextremistischen COMPACT-Magazin ein kurzes Interview und antwortete auf die Frage nach dem Vorwurf der „Altparteien“, Abgeordnetenrechte beschnitten zu haben, wie folgt:

„Also im Gegenteil. Das Gegenteil ist der Fall. Die haben ja einen Antrag eingebracht zur Geschäftsordnung. Sie wollten das durchsetzen und ich habe das dann verhindert, weil die wollten quasi sofort die Wahl durchführen. Dass nicht nach bisherigen Gegebenheiten, sondern jede Fraktion jemanden vorschlagen kann. Und es war ja auch im Beifall zu sehen, dass sich dann wieder alle auf einen Kandidaten vereinigt hätten.“¹⁷⁸⁹

Einem Bericht der WELT vom 26. September 2024 zufolge hatte die AfD gezielt Landtagskandidaten aufgestellt, denen gemäß ihres Alters die Rolle des Alterspräsidenten zufallen würde. So äußerte Höcke gegenüber der WELT:

„Ich werde jetzt nicht aus meinem strategischen Nähkästchen plaudern. Sie können sicher sein, dass wir als AfD Thüringen eine sehr weitreichende strategische Planung haben. Selbst wenn Jürgen Treutler seinen Wahlkreis nicht gewonnen

¹⁷⁸⁷ Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 27.09.2024, Kanal: „Chromie“, abgerufen am 30.09.2024.

¹⁷⁸⁸ Ebd.

¹⁷⁸⁹ Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 26.09.2024, Kanal: „Jürgen Elsässer“, abgerufen am 30.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*hätte, wäre unser Abgeordneter Wolfgang Lauerwald Alterspräsident geworden.*¹⁷⁹⁰

Angesprochen auf die Regierungsbildung und eine mögliche Minderheitsregierung in Thüringen hatte Höcke bereits am 31. August 2024 in einem Interview am Rande einer Wahlkampfabschlussveranstaltung bezogen auf die konstituierende Sitzung des zu wählenden Landtags ausgeführt:

*„[I]ch will jetzt auch noch nicht aus dem Nähkästchen plaudern, wir haben ja schon alles durchdekliniert und alles durchdacht, aber man muss in der Politik auch vielleicht das ein oder andere taktische Geheimnis wahren, ob wir zu einer schnellen MP-Wahl schreiten oder ob wir den Prozess eher mal begleiten, der relativ lange andauern wird, wenn man uns außen vor lässt. Nochmal, wir sind auf alles vorbereitet und wir werden genauso wie am 5. Februar 2020 eine sehr gute Rolle spielen, eine sehr dominante Rolle spielen. Alle Wähler, die uns wählen, können sicher sein, dass unsere Stimme unüberhörbar sein wird und dass wir auch in den nächsten Wochen und Monaten für Gesprächsstoff bundesweit sorgen werden, im positiven Sinne.“*¹⁷⁹¹

Nach Recherchen der BILD gab es im Vorfeld der konstituierenden Sitzung innerhalb der AfD Thüringen zumindest Überlegungen zu einem „Blitzplan“, der, sollten die anderen Fraktionen nicht ausreichend vorbereitet sein, eine Wahl eines Vorschlags der AfD-Fraktion zum Ministerpräsidenten oder -präsidentin hätte herbeiführen sollen.¹⁷⁹²

Dem Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin kommt insofern auch für die Wahl eines Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin eine besondere Rolle zu, als er oder sie nach der Geschäftsordnung verschiedene Möglichkeiten der Beeinflussung von Prozessen im Landtag hat, wie etwa in einem begrenzten Rahmen auch auf den Zeitpunkt der Wahl.

Zwar sind ein planvolles Agieren einer Partei und auch taktische Erwägungen für sich betrachtet nicht verfassungsschutzrelevant. Aus den vorstehenden Belegen wird aber

¹⁷⁹⁰ WELT: „Warum nach dem AfD-Sieg schon in der ersten Landtagssitzung Ärger droht“ vom 26.09.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 27.09.2024.

¹⁷⁹¹ Höcke, Björn im Wahlkampfabschluss-Interview am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Elijah Tee _ ET Video & Content“, abgerufen am 28.10.2024.

¹⁷⁹² BILD: „Plant Höcke seine Blitz-Wahl?“ vom 07.09.2024, in: www.bild.de, abgerufen am 21.10.2024.

erkennbar, dass die AfD mit der missbräuchlichen Ausübung des Amts des Alterspräsidenten und entgegen der für sie erkennbaren Mehrheitsverhältnisse verhindern wollte, dass ein anderer Kandidat oder eine andere Kandidatin als Landtagspräsident bzw. Landtagspräsidentin gewählt werden würde.

Die AfD Thüringen hat damit die Absicht zum Ausdruck gebracht, demokratische Willensbildungsprozesse und durch demokratische Wahlen zustande gekommene Mehrheitsverhältnisse zu unterlaufen. Dadurch untergräbt sie das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prozesse insgesamt.

Das die demokratischen Institutionen vorsätzlich schwächende bzw. untergrabende Vorgehen des thüringischen Landesverbands wurde und wird durch den AfD-Bundesverband aktiv unterstützt und gebilligt. Dies wird auch daran deutlich, dass die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 27. September 2024 eine Stellungnahme Daniel Haseloffs kommentierte, in der sich dieser beim parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion in Thüringen Torben Braga (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, TH) bedankte, dem von Seiten der AfD die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung ihres Plans zugeschrieben wird. Weidel griff die Danksagung auf, indem sie hierzu äußerte:

„Es gibt keinen Besseren! Dankeschön, lieber Torben #Braga“¹⁷⁹³

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine fanden sich im Zusammenhang mit der drohenden Energiemangellage immer wieder Verlautbarungen der AfD, in denen der Regierung eine gezielte Ressourcenverknappung zum Nachteil der Bevölkerung unterstellt wurde.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Ulrich Singer sprach auf Facebook von einem „womöglich ideologisch gewollten Gas- und Strommangel“.¹⁷⁹⁴

In einem Facebook-Eintrag vom 25. Mai 2023 bezeichnete Jörg Urban die von der Bundesregierung angedachte Wärmeplanung als „Eintrittstor zum Überwachungsstaat“. Des Weiteren schrieb er:

¹⁷⁹³ Haseloff, Daniel: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

¹⁷⁹⁴ Singer, Ulrich: Facebook-Eintrag 30.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Dass der Staat nun auch noch im Keller herumschnüffeln will und im Zweifelsfall eine Heiz-Polizei aktiv wird, ist eine Vorstellung, die an die DDR und Orwells 1984 erinnert.“¹⁷⁹⁵

Anlässlich der seinerzeitigen Energiemangellage schrieb das Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus Gunnar Lindemann im August 2022 auf Facebook von einer „*Energiediktatur*“ des „*Scholz-Regime[s]*“:

„Scholz-Regime bereitet Energiediktatur vor! Bei Gasmangel übernimmt das Regime die Verteilung!

Das Scholz-Regime perfektioniert seine Unfähigkeit, unsere Industriegesellschaft mit ausreichend Energie zu versorgen, auf die ihm typische Weise: Mit feudalen Maßnahmen und sozialistischer Zuteilung. Im Fall von Gasmangel im Winter will das Politbüro alleine entscheiden, wer wieviel Gas bekommt. [...] Hier geht es um den Machtausch der rot- grün-gelben Sonnenkönige.“¹⁷⁹⁶

Der AfD-Kreisverband Wuppertal (NW) unterstellte der Bundesregierung ebenfalls Absicht hinsichtlich eines drohenden Versorgungsmangels:

„Nein, wir glauben nicht, dass die Ampel pennt! Wir werten dies als Absicht!“¹⁷⁹⁷

Dimitri Schulz (MdL HE) schrieb am 6. September 2022 auf Facebook sogar von einem „*Wirtschaftskrieg*“:

„Die Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Volk!“¹⁷⁹⁸

Am 22. Oktober 2022 wurde auf dem YouTube-Kanal „Digitaler Chronist“ ein Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NL) veröffentlicht. Darin bezeichnete Sichert die Energie- und Migrationspolitik der Regierung als „*extremistisch*“:

„Das ist eigentlich [...] es ist eine extremistische Politik, die die Regierung betreibt. Die würde in nahezu jedem Land der Welt als extremistisch betrachtet werden.“¹⁷⁹⁹

¹⁷⁹⁵ Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 26.05.2023.

¹⁷⁹⁶ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 09.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.

¹⁷⁹⁷ AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 20.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.

¹⁷⁹⁸ Schulz, Dimitri: Facebook-Eintrag vom 06.09.2022, abgerufen am 27.09.2022.

¹⁷⁹⁹ Sichert, Martin: „Im Gespräch mit... Martin Sichert“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.10.2022, Kanal: „Digitaler Chronist“, abgerufen am 24.10.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In einem Telegram-Beitrag vom 8. September 2023 verunglimpfte Markus Frohnmaier (MdB, BW) die Bundesregierung, indem er das von ihr eingebrachte und zu dem damaligen Zeitpunkt zur Abstimmung stehende Gebäudeenergiegesetz folgendermaßen kommentierte:

„Den Heizungs-Faschismus der Ampelregierung stoppen!“¹⁸⁰⁰

Auch der Krieg in der Ukraine wurde durch die AfD wiederholt zum Anlass genommen, die Bundesregierung als Agitatorin in diesem Konflikt zu verunglimpfen.

So veröffentlichte Alice Weidel (Co-Bundessprecherin und MdB, BW) am 6. Januar 2023 einen Tweet anlässlich des Ukraine-Kriegs, in dem sie die Bundesregierung als *„größtenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung“* bezeichnete, die Deutschland an den Rand eines dritten Weltkriegs führe:

„Statt sich für Verhandlungen einzusetzen, bringt diese fanatische, größtenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung unser Land an den Rand eines 3. Weltkrieges.“¹⁸⁰¹

Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) bezeichnete die Ukraine in einem Facebook-Post vom 8. Mai 2023 als *„neofaschistisches Regime“*, das mit Nationalsozialisten sympathisiere und diese verehere, und warf der Bundesregierung vor, dies zu unterstützen. Der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstellte Urban totalitäre Absichten und verunglimpfte diese als *„profaschistische Partei“*:

„+ + + Nie wieder Faschismus + + +“

*Die Botschaft dieses Tages sollte lauten: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Stattdessen unterstützt die Bundesregierung in der Ukraine ein neofaschistisches Regime, das aus seiner Sympathie für die Nazis kaum einen Hehl macht.***

Stattdessen ist in Deutschland mit den Grünen eine profaschistische Partei an der Regierung beteiligt, die davon träumt, die Menschen in totalitärer Weise ihrer Freiheit zu berauben.

¹⁸⁰⁰ Frohnmaier, Markus: Telegram-Beitrag vom 08.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
¹⁸⁰¹ Weidel, Alice: Tweet vom 06.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

*** In der heutigen Ukraine werden ehemalige Nazi-Kollaborateure wie Stepan Bandera als Nationalhelden verehrt. Bandera ist u. a. für die Ermordung tausender Juden und Polen verantwortlich. “¹⁸⁰²*

Urban gab der Bundesregierung in seiner Rede auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 die Schuld am Ukraine-Krieg und bezeichnete diese in der Folge als „Kriegstreiber“:

„Zeigen wir nach oben auf die Verantwortlichen und sagen, ihr seid Schuld am Krieg, ihr seid die Kriegstreiber.“¹⁸⁰³

g. Zwischenfazit

Die vorstehende Untersuchung hat gezeigt, dass Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Äußerungen und Positionen vertreten, mit denen sie das Demokratieprinzip in Frage stellen. Dabei vertreten sie weiter Positionen, die bereits Anlass zur Einstufung als Verdachtsfall gaben.

Insgesamt zeichnet die AfD das Bild einer Bundesrepublik, die im Verfall begriffen ist und in der demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien erodieren beziehungsweise bereits diktatorischen Strukturen gewichen sind.

Auf vielfältige Weise sprechen Abgeordnete und Organisationseinheiten der AfD der Bundesrepublik die demokratische Staatsform ab und werfen anderen Parteien sowie Politikerinnen und Politikern vor, die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit in ein diktatorisches System zu transformieren. In diesem Rahmen wird immer wieder die Unabhängigkeit des deutschen Staates in Frage gestellt und eine vermeintlich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich bestehende Fremdbestimmtheit Deutschlands durch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs – insbesondere die USA – oder „globale Eliten“ behauptet. Der Bundesregierung wird die demokratische Legitimation abgesprochen.

Durch die Darstellung der Bundesrepublik als totalitäres System, so auch durch Vergleiche mit der DDR oder dem NS-Regime sowie die Entlehnung einschlägiger Begrifflichkeiten, wird diese massiv verunglimpft. Es wird wiederholt behauptet, elementare Rechte und Freiheiten der deutschen Bürgerinnen und Bürger würden vermeintlich

¹⁸⁰² Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 08.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.

¹⁸⁰³ AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

nicht gewährleistet, vielmehr erfolge eine gezielte Unterdrückung des deutschen Volkes durch oder mithilfe der Bundesregierung und der etablierten Parteien. Zugleich wird kontinuierlich die vermeintliche Zerstörung der deutschen Kultur und Identität thematisiert. Anknüpfungspunkte für die anhaltenden Diffamierungen suchte die AfD zudem weiterhin in den mittlerweile zurückliegenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die im Kontext der COVID-19-Schutzimpfungen bis hin zu Vorwürfen der vorsätzlichen Tötung deutscher Bürgerinnen und Bürger und der Forderung reichen, Regierende vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung der Gesamtpartei und der diese bestätigenden Gerichtsentscheidungen des VG Köln und des OVG NRW, in denen Verstöße gegen das Demokratieprinzip festgestellt wurden, hat eine kritische Auseinandersetzung mit diesen nicht stattgefunden. Vielmehr verdeutlicht die Aufrechterhaltung der gerügten Standpunkte auf allen Ebenen der AfD eine weitreichende Akzeptanz derselben innerhalb der Partei.

Demnach kann auch nicht lediglich von Entgleisungen einzelner Mitglieder ausgegangen werden. Die festgestellten Belege beschränken sich nicht auf die unteren Ebenen der Partei, sondern finden sich neben der Kreis- und Landesebene auch auf Bundesebene und selbst bei hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären der Partei wie beispielsweise einem Großteil der Mitglieder des Bundesvorstands.

Ein Aufgeben oder Abschwächen der bereits im Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandeten Positionen ist ebenfalls nicht zu verzeichnen. Die ausgewerteten Äußerungen belegen vielmehr weitreichende Agitationen der AfD, die mit dem Demokratieprinzip nicht zu vereinbaren sind.

Gleichwohl kann eine rechtsextremistische Prägung der Gesamtpartei im Hinblick auf dieses Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mit Gewissheit festgestellt werden. So waren die demokratiefeindlichen Äußerungen vermehrt im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie festzustellen. Gerade zuletzt hat die AfD – mutmaßlich auch vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Debatte – ihren thematischen Schwerpunkt wieder auf Migration gesetzt und dabei hochfrequent völkische und fremdenfeindliche Positionierungen vertreten. Nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und der damit einhergehenden Energiemangellage waren demokratiefeindliche Äußerungen kurzzeitig wieder häufiger zu verzeichnen.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Sie haben sich jedoch auch in diesem Zuge nicht als durchgängiges Element der Positionierungen etabliert. Das Agieren der Partei im Zusammenhang mit der konstituierenden Sitzung des Landtags in Thüringen zeigt jedoch, dass nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip gegeben sind.

In der Gesamtschau besteht daher aufgrund der Quantität der Belege und der Fortführung der Narrative weiterhin ein starker Verdacht im Hinblick auf eine demokratiefeindliche Grundhaltung der AfD.

3. Rechtsstaatsprinzip

Ein weiteres Schutzgut der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist das Rechtsstaatsprinzip, das auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz individueller Freiheit abzielt und durch verschiedene einzelne Elemente geprägt ist. Bestimmend sind dabei die Gewaltenteilung, also einerseits die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und andererseits die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte. Zugleich erfordert der Schutz der Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den an Recht gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist. Das Gewaltmonopol des Staates ist daher ebenfalls als Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anzusehen.¹⁸⁰⁴

Anhaltspunkte für gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen ergeben sich auch aus dem vielfach propagierten Widerstand gegen demokratisch zustande gekommene Entscheidungen. In einem solchen Widerstand, zumal er auch gewalt-same Formen annehmen kann, liegt nicht nur eine Missachtung des Demokratieprin-zips, sondern auch des im Rechtsstaatsprinzip verankerten staatlichen Gewaltmono-pols, da dieses einschließt, politische Entscheidungen in den verfassungsmäßig und gesetzlich geordneten Wegen und Formen herbeizuführen, und nicht durch die Gewalt der Straße zu ersetzen.¹⁸⁰⁵ Die „Herrschaft der Straße“ führt notwendig auf eine dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufende Gewalt- und Willkürherrschaft im Sinne von § 4 Abs. 2 lit. f BVerfSchG.

Es ist zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die sich gegen das Rechtsstaatsprinzip richten, fortbestehen oder verdichtet sind. In der Einstufung zum Verdachtsfall wurden bereits Aussagen berücksichtigt, in denen Bedrohungsszenarien heraufbeschworen wurden, in welchen die staatliche Kriminalitätsbekämpfung vermeintlich keine angemessene Sicherheit mehr für die Bürgerinnen und Bürger leisten könne und diese daher selbst für ihre Sicherheit sorgen müssten.¹⁸⁰⁶ Eine kritische Auseinandersetzung der AfD mit ihren das Rechtsstaatsprinzip tangierenden Positionen hat seit der Einstufung als Verdachtsfall nicht stattgefunden. So wurden bereits im

¹⁸⁰⁴ Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 547 f. – NPD.

¹⁸⁰⁵ Vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260 zur Widerstandsrhetorik, dort unter dem Aspekt des Demokratieprinzips.

¹⁸⁰⁶ vgl. Folgegutachten AfD 2021, S. 693 ff.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandete Positionen innerhalb der Partei vereinzelt aufrechterhalten und wiederholt.

Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) äußerte sich in einem Interview mit AUF1 vom 30. Januar 2023 zu der Frage „Wie stehen Sie zum privaten Waffenbesitz? Und wieso will man den gesetzestreuen Bürger entwaffnen?“ In seiner Antwort macht Komning Migrantinnen und Migranten für die Begehung zahlreicher Gewalttaten wie Amokläufe und Messerattacken verantwortlich. Als Lösung dieser vermeintlichen Problematik ging Komning auf eine Lockerung des Waffenrechts ein:

„Die Ursache von Amokläufen von Messerattacken, Angriffe auf Polizei oder eben auch Schutz- und Rettungskräfte: Das ist Gewalt durch Migranten. [...] Wir als AfD und insbesondere auch ich stehe eher für eine Liberalisierung des Waffenrechts. Ich denke, dass gerade vor dem Hintergrund, dass der Staat offensichtlich unsere Bürger nicht mehr mit dem alleinigen Gewaltmonopol schützen kann, dass dann die Bürger durchaus die Möglichkeit haben müssen, sich selbst zu schützen. Und das eben auch durch Waffen. Insofern meine ich, ist es eher Zeit für eine Liberalisierung des Waffenrechts als für eine Einschränkung. [...] Da wird eben tatsächlich die Ursache dieser Migrantengewalt nicht nur nicht erkannt, sie wird auch nicht angesprochen und erst recht nicht verhindert. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Migranten, die nach Deutschland gekommen sind, die sich strafbar gemacht haben und ich rede da nicht nur von Gewalttaten, sondern ich rede von Strafbarkeit jeglicher Art, wenn sie sich also gegen unser Rechtssystem wenden, dann müssen diese Täter unverzüglich abgeschoben werden. [...] Ja und zum zweiten kommt wie gesagt dann die Entwaffnung der Bürger dazu. Also offensichtlich geht es der Innenministerin darum, dass man die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland in eine Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten treiben will. Anders kann ich mir das letztlich nicht vorstellen. Diese Politik können wir auf keinen Fall mittragen. Wir können auch diese Innenministerin nicht mittragen. Wenn Sie mich also fragen, ob die Sicherheit in Deutschland durch das Handeln der Innenministerin gefährdet ist, dann kann ich das nur bejahen.“¹⁸⁰⁷

¹⁸⁰⁷ AUF1: „Enrico Komning: ‚Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können‘“ vom 30.01.2023, in: <https://auf1.tv>, abgerufen am 17.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

Die Forderung nach einer Liberalisierung des einfachgesetzlichen Waffenrechts entfaltet für sich genommen keine Verfassungsschutzrelevanz. Komning stellt hier aber die Behauptung auf, der Staat könne einen hinreichenden Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten und zeichnet so ein Bedrohungsszenario, in dem die Bevölkerung mangels staatlicher Hilfe durch eine verstärkte eigene Bewaffnung diese vermeintliche Schutzlücke schließen müsse. Er behauptet somit das Vorliegen einer Lage, in der das Gewaltmonopol nicht mehr vom Staat ausgeübt wird und will es hierauf aufbauend für sich selbst in Anspruch nehmen.

In ähnlicher Weise äußerte sich Lena Kotré (MdL BB) in einem am 13. September 2024 auf Instagram veröffentlichten Beitrag, der einen sogenannten Kubotan¹⁸⁰⁸ mit Wahlwerbung für ihre Person im Landtagswahlkampf zeigte. Begleitend dazu schrieb sie:

*„**Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré!**
Während die Regierung den Opfern von Gewalt lächerliche Handlungsempfehlungen gibt, wie etwa anzufangen zu tanzen, zu singen oder sich krank zu stellen, setzen wir auf echte Sicherheit. In meinem Video präsentiere ich euch den ****originalen ‚Lena Kotré Kubotan‘**** - der persönliche Begleiter für mehr Selbstschutz. Denn echte Sicherheit gibt es nur mit der AfD! Gemeinsam sorgen wir für ein sicheres Brandenburg!*

Jetzt ansehen und wehrhaft werden!¹⁸⁰⁹*

Der Besitz eines Kubotans ist in Deutschland waffenrechtlich erlaubt. Verfassungsrechtliche Relevanz entfaltet das Verteilen des Gegenstands in Zusammenschau mit der Äußerung jedoch angesichts der Verknüpfung mit dem Verweis auf vermeintlich „lächerliche Handlungsempfehlungen“ der Regierung für Gewaltopfer und der Propagierung von „mehr Selbstschutz“. Der Aufruf kann mit Blick auf die in Kapitel E. I. 1. b. belegte fremdenfeindliche Diktion der AfD so aufgefasst werden, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht mehr im erforderlichen Umfang ausübe und Privatpersonen aus diesem Grund selbst Maßnahmen zum Schutz vor Übergriffen ergreifen müssten.

¹⁸⁰⁸ Bei einem Kubotan handelt es sich um eine Waffe für den Nahkampf in verschiedenen Kampfkünsten.

¹⁸⁰⁹ Kotré, Lena: Instagram-Eintrag vom 13.09.2024, abgerufen am 19.09.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

In ihrer Bewerbungsrede zur Europawahlversammlung in Magdeburg am 30. Juli 2023 forderte die stellvertretende Sprecherin der AfD Rhein-Sieg Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW) „Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt“, um der „Massenzuwanderung“ zu begegnen und führte dabei aus:

„Was uns dann aber irgendwann fehlt, das ist unser Volk. Und dieses wird von Berlin und Brüssel der Auflösung preisgegeben. Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung. Die Lösung lautet Remigration. Millionenfache Remigration.

Deutschland leidet an einem noch nie dagewesenen Geburtenrückgang, und das mag die Endzeitapologeten der Grünen erfreuen. Schließlich bezeichnen sie Kinder als Klimaschädling Nummer eins. Man muss sich vorstellen, wie infam das ist, auszurechnen, wie viel CO₂ durch Kinder produziert wird. Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das... der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll.

Das jüngst von den EU-Innenministern beschlossene ,gemeinsame europäische Asylsystem ist reine Makulatur, denn im Außengrenzverfahren werden überhaupt nur 20% aller Asylforderer betroffen... Äh, das betrifft nur 20% der Asylforderer. Aber die Somalier, die Iraker und die Afghanen, die kommen weiter ungehindert nach Europa.

Was wir brauchen, das sind Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt.

Was wir brauchen, sind Grenzanlagen, egal wie laut linke NGOs schreien. Was wir auch brauchen, ist eine europäische Grenzschutzagentur, die die Festung Europa endlich verteidigt!“¹⁸¹⁰

Der Begriff der „Pushbacks“ ist nicht legaldefiniert. Darunter werden im Allgemeinen staatliche Maßnahmen verstanden, bei denen Flüchtende meist unmittelbar nach Grenzübertritt zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu

¹⁸¹⁰ Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

stellen oder deren Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen. Eine solche Verfahrensweise kann eine rechtsstaatliche Durchführung des Asylverfahrens in Frage stellen, zumal damit auch solche Flüchtende erfasst wären, die tatsächlich Anspruch auf Asyl haben. Der EuGH hält Zurückweisungen von Drittstaatsangehörigen an EU-Binnengrenzen für rechtswidrig, es bedürfe einer Rückkehrentscheidung im Einzelfall.¹⁸¹¹ Boßdorf bekundet hier, dass sie die Entscheidungen des EuGH für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Im Kontext der Forderung nach „millionenfache[r] Remigration“ als Reaktion auf den „Bevölkerungswandel“ wird deutlich, dass sich ihre Forderung, die Gerichtsurteile nicht zu berücksichtigen, auch auf an ethnischen Kriterien orientierte Massenabschiebungen bezieht und damit rechtsstaatswidrige Zurückweisungen intendiert sind.

Die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) sprach sich im Zuge des Landtagswahlkampfes in Brandenburg wiederholt für den Aufbau einer privaten „Abschiebeindustrie“ aus. Im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg am 18. September 2024 führte sie hierzu aus:

„Ja, wie Sie wissen, haben wir im Land Brandenburg eine immense Anzahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern, circa 4.500. Rund die Hälfte davon sind vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, bei denen kein Abschiebehindernis besteht. Das bedeutet, sie könnten heute Abend ins Flugzeug gesetzt und außer Landes gebracht werden. Das ist aber nicht gewollt oder nicht gekannt. Wenn der Staat versagt bei seiner Pflicht, diese Menschen außer Landes zu bringen, dann muss man Alternativen ins Auge fassen. Eine Alternative ist die Privatisierung von Abschiebungen, indem man Abschiebeunternehmen mit ins Boot holt. Das soll so stattfinden, die Unternehmen können sich nach einer öffentlichen Ausschreibung bewerben und wer das beste, das günstigste und das wirtschaftlich am ansprechendste Konzept uns vorlegen kann, der kriegt dann den Zuschlag und darf im Auftrag des Staates Abschiebungen durchführen. Warum dieses Konzept? Wie gesagt, der Staat kann es nicht schaffen. Durch private Abschiebeunternehmen haben wir eine Effizienzsteigerung. Es sind spezialisierte Unternehmen, sie können sich also auch den veränderten Gegebenheiten immer wieder anpassen und vor allem ist es ein optimierter Ressourceneinsatz. Man kann die staatlichen Ressourcen, die offenbar nicht ausreichen, dann sowieso

¹⁸¹¹ Vgl. EuGH Urte. v. 21.09.2023, C-143/22, juris; Urte. v. 19.03.2019, C-444/17, juris.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

komplett streichen und anderweitig im Staat unterbringen und für anderes ausgeben. Wir haben eine Kostenoptimierung, indem wir einen Wettbewerb stattfinden lassen zwischen diesen Unternehmen. Wer das beste Konzept vorlegt, das habe ich eben schon gesagt, kriegt den Zuschlag und dieser Wettbewerb ist für den Staat Gold wert. Wir werden die besten Anbieter zu den besten Konditionen ins Boot holen können. [...]

Wir haben also Punkt 1, die Ausschreibung und die Vergabe an spezialisierte Unternehmen. Wir haben Punkt 2, die Zusammenarbeit, das ist auch wichtig und die Koordination mit staatlichen Stellen, was bedeutet: Natürlich werden Abschiebeunternehmen, private Abschiebeunternehmen nicht im Stich gelassen damit. Sie arbeiten weiterhin mit staatlichen Stellen zusammen und auch so kann natürlich eine Qualitätsüberwachung dieser Unternehmen stattfinden. Wir haben 3. die effizienzorientierten Prozesse und 4. die kontinuierliche Optimierung. Auch das habe ich schon gesagt, man kann sich an veränderte Gegebenheiten anpassen und somit immer wieder tagesaktuell diese Abschiebungen anpassen. Warum das Ganze? Ich habe es eben schon erwähnt, wir haben eine wahnsinnig hohe Zahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern im Land, das wird auch weiterhin zunehmen. Die angekündigten Grenzkontrollen sind Augenwischerei der Altparteien, das ist Wahlkampfgeplänkel, nichts anderes. Wir haben es hier mit einem Ausverkauf der inneren Sicherheit zu tun, seit Jahren schon, so wird es auch weitergehen und deshalb müssen wir jetzt einen Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen.“¹⁸¹²

Die Forderung nach einer solchen Beleihung von Privatunternehmen mit hoheitlichen Aufgaben ist nicht per se verfassungsschutzrelevant. Das vorgeschlagene Konzept stellt jedoch den Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Kostenoptimierung anstelle einer rechtsstaatlichen Verfahrensweise in den Vordergrund. Eine Privatisierung dergestalt, dass der Kostenfaktor bei der Durchführung von Abschiebungen letztlich entscheidend sein soll, lässt außer Acht, dass es sich bei Abschiebungen um menschenrechtsintensive Eingriffe handelt. Ein Konzept, das den geringsten Kostenfaktor in den Vordergrund und von Wirtschaftlichkeitsaspekten bei den Durchführenden zumindest mitbe-

¹⁸¹² Kotré, Lena: Beitrag im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg am 18.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD-Fraktion Brandenburg“, abgerufen am 21.10.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

stimmt ist, ohne die individuellen Sach- und auch Rechtslagen angemessen zu berücksichtigen, entspricht nicht rechtsstaatlichen Standards. Die abschließende Aussage Kotrés, es sei ein „Ausverkauf der inneren Sicherheit“ im Gange, der die AfD in die Situation bringe, einen „Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ leisten zu müssen, impliziert zudem, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht im erforderlichen Maß ausübe.

Auch in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier wiederholte Lena Kotré ihre Forderung, Abschiebungen an „private Abschiebeunternehmen“ zu delegieren:

„Und da haben wir gesagt, wenn der Staat mit dieser Aufgabe nicht fertig wird, wenn er seiner Pflicht nicht nachkommen kann, dann müssen wir über Alternativen nachdenken und eine Alternative ist eben Ausschreibungen zu machen, öffentliche Ausschreibungen an private Abschiebeunternehmen. Wer uns da das beste Konzept vorlegt, der kriegt den Zuschlag und der darf dann im Namen des Staates abschieben.“¹⁸¹³

Karsten Hilse (MdB, SN) vermeldete in einem Facebook-Post vom 1. Dezember 2021 wahrheitswidrig, das Bundesverfassungsgericht habe das „Grundgesetz faktisch außer Kraft“ gesetzt und rief dazu auf, vom „Recht auf Widerstand“ Gebrauch zu machen:

„Mit seinem gestrigen Urteil setzt der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts unser Grundgesetz in großen Teilen faktisch außer Kraft. Die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, welche als Abwehrrechte gegen den Staat, vor allem in Krisensituationen, in das Grundgesetz geschrieben wurden und auch noch mit einer Ewigkeitsklausel versehen sind, haben praktisch aufgehört zu existieren. Mit der Verkündung des Urteils begann auch die Diskussion für einen allgemeinen Impfbzwang. Alle, die diese Entwicklung prognostizierten, wurden als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Was gestern noch als absurde Behauptung bezeichnet wurde, ist heute Realität. Was heute als absurd und nie und nimmer eintretbar oder denkbar erscheint, wird die Realität von morgen sein, wenn nicht endlich ALLE, die sich gegen die Aushebelung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung wenden, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch machen.“¹⁸¹⁴

¹⁸¹³ Deutschland-Kurier: „Wir brauchen eine private Abschiebeindustrie“ | Lena Kotré (MdB | AfD)“ vom 18.09.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 19.09.2024.

¹⁸¹⁴ Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 01.12.2021, abgerufen am 08.12.2021.

Verfassungsschutzrelevant ist hier nicht bereits die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das mit den in Bezug genommenen Beschlüssen Verfassungsbeschwerden betreffend Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen nach den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zurückwies. Wohl aber ruft Hilse hier zur Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand auf und nimmt damit vom Wortlaut her auf das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG Bezug. Damit wird deutlich, dass er eben nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung kritisiert, sondern so weit geht, zu behaupten, dass die Rechtsprechung zu einer Außerkraftsetzung der Gewaltenteilung führe und einen Widerstand erfordere, der bei tatsächlichem Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 Abs 4 GG sogar gewaltsam erfolgen könnte.

Am 20. Juli 2022 wurde auf der Internetseite des AfD-Kreisverbands Wittenberg (ST) ein Artikel unter dem Titel „*Es lebe das heilige Deutschland!*“ - ein Beitrag zum 20. Juli“ veröffentlicht. Bereits kurz darauf wurde er nach medialer Kritik wieder offline genommen und später in modifizierter Form wieder online gestellt. Im Originalbeitrag fragte der Kreisverband mit Blick auf Widerstandskämpfer zur Zeit des Nationalsozialismus nach einem „20. Juli 2.0“, also mithin einem Umsturzversuch gegen die amtierende Regierung:

„Aktuell wird die Vernichtung Deutschlands durch die eigenen Bürger betrieben, die grünen Ökosozialisten durch Verblendung bei den Wahlen den Auftrag erteilt haben. Die schwarze Opposition im Lande ist da nicht besser, hat man doch seit Jahren den grünen Fackelmännern, Frauen und anders geschlechtlichen Individuen den Teppich zu Theodore N. Kaufman oder Henry Morgenthau ausgerollt. Wann wird es eigentlich einen 20. Juli 2.0 bei der Truppe geben?“¹⁸¹⁵

Durch die Verwendung von Bezeichnungen wie „Ökosozialisten“ und „geschlechtliche Individuen“ als einziger inhaltlicher Anknüpfungspunkt und die Schlussfolgerung der „Vernichtung“ Deutschlands durch diese kommt zum Ausdruck, dass bereits aufgrund allgemeinpolitischer Themen wie Umweltpolitik oder eine inkludierende Geschlechterpolitik die gravierenden Voraussetzungen des Widerstandsrechts gesehen werden.

¹⁸¹⁵ AfD-Kreisverband Wittenberg: „*Es lebe das heilige Deutschland!*“ - ein Beitrag zum 20. Juli“, in: <https://afd-wittenberg.de> vom 20.07.2022, abgerufen am 22.07.2022 über <https://archive.ph>.

Dabei wird nicht nur auf das ohnehin bereits nur in absoluten Ausnahmefällen zu bejahende Widerstandsrecht des Grundgesetzes Bezug genommen, sondern sogar suggeriert, es bestünde eine Lage vergleichbar dem Nationalsozialismus.

Fraglich ist jedoch, inwiefern dieser Beleg als Anhaltspunkt berücksichtigt werden kann, da in der Löschung und Modifizierung möglicherweise eine Distanzierung zu sehen ist. Der Kreisverband¹⁸¹⁶ sowie dessen Vorsitzender Matthias Lieschke¹⁸¹⁷ (MdL ST) begründeten die Änderungen lediglich damit, dass der ursprüngliche Artikel nicht den „Qualitätskriterien“ des Kreisverbands entsprochen habe. Angesichts des die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnenden Vergleichs und der medialen Reaktionen hierauf, aufgrund derer ein bewusster Reflexionsprozess in Gang gesetzt wurde, wäre eine ausdrückliche Abstandnahme erforderlich gewesen. Insofern unterscheidet sich die Distanzierung nicht von den Parteiordnungsmaßnahmen, die nur parteiorganisatorisch und nicht mit der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Inhalten begründet werden. Der Kreisverband bringt durch das Löschen zwar zum Ausdruck, dass er sich den Inhalt nicht mehr zu eigen machen möchte. Gleichwohl könnte die Löschung auch taktisch motiviert gewesen sein. Die Äußerung des Kreisverbands wird hier daher als Anhaltspunkt bewertet, ist im Hinblick auf die Gesamtbewertung jedoch nur von untergeordneter Bedeutung.

Fabian Jacobi (MdB, NW) teilte und bekräftigte einen Tweet, der *„keine roten Linien [...] im Umgang mit dem Staat“* forderte. Darin hieß es wörtlich:

*„Wenn der Staat uns damit droht, daß er im Umgang mit uns keine roten Linien mehr kennt, muß das umgekehrt auch für uns im Umgang mit dem Staat gelten.“*¹⁸¹⁸

Jacobi schrieb dazu:

*„Daß eine Regierung diesen Schluß auslöst, macht ihr Handeln zum Fehler; daß sie es vorsätzlich tut, zum Verbrechen.“*¹⁸¹⁹

¹⁸¹⁶ AfD-Kreisverband Wittenberg: „Es lebe das heilige Deutschland!“ - ein Beitrag zum 20. Juli“, in: <https://afd-wittenberg.de> vom 20.07.2022, abgerufen am 24.10.2024.

¹⁸¹⁷ Süddeutsche Zeitung: „Verfassungsschutz und Polizei prüfen Text“ vom 22.07.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 24.10.2024.

¹⁸¹⁸ Jacobi, Fabian: Tweet vom 22.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.

¹⁸¹⁹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

Durch die Formulierung, dass keine roten Linien im Umgang mit dem Staat bestünden, wird deutlich, dass Jacobi keine Begrenzung des behaupteten Widerstandsrechts sieht und mithin auch Gewalt als probates Mittel anerkannt wird.

Auch der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau rief in seinem Facebook-Beitrag vom 30. November 2021 zum Widerstand auf:

„Mir bleibt da nur ein weiteres Zitat: ‚Wenn Unrecht zu Recht wird, wird #Widerstand zu Pflicht und Gehorsam ist Verbrechen!‘“¹⁸²⁰

Dabei handelt es sich um Zitat, das Bertolt Brecht zugeschrieben wird. Dessen Wiedergabe entfaltet für sich genommen selbstverständlich keine Verfassungsschutzrelevanz. Sie ist jedoch in einem völlig anderen Kontext zu verstehen. Während Brecht tatsächlich vor den Nationalsozialisten ins Exil fliehen und später im Rahmen der Kommunistenverfolgung vor einem Ausschuss zu „unamerikanischen Aktivitäten“ aussagen musste und damit realer akuter Repression ausgesetzt war, wird die Äußerung hier auf die aktuelle demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland bezogen. Damit wird suggeriert, es bestünde eine Widerstandslage, die hiermit vergleichbar sei.

Christina Baum (MdB, BW/ST) behauptete in einem Interview mit AUF1.TV vom Dezember 2021, Olaf Scholz habe in seiner Antrittsrede als Bundeskanzler quasi eine Kriegserklärung formuliert:

„Also ich sehe das auch fast wie eine Kriegserklärung. Ich war ja im Plenum. Ich habe das ja gehört. [...] Er hat geschworen, für das Wohl des deutschen Volkes sich einzusetzen und leider habe ich ja auch diese Polizeigewalt verfolgt. Ich war selber auch mittendrin bei solchen Demonstrationen und habe mit Entsetzen gesehen, dass es tatsächlich Polizisten gibt, die bereit sind, solche Gewalt anzuwenden. Und ich möchte damit auch gleichzeitig einen Aufruf starten, sozusagen an alle Polizisten, an alle Bundeswehrsoldaten, an alle Ordnungskräfte, dass sie sich das sehr gut überlegen müssen, wie sie in Zukunft mit solchen Bewegungen umgehen. Die Bewegungen sind absolut friedlich bisher. Die Bevölkerung ist sehr diszipliniert, und es kann nicht sein, dass die Polizei zu solchen harten Maßnahmen greift. Denn nach jeder Demonstration, wenn ich eine Rede halte, richte ich

¹⁸²⁰ Galau, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 25.07.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

meine Worte auch an die Polizei, und ich sage ihnen, dass sie sich sehr gut überlegen müssen, auf welcher Seite sie stehen. Denn eines Tages werden sie diese Entscheidung treffen müssen: Erhebe ich die Hand gegen mein eigenes Volk oder geh ich mit ihm auf die Straße sozusagen, ja. Und diese Exekutive, die wird die Entscheidung bringen, in welche Richtung sich das Ganze entwickelt. Wenn die sagen, wenn die Polizei sagt ‚Wir machen da nicht mehr mit‘, dann können die in Berlin alle nach Hause gehen. Und auf diesen Zeitpunkt warte ich.“¹⁸²¹

Baum suggeriert, dass die Regierung derart repressiv gegen ihr eigenes Volk vorgehe, dass Polizeibeamte im Dienst perspektivisch mit der Entscheidung konfrontiert seien, ob sie ebenfalls widerrechtlich gewaltsam gegen das eigene Volk vorgehen wollen oder ob sie sich letztlich ihrem Auftrag widersetzen. Sie stellt damit das Gewaltmonopol des Staates in besonders erheblicher Weise in Frage.

Christina Baum zeigte sich in einem Facebook-Post vom 6. August 2024 zudem solidarisch mit Martin Sellner und forderte Polizistinnen und Polizisten erneut dazu auf, sich Anordnungen zu widersetzen:

*„Polizei stürmt erneut in voller Montur eine vollständig friedliche Veranstaltung
Liebe Polizisten, was ist mit euch los? Seid ihr nur noch Erfüllungsgehilfen dieser deutschlandfeindlichen autoritären Berliner Clique oder habt ihr auch noch ein Gewissen? [...] Der Aktivist Martin Sellner liest aus seinem Buch vor und wird plötzlich durch die Polizei aufgrund von staatlicher Willkür nicht nur des Saales, sondern der Gemeinde verwiesen. Sellner war gerade dabei, die Repression gegenüber der Familie Elsässer zu schildern, als die Truppen den Saal stürmten. Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter diese Regierung eingeschlagen hat. [...] Ich verurteile diese Maßnahme gegen Martin Sellner auf das Schärfste, so wie ich es mit jeder anderen totalitären Maßnahme auch tun würde und ich werde mich immer jeder Form von totalitärer Entwicklung entgegen stellen.*

Allen Polizisten gebe ich das Zitat von Angela Merkel mit auf dem Weg, das aus einer Rede zum Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr, am 20. Juli 2019 in Berlin, stammt: ‚Es gibt Momente, in denen Ungehorsam eine Pflicht sein kann – Momente, in denen man nur dann Anstand und Menschlichkeit wahrt, wenn man

¹⁸²¹ Baum, Christina im Interview vom 21.12.2021; veröffentlicht in: <https://auf1.tv>, abgerufen am 22.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

*sich gegen einen Befehl, gegen den Druck von Vorgesetzten oder auch den Druck der Masse auflehnt und gegenhält. Es gibt Momente, in denen der Einzelne die moralische Pflicht hat, zu widersprechen und sich zu widersetzen...*¹⁸²²

Nach einer Recherche des Bayerischen Rundfunks haben zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der bayerischen AfD in der geschlossenen Facebook-Gruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“ nicht nur die Bundesrepublik Deutschland als totalitäres System verunglimpft, das beseitigt werden müsse, sondern wiederholt Umsturzfantasien und Aufrufe zur Gewalt geäußert.

Nach den Angaben des Bayerischen Rundfunks fanden sich 16 der 18 damaligen bayerischen AfD-Landtags- und 11 der 12 AfD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern in der Gruppe, ebenso 10 Mitglieder des 13-köpfigen AfD-Landesvorstands. Zu den Administratoren der Gruppe zählten der im Oktober 2021 gewählte AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka, der zum damaligen Zeitpunkt auch dem Bundesvorstand der AfD als Beisitzer angehörte, sowie der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Johannes Huber^{1823, 1824}

In einem Bericht des Bayerischen Rundfunks vom 7. Dezember 2021 wurden Äußerungen von Mitgliedern der genannten Chatgruppe zu Vergleichen mit totalitären Systemen wie folgt wiedergegeben:

*„Ein ehemaliger AfD-Landtagskandidat aus Oberbayern forderte im Januar 2021: ‚Die AfD muss auch endlich offen die Systemfrage stellen. Im bestehenden System wird sich nichts zum Besseren ändern‘. Georg Hock, seit Oktober 2021 Mitglied des AfD-Landesvorstands, äußerte daraufhin ‚Zustimmung insbesondere zum Stellen der Systemfrage‘.“*¹⁸²⁵

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen nach einem „Systemwechsel“ sind auch die im Chat geäußerten Gewalt- und Bürgerkriegsfantasien zu sehen, über die der Bayerische Rundfunk berichtete.

¹⁸²² Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 06.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.

¹⁸²³ Johannes Huber trat zum 31.12.2021 aus der AfD aus.

¹⁸²⁴ BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität“ vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.

¹⁸²⁵ BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter“ vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

So habe Alois Ostermair, seinerzeit AfD-Kreisvorsitzender, Deutschland gemäß der Berichterstattung als „*Bananenland*“ bezeichnet, das System „*korrupt*“ und „*kriminell*“ genannt und von „*regierenden Verbrechern*“ geschrieben. Wahlen würden „*ohnehin nicht mehr*“ helfen. Ostermair sei zu dem Schluss gekommen:

*„Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.“*¹⁸²⁶

Diese Aussage habe die AfD-Landtagsabgeordnete Anne Cyron wie folgt zustimmend kommentiert:

*„Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten – hat Tucholsky auch schon gewusst. Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden.“*¹⁸²⁷

Das Mitglied des bayerischen AfD-Landesvorstands Georg Hock habe auf beide Beiträge mit der Nachricht

*„Absolute Zustimmung.“*¹⁸²⁸

geantwortet.

Im Juni 2021 habe Hock außerdem geäußert:

*„Bekämpft bitte (oder auch gefälligst) mit dem vielen Geld, das ihr vier lange Jahre egal in welcher Partei bekommt, das Deutschland meuchelnde System. Das erwarten unsere Wähler. Der Widerstand der Straße würde es Euch danken.“*¹⁸²⁹

Stephan Protschka, einer der Administratoren der Chatgruppe und seit Oktober 2021 Landesvorsitzender der bayerischen AfD, habe die zitierten Aufrufe zu Gewalt und Umsturz als „*Meinungsfreiheit*“ verteidigt:

*„Wenn sich Leute da intern was an den Kopf schmeißen, gehört das doch auch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung dazu, dass man verschiedener Meinung ist.“*¹⁸³⁰

¹⁸²⁶ BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität“ vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.

¹⁸²⁷ BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter“ vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.

¹⁸²⁸ Ebd.

¹⁸²⁹ BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität“ vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.

¹⁸³⁰ Ebd.

Auch von Seiten der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag seien die betreffenden verfassungsfeindlichen Äußerungen verharmlost und in Schutz genommen worden. Ulrich Singer, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, ließ sich in Reaktion auf die Veröffentlichung damit zitieren, dass im Chat „keine rechtswidrigen oder strafbaren Äußerungen getätigt worden“ seien. Weiterhin sagte er:

„Wir haben Meinungsfreiheit in diesem Land.“¹⁸³¹

Auch das OVG NRW bewertete die vorgenannten Chatprotokolle als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, da durch sie die Demokratie abgelehnt und ein gewaltsamer Umsturz befürwortet werde.¹⁸³² Die Äußerungen seien insbesondere vor dem Hintergrund zurechenbar, dass diese nicht nur der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks zu entnehmen seien, sondern zusätzlich von der Landtagsabgeordneten Anne Cyron öffentlich als „Meinungsfreiheit“ abgetan worden seien.¹⁸³³ Auch habe sich die Partei nicht ernsthaft und nachhaltig distanziert, da die erfolgten Stellungnahmen keine kritische Auseinandersetzung enthielten, ausgesprochene Abmahnungen nicht begründet worden und auch weitere Maßnahmen, wie etwa ein Ausschluss Georg Hocks aus dem Landesvorstand, unterblieben seien, und die Abmahnungen erst nach der öffentlichen Berichterstattung erfolgten.¹⁸³⁴ Die Äußerungen in den Chats ließen daher den Rückschluss darauf zu, dass sich Mitglieder der AfD in der Öffentlichkeit nur aus taktischen Gründen zurückhaltend äußerten.¹⁸³⁵ Im Hinblick auf die Gesamtpartei begründeten sie jedoch nur einen Verdacht demokratiefeindlicher Bestrebungen, da es sich nur um Äußerungen einzelner Mitglieder handelt, von denen sich die Klägerin durch die ergriffenen Parteiordnungsmaßnahmen jedenfalls in gewissem Umfang distanziert habe.¹⁸³⁶

In einer Dokumentation des MDR wurden außerdem Inhalte einer AfD-internen WhatsApp-Chatgruppe „Stammtisch Pirna“ bekannt, in der in einer Diskussion die folgende Forderung gestellt wurde:

¹⁸³¹ BR: „Telegram-Chat: AfD-Fraktion äußert sich zu Umsturzfantasien“ vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 08.12.2021.

¹⁸³² OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff.

¹⁸³³ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 259.

¹⁸³⁴ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.

¹⁸³⁵ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 261.

¹⁸³⁶ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

„Ein geplanter Staatsstreich zur Abwehr des laufenden kommunistischen Staatsstreichs.“¹⁸³⁷

Das VG Dresden sieht in seinem Beschluss vom 15. Juli 2024 darin *„einen deutlichen Hinweis auf die antidemokratische Einstellung innerhalb der sächsischen AfD-Basis“*.¹⁸³⁸

Insgesamt wurden mit Blick auf die Widerstandsrhetorik und die Infragestellung des Gewaltmonopols im Begutachtungszeitraum vereinzelt weiterhin Anhaltspunkte für einen entsprechenden Verdacht festgestellt. So sind besonders die Ausführungen zu der stellenweise sehr offensiven Widerstandsrhetorik von Relevanz. Gleichwohl ist anzumerken, dass sich die Ausführungen des OVG NRW gerade nur auf die Feststellung von Verdachtsmomenten bezogen. Wegen ihrer eklatanten Infragestellung des Rechtsstaatsprinzips sind diese aber auch durchaus weiterhin von Bedeutung, sodass von einem Abklingen des Verdachts nicht die Rede sein kann. In der Gesamtschau lassen die Belege in Anzahl und Qualität aber nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Schon im Folgegutachten AfD 2021 waren bereits vergleichsweise wenige Anhaltspunkte festgestellt worden, was sich in diesem Gutachten fortsetzt. Eine Verdichtung zur Gewissheit liegt demnach in Bezug auf Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip nicht vor.

4. Positionierung zum Nationalsozialismus

Zu prüfen ist, ob bei der AfD Positionierungen zum Nationalsozialismus vorliegen, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen.

Laut Bundesverfassungsgericht besitzt der Nationalsozialismus *„für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist“*. Das Grundgesetz könne *„weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet*

¹⁸³⁷ Screenshot aus der Dokumentation „Radikale Staatsdiener in der AfD“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.02.2023, Kanal: „MDR Investigativ“, ohne Abrufdatum.

¹⁸³⁸ VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 173.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

werden“.¹⁸³⁹ Auch wenn das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung kein genuiner Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstelle, komme

*„der positiven historischen Bewertung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten oder der Leugnung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen“ eine „erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher, auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteter Ziele einer Partei zu“.*¹⁸⁴⁰

Relevant sind in diesem Zusammenhang insbesondere das aktive Befürworten, Rechtfertigen oder Verherrlichen des Nationalsozialismus ebenso wie eine beschönigende oder verharmlosende Darstellung und das Bestreiten der für die BRD aus dem Nationalsozialismus resultierenden Verantwortlichkeit.

Solcherlei positive Positionierungen erfolgen in der Regel unter Einsatz geschichtsrevisionistischer Strategien, die den Tabubruch der offenen Zustimmung zu nichtdemokratischen und diktatorischen Regimen und ihren Verbrechen mehr oder minder camouflieren. So werden konsensuale Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Regimen ignoriert oder ohne valide Begründung pauschal als falsch bestritten bzw. eigene, durch keinerlei Evidenz unterlegte Aussagen hinsichtlich tatsächlicher oder vermeintlicher historischer Vorgänge als erwiesen und „wahr“ ausgegeben.

Wenn geschichtsrevisionistische Aussagen der fakten- und erkenntniswidrigen Positivdarstellung nichtdemokratischer und diktatorischer Regime, der von ihnen geschaffenen Verhältnisse sowie der Beschönigung oder Leugnung ihrer Verbrechen dienen, können sie Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen. Die nationalsozialistische Willkürherrschaft ist weder mit der Menschenwürde, noch mit dem Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip auch nur ansatzweise vereinbar. Eine Herausarbeitung des jeweils betroffenen Merkmals der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist daher im Falle einer positiven Bezug-

¹⁸³⁹ BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.

¹⁸⁴⁰ BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 592, 591.

nahme auf den Nationalsozialismus beispielsweise durch Verwendung dessen Kennzeichen nicht erforderlich.¹⁸⁴¹ Wer die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beispielsweise pauschal als „Schuld kult“ diskreditiert und einen „Schlussstrich“ eben damit fordert, diffamiert nicht nur die geleistete Aufarbeitung und Erinnerungspolitik, sondern verlangt letztlich auch, dass Schluss sein müsse, aus der NS-Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen, was der gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für das Grundgesetz¹⁸⁴² entgegensteht. Die endgültige Überwindung der nationalsozialistischen Strukturen und die Verhinderung des Wiedererstarkens eines totalitär nationalistischen Deutschlands sind jedoch identitätsprägend für das deutsche Grundgesetz.¹⁸⁴³

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich nahm Medienberichten zufolge in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts in einem Schiedsspruch vom 11. Januar 2024 Bezug auf das sogenannte Reichsbürgergesetz von 1935. Geklagt hatte eine aus Polen stammende AfD-Politikerin, die sich in einem Facebook-Post als „*arisch*“ bezeichnet hatte. In seinem Eilbeschluss begründete das Bundesschiedsgericht seine Entscheidung, warum nach dem „Überprüfungsantrag der Antragsgegnerin [...] der Entzug der Mitgliedschaftsrechte der Antragsgegnerin aufgehoben“ werde, folgendermaßen:

„Die polnische Sprache ist als slawische Sprache den arischen Sprachen zuzuordnen. Es erschließt sich auch nicht, wieso der Begriff ‚arisch‘ der nationalsozialistischen Rassenideologie zuzuordnen ist. Insofern sei nur auf das Reichsbürgergesetz vom 15.09.1935 hingewiesen, in dem in § 2 I geregelt ist, dass Reichsbürger nur der Staatsbürger sei, der deutschen oder artverwandten Blutes sei.“¹⁸⁴⁴

¹⁸⁴¹ Das VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff. sieht in der unkritischen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Rassenlehre unter Zugrundelegung der einfachgesetzlichen landesgesetzlichen Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte betroffen.

¹⁸⁴² BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 596.

¹⁸⁴³ Ebd.

¹⁸⁴⁴ ZDFheute: „Bezug auf Reichsbürgergesetz: AfD-Mann Ulbrich und die ‚arische Sprache‘“ vom 30.01.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 30.08.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Das Reichsbürgergesetz regelte die Reichszugehörigkeit im nationalsozialistischen Deutschland. In der Verordnung war u. a. festgelegt, dass jüdische Staatsangehörige nicht als Reichsbürger gelten konnten. In dem Rückgriff auf die Verordnung positionierte sich Ulbrich verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus¹⁸⁴⁵ und positionierte sich gleichsam in diametralem Gegensatz zum heutigen demokratischen Rechtsstaat.

Die sächsische AfD-Landtagsfraktion teilte als Reaktion auf den Sachverhalt zwar mit, dass Ulbrich „in schwerwiegender Weise gegen die Parteigrundsätze verstoßen“¹⁸⁴⁶ habe – woraufhin Ulbrich von seiner Funktion als Bundesschiedsrichter zurücktrat und die AfD-Landtagsfraktion verließ – jedoch kommt dieser vermeintlich sich von Ulbrich abkehrenden Äußerung der AfD-Landtagsfraktion keine entlastende Wirkung zu. Zum einen liegt eine Entscheidung über ein darauf bezogenes Parteiausschlussverfahren nicht vor. Zum anderen wurde Ulbrich im November 2023 als Direktkandidat für die Landtagswahl am 1. September 2024 aufgestellt und diese Aufstellung in der Folge des dargestellten Vorfalls nicht zurückgezogen.¹⁸⁴⁷

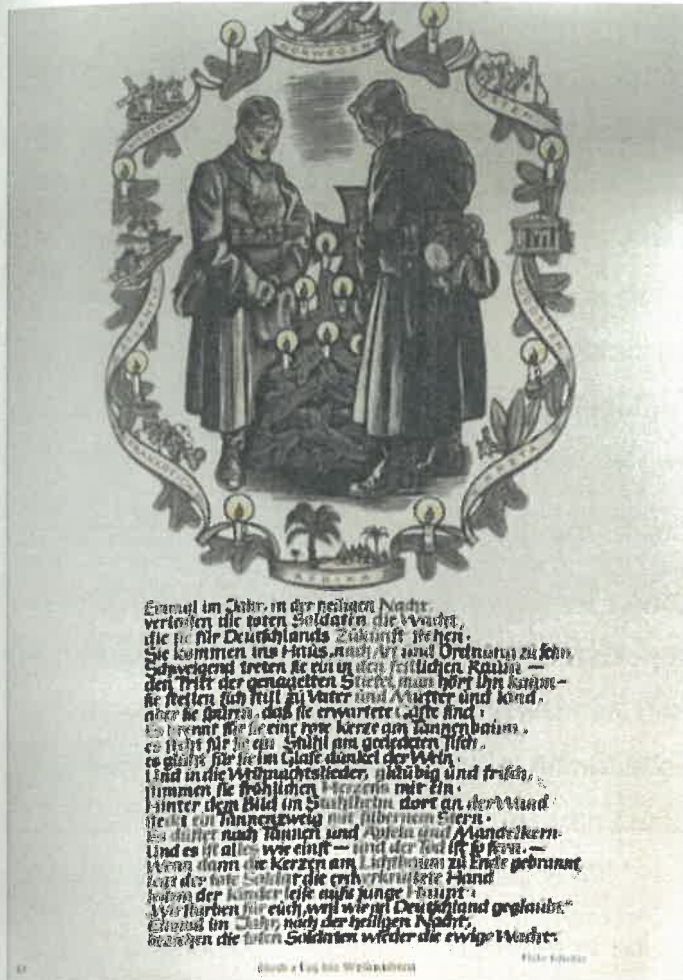
Ekaterina Gutner, Vorstandsmitglied des der AfD zuzurechnenden Vereins Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V.¹⁸⁴⁸, veröffentlichte am 24. Dezember 2023 auf Facebook die Abbildung eines Kalenderblatts aus dem Jahr 1942. Es zeigt zwei Wehrmachtssoldaten in andächtiger Position, einen Weihnachtsbaum sowie ein Eisernes Kreuz. Eingerahmt wird die Szenerie von einer Abbildung des Frontverlaufs von 1942.

¹⁸⁴⁵ So auch VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff.

¹⁸⁴⁶ Ebd.

¹⁸⁴⁷ AfD Sachsen: „Unsere Direktkandidaten in den Wahlkreisen“ vom 30.08.2024, in: www.afdsachsen.de, abgerufen am 30.08.2024.

¹⁸⁴⁸ Weitere Ausführungen zum Verein Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V. sind Kapitel D. II. 5. zu entnehmen.



Unter dem Bild ist ein Gedicht von Thilo Scheller mit folgendem Inhalt abgedruckt:

„Einmal im Jahr, in der heiligen Nacht,
 verlassen die toten Soldaten die Wacht,
 die sie für Deutschlands Zukunft stehen.
 Sie kommen nach Haus, nach Art und Ordnung zu sehen,
 schweigend treten sie ein in den festlichen Raum –
 den Tritt der genagelten Stiefel, man hört ihn kaum –
 sie stellen sich still zu Vater und Mutter und Kind,
 aber sie spüren, daß sie erwartete Gäste sind.
 Es brennt für sie eine rote Kerze am Tannenbaum,
 es steht für sie ein Stuhl am gedeckten Tisch,
 es glüht für sie im Glase dunkel der Wein.
 Und in die Weihnachtslieder, gläubig und frisch,
 stimmen sie fröhlichen Herzens mit ein.
 Hinter dem Bild mit dem Stahlhelm dort an der Wand

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

*steckt ein Tannenzweig mit silbernem Stern.
Es duftet nach Tannen und Äpfel und Mandelkern,
und es ist alles wie einst – und der Tod ist so fern. –
Wenn dann die Kerzen am Lichtbaum zu Ende gebrannt,
legt der tote Soldat die erdverkrustete Hand
jedem der Kinder leise aufs junge Haupt:
Wir starben für euch, weil wir an Deutschland geglaubt.
Einmal im Jahr, nach der heiligen Nacht,
beziehen die toten Soldaten wieder die ewige Wacht“¹⁸⁴⁹*

Ergänzend hierzu schrieb Gutner in ihrem Facebook-Eintrag:

„Liebe Patrioten, egal aus welchem Land, ich wünsche euch ein besinnliches Weihnachtsfest, das leider nicht bei allen fröhlich wird. Von daher poste ich hier dieses Gedicht. Es ist allen gewidmet, die in den letzten 2 Jahren den Kriegen zum Opfer fielen. Seien wir dem Allmächtigen dankbar, dass Er auf uns aufpasste und wir heute zusammen mit unseren Liebsten beim Kerzenlicht am geschmückten Tannenbaum sitzen können.“¹⁸⁵⁰

Dieser Facebook-Post Gutners übernimmt sowohl auf visueller als auch auf textlicher Ebene unverändert propagandistische NS-Inhalte, die – verbreitet 1940 und 1943 – der Stärkung und Aufrechterhaltung der Kampfesmoral während des Zweiten Weltkriegs dienten.¹⁸⁵¹ Indem Gutner Bild und Text postet, um ihre eigenen Weihnachtswünsche zu ergänzen, unterstützt sie aktiv die propagandistische Botschaft des Gedichts. Die hierin enthaltene Glorifizierung und Romantisierung des Soldatentums im Zweiten Weltkrieg ist angesichts der allgemein bekannten und historisch unstrittigen Tatsache, dass die Wehrmacht als Instrument Hitlers völkerrechtswidrige Angriffskriege und einen als faktischen Völkermord konzipierten Vernichtungskrieg geführt hat, massive Kriegsverbrechen begangen und insbesondere am Holocaust beteiligt gewesen war, mindestens als Relativierung der nationalsozialistischen (Kriegs-)Ziele zu werten.

¹⁸⁴⁹ Gutner, Ekaterina: Facebook-Eintrag vom 24.12.2023, abgerufen am 10.04.2024.

¹⁸⁵⁰ Ebd.

¹⁸⁵¹ WELT: „Deutsches Schwert, musst den Christbaum schützen“ vom 22.12.2000, in: www.welt.de, abgerufen am 28.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Einem Bericht des Nachrichtenportals T-Online aus August 2022 zufolge unterzeichnete ein „Steffen Kotré“ aus Frankfurt an der Oder – wobei es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (BB) handelt – den folgenden Appell aus dem Jahr 2004 zugunsten des Holocaust-Leugners Horst Mahler:¹⁸⁵²

„Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler!‘ ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells auf: internationaler Appell Wir – gleichgültig, welcher Herkunft, welcher Weltanschauung und ob Sympathisant oder Gegner – fordern, daß Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen frei ihre Meinung äußern können. Schluß mit den Kriminalisierungsversuchen! Wenn Richter Faust oder Staatsanwalt Krüger unbedingt die Ansichten von Mahler, Oberlercher und Meenen kennenlernen wollen – bitte! Aber nicht zwangsweise vor einem Gericht. Wenn sie es unbedingt in der Öffentlichkeit tun wollen – um so besser! Aber dafür gibt es andere Orte als ein Kriminalgericht. Mit unserer Unterschrift unter den Appell des Komitees ‚Freiheit für Horst Mahler!‘ bekunden wir keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen. Uns geht es um die Meinungsfreiheit und darum, daß endlich eine von Offenheit und Ehrlichkeit geprägte Gesprächskultur platz greift. Erstunterzeichner: Bernhard Heldt Peter Töpfer

Unterzeichnen auch Sie den Appell des Komitees ‚Freiheit für Horst Mahler!‘, indem Sie an die Kontaktanschrift schreiben: peter-toepfer @ web.de

Virtuelle, pseudo- & anonyme Menschen bitte fernbleiben.“¹⁸⁵³

Zwei Monate darauf wurde durch Recherchen des ARD-Magazins Kontraste bekannt, dass unter dem Namen „Steffen Kotré“ Anfang der 2000er-Jahre auf der Website der Gruppierung Deutschherrenklub und in der Zeitschrift FRITZ der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen rund ein Dutzend Gedichte mit völkisch-rechtsextremistischem Gedankengut veröffentlicht wurden. Auf der Website des Deutschherrenklubs gab es sogar eine eigene Rubrik mit dem Titel „Kotrés Welt“. Die Gedichte

¹⁸⁵² T-Online: „AfD-Abgeordneter setzte sich für Holocaustleugner Mahler ein“ vom 15.08.2022, in: www.t-online.de, abgerufen am 13.07.2023.

¹⁸⁵³ Nationalanarchismus: „Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells aus“, in: <http://adk.nationalanarchismus.org>, abgerufen am 14.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

beinhalten völkische, nationalistische und militaristische Aussagen und Positionen.¹⁸⁵⁴ ¹⁸⁵⁵ Die Website des Deutschherrenklub wurde im Jahr 2004 aufgrund von der den „*NS-Staat verherrlichender Ideologie*“ und antisemitischen Inhalten durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) äußerte sich zu den Rechercheergebnissen nicht. In anderem Zusammenhang hatte er jedoch gegenüber dem RBB einmal bestätigt, eine „*lyrische Ader*“ und sich „*mit Geschichte auseinandergesetzt*“ zu haben.¹⁸⁵⁶

Die Partei kündigte lediglich eine Prüfung des Sachverhalts der Appell-Unterzeichnung an.¹⁸⁵⁷ Das Ergebnis dieser Prüfung wurde nicht bekannt gegeben. Das Ausbleiben einer Distanzierung Kotrés von den etwa 20 Jahre zurückliegenden Veröffentlichungen und Positionierungen bzw. das Ausbleiben eines Dementis, dass die Äußerungen die seinigen seien, das Ausbleiben rechtlicher Schritte zur Unterbindung entsprechender Presseberichterstattung sowie das Schweigen der AfD-Gremien über das Prüfergebnis lassen den Schluss zu, dass es sich bei dem Verfasser der Gedichte und dem Unterzeichner des Appells tatsächlich um den Abgeordneten Kotré handelt.

Der Appell für Horst Mahler wendet sich gegen „*Kriminalisierungsversuche*“ der „*Ansichten*“ Mahlers und gibt vor, „*keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen*“ darzustellen. Diese Aussage kann angesichts der Strafbewehrung der öffentlichen Äußerung eben solcher Ansichten gemäß § 130 StGB als Schutzbehauptung gewertet werden. Eine solche öffentliche Solidarisierung mit dem gegenwärtig bundesweit wohl bekanntesten Holocaust-Leugner und Rechtsextremisten Horst Mahler kann auch als Unterstützung von dessen Positionen interpretiert werden. Holocaust-Leugnung stellt eine extreme Form der Verharmlosung des Nationalsozialismus dar, da dessen charakteristisches Menschheitsverbrechen – der Genozid an den Juden – faktenwidrig bestritten und das NS-Regime damit entkriminalisiert wird.

¹⁸⁵⁴ RBB24: „Nazi-Poesie im Namen des AfD-Politikers aufgetaucht“ vom 04.10.2022, in: www.rbb24.de, abgerufen am 04.10.2022.

¹⁸⁵⁵ Deutschherrenklub: Auszüge der Internetseite <http://deutschherrenclub.de>, abgerufen über archive.org, ohne Datum.

¹⁸⁵⁶ tagesschau: „Brandenburger AfD-Bundestagsabgeordneter Kotré marschierte mit Neonazis“ vom 16.02.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 19.02.2024.

¹⁸⁵⁷ Süddeutsche Zeitung: „Unterstützung für Holocaust-Leugner? AfD will aufklären“ vom 15.08.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 14.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) verglich in einem Facebook-Post vom 16. November 2021 die Politik der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie mit der Entrechtung der Juden im Nationalsozialismus:

„Ampel‘ zeigt ihr totalitäres Gesicht! 3G im öffentlichen Personen(nah)verkehr [...] Am 24. März 1942 hatten die braunen Sozialisten im damaligen ‚Großdeutschen Reich‘ verfügt, dass Juden keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen dürfen. Heute, nicht einmal 80 Jahre später, kommt die Koalition der bunten Sozialisten auf eine ähnliche Idee. Jetzt sind die ‚Ungeimpften‘ fällig. Damals wie heute geschah und geschieht das alles natürlich nur zu ‚unserem‘ Besten. Damals wie heute wurde und wird eine bestimmte Bevölkerungsgruppe stigmatisiert, öffentlich beschimpft und entrechtet. Wenn diese faschistoiden Pläne der ‚Ampel‘ umgesetzt werden, ist die Büchse der Pandora endgültig geöffnet. Dann haben die Buntsozialisten einem Teil der Bevölkerung offiziell den Krieg erklärt.“¹⁸⁵⁸

Lindemann setzt hier Diskriminierungs-, Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen der NS-Diktatur, die eine Vorstufe von Deportation und Mord bildeten, mit den Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gleich, auch indem er sie als „faschistoide Pläne“ geißelt. Dies stellt eine Banalisierung und Verharmlosung der im Völkermord gipfelnden Judenverfolgung durch das NS-Regime und des zugrundeliegenden staatlich propagierten Antisemitismus dar.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unterstellte der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Prantl am 16. November 2021 regierenden Politikerinnen und Politikern Verstöße gegen den „Nürnberger Kodex“:

„Nochmal zur Erinnerung!! Der Nürnberger Kodex wurde eingeführt, damit Menschen nie wieder zu medizinischen Behandlungen GEZWUNGEN oder GENÖTIGT werden.“¹⁸⁵⁹

Der Nürnberger Kodex wurde als Reaktion auf die durch die Nationalsozialisten begangenen, zutiefst menschenverachtenden Experimente, Zwangssterilisierungen und Ermordungen entwickelt. Indem Prantl hierauf unmittelbar Bezug nimmt, deutet er eine

¹⁸⁵⁸ Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 17.11.2021.

¹⁸⁵⁹ Prantl, Thomas: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Gleichsetzung der COVID-19-Schutzimpfung mit eben jenen Verbrechen an der Menschlichkeit an.

Der ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller (BY) verbreitete in einem Redebeitrag auf einer Kundgebung des AfD-Kreisverbands Würzburg (BY) am 12. November 2022 in Würzburg (BY) geschichtsverfälschende Narrative, die die Entlastung des NS-Regimes zum Gegenstand und Ergebnis haben:

„Also, was wir heute haben, die Konfrontation zwischen den USA und Russland, ist eine ganz alte Geschichte, in der wir Deutsche auch schon zweimal unter die Räder gekommen sind. Und dann verstehen jetzt vielleicht auch einige hier, warum wir Deutsche, die wir doch ein patriotisches Verständnis haben, heute seelisch auf der Seite der Russen stehen in diesem großen globalen Konflikt. Weil die Russen inzwischen von den gleichen dunklen Mächten zum Opfer gemacht wurden wie wir in zwei Weltkriegen. Wir wurden zweimal in Weltkriege getrieben, die wir nicht wollten. Und genau so wurden die Russen jetzt sind den Krieg gegen die Ukraine getrieben, den sie auch nicht wollten. Und das ist der historische Zusammenhang. [...] Aber es geht noch weiter zurück. [...] Die Wolfowitz-Doktrin ist von 1991, als der damalige Verteidigungsminister Wolfowitz genau das schon gesagt hat: es geht jetzt darum, den Zusammenbruch der Sowjetunion dahingehend auszunutzen, die NATO bis an die russische Grenze zu erweitern und im Endeffekt Russland zu zerschlagen. Und damit schlägt sich der Bogen wieder zu dem, was ich am Anfang gesagt habe: Wolfowitz ist ein Wanderer zwischen den Welten, zwischen amerikanischer Regierung und Weltbank, zwischen amerikanischer Regierung und Federal Reserve Bank, das ist diese Privatbank, die den US-Dollar herausgibt. Jetzt sind wir wieder genau bei dem Punkt, dass diese Leute keine Ruhe geben, solange es eigenständige, souveräne Staaten gibt, die außerhalb ihrer Diktatur des US-Dollars Handel treiben wollen. Und da war halt 1914 und 1939 das Deutsche Reich im Weg. 1941 war Japan im Weg. Und 2022 ist Russland im Weg.“¹⁸⁶⁰

Müller behauptet, dass Deutschland von den USA bzw. von „dunklen Mächten“ in beide Weltkriege getrieben worden sei, ebenso Japan als der Verbündete des Deut-

¹⁸⁶⁰ Müller, Hansjörg: Redebeitrag vom 12.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.11.2022, Kanal: „Hansjörg Müller MdB“, abgerufen am 15.11.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

schen Reichs unter Hitler. Die Aussage, dass das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg aktiv nicht angestrebt und auch nicht in eigener Entscheidung zielgerichtet angestrengt habe, widerspricht nicht nur fundamental sämtlichen Ergebnissen weltweit durchgeführter wissenschaftlicher Forschungen, sondern entlastet die damalige Führung Deutschlands ohne Anführung von Belegen von der Verantwortung für dieses Verbrechen, das etwa 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Müllers Betonung der „dunklen Mächte“ hinter dem angeblichen Aggressor USA und seinen finanziellen bzw. machtpolitischen Interessen zielt auf „Juden“ als die eigentlichen Hintermänner. Damit greift Müller die NS-Propaganda auf, wonach Juden Deutschland in beide Weltkriege getrieben hätten. Müller führt somit die NS-Propaganda fort und verharmlost das NS-Regime und seine verbrecherischen Ziele und Handlungen.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber schrieb am 9. August 2022 auf Telegram:

„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. [...] Sie, also die Denkschule der heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. Wir müssen uns von Clans beherrschen, von den eingewanderten Kulturen aus den kriminellsten Regionen der Erde jeden Tag aufs Neue beglücken lassen und die westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat, schweigt, relativiert, inszeniert mit ihrer Wortakrobatik eine neue Normalität. Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt.“¹⁸⁶¹

¹⁸⁶¹ Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Weber diffamiert hier durch die Anführung des Nationalsozialismus die „68er-Denk-schule“ und ihre „Post-68er-Nachfolger“, wozu er die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zählt. Diese Gruppe bezeichnet er als die „geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten“ und setzt sie mit „ideologisch verarnbten Nazirichtern“ gleich. Dadurch verharmlost Weber in grober Weise den Nationalsozialismus und seine verbrecherische Dimension.

Mit der Behauptung Webers, es gebe eine *„westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat“*, wird der vulgäre und brachiale Antisemitismus des Hetzblatts Der Stürmer, der einen wesentlichen Teil zur Radikalisierung der antijüdischen Stimmung im Deutschen Reich und der antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes beitrug, mit einer angeblichen „Germanophobie“, die sich in einem „Rassismus gegen die eigenen“ äußere, parallelisiert. Der Stürmer stachelte in unverstellter Weise zum Hass gegen Juden auf, verleumdete sie auf das Abstoßendste und schuf den Boden für ihre Diskriminierung, Absonderung, Deportation und Ermordung. Nach Webers Erzählung „schweige“ und „relativiere“ die „westdeutsche Stürmerpresse“, zudem „inszeniere sie mit ihrer Wortakrobatik“ eine „neue Normalität“. Weber gibt damit zum Zweck maximaler Diskreditierung Sachverhalte als gleichwertig aus, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Diese Gleichsetzungen stellen eine massive Verharmlosung des ideologischen Kernelements des Nationalsozialismus, des Antisemitismus, dar und bedeuten damit auch eine Beschönigung des NS-Regimes.¹⁸⁶²

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag von dem AfD-Mitglied Adolf Frerk, in dem dieser den regierenden Parteien unterstellt, politische Oppositionelle als „Untermenschen“ zu klassifizieren. Damit bedient er sich eines Begriffs aus dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten, mit dem diese ursprünglich insbesondere Jüdinnen und Juden verunglimpften und zum Feindbild erklärten:

„Tradierte Werte wie Fleiß, Ordnung oder Pünktlichkeit gelten inzwischen als überholt. Mit ihnen ließe sich auch ein KZ betreiben, heißt es. [...] Alle Verantwortlichen – deren Kreis ist weit anzusetzen – sollten mit ihrem gesamtem privatem Vermögen einschließlich ihrer Versorgungsansprüche für die skandalösen

¹⁸⁶² Vgl. hierzu auch Kapitel E. I. 1. d.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Verluste der Bürger herangezogen werden. Zu dieser Abrechnung mit den Schuldigen wird es nicht kommen, denn diese Herrschaften haben eine alte Masche neu entdeckt. Wer im Dritten Reich Kritik an den Mächtigen übte, wirkte ‚zersetzend‘ und wurde aus dem Verkehr gezogen. Manchmal erhielt der ‚Zersetzer‘ gnadenhalber einen Jagdschein‘, d. h. er wurde für unzurechnungsfähig erklärt und blieb unbehelligt. [...] Kritiker der aktuellen Politikklasse wirken ‚delegitimierend‘, es wird ihnen also unterstellt, dass sie die Demokratie beseitigen wollen. Für solche Untermenschen gibt es keinen Jagdschein, sondern den Staatsschutz. Ihm kommt die Rolle des willigen Helfers gegen missliebige Argumente und unbequeme Parteien zu. So erklären sich die wüsten Attacken des Parteienkartells auf die AfD, die als einzige die Machenschaften der Abwickler Deutschlands zu entlarven sucht.“¹⁸⁶³

In seinen Ausführungen setzt Frerk die Bundesregierung mit den Nationalsozialisten gleich und relativiert damit die Verbrechen des Nationalsozialismus. Durch die unkommentierte Veröffentlichung des Beitrags machte sich der Kreisverband die Aussagen Frerks zu eigen.

Anlässlich eines Artikels von Apollo News mit dem Titel „AfD-Verbotsantrag – Marco Wanderwitz fordert ‚das totale Auslöschen‘ der AfD“ schrieb Martin Renner (MdB, NW) am 9. Juli 2024 auf Facebook:

„Diese Art ‚Musterdemokraten‘ verteidigen unsere Demokratie mit allen Mitteln und seien diese noch so faschistisch. Schön und wichtig, dass es Euch CDU-Musterdemokraten gibt. Ihr müsst Euch jetzt halt nur noch überlegen, wo ‚das totale Auslöschen‘ stattfinden soll - in Auschwitz oder in Bergen-Belsen?“¹⁸⁶⁴

Auch hier erfolgt eine relativierende Gleichsetzung von CDU-Politikerinnen und Politikern mit den Nationalsozialisten, indem Renner andeutet, die CDU plane, AfD-Politikerinnen und -Politiker in Konzentrationslagern auszulöschen.

Thomas Dietz (MdB, SN) schrieb anlässlich des 90. Jahrestags der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen von 1933 in einem Facebook-Post vom 10. Mai 2023:

¹⁸⁶³ AfD-Kreisverband Kleve: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse“ vom 16.06.2022, in: www.afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

¹⁸⁶⁴ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 09.07.2024, abgerufen am 23.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

„Dass ausgerechnet in Deutschland Jahrzehnte nach der Bücherverbrennung Menschen mit ‚falscher‘ Meinung wieder reihenweise zensiert, schikaniert, entmenslicht und verhetzt werden, dass Buchhändler wieder Bücher sortieren, um politisch ‚unreine‘ Bücher aus dem Sortiment zu halten, ist unerträglich. Die Denk- und Verhaltensmuster haben sich leider, anders als erhofft, nur wenig geändert – nur die Erscheinungsformen und vor allem die Lackierung sind andere.“¹⁸⁶⁵

Dietz stellt in seinem Vergleich, der faktisch eine Gleichsetzung darstellt, die Zustände der sich im Frühsommer 1933 noch festigenden NS-Diktatur mit denjenigen politischen Zuständen der Bundesrepublik des Jahres 2023 auf eine Stufe und insinuiert gar, in Deutschland werde Zensur praktiziert. Damit wird zum Ersten die bundesdeutsche Demokratie der Jetztzeit auf dieselbe Stufe einer Diktatur herabgewürdigt. Zum Zweiten wird im gleichen Zuge das NS-Regime und sein bereits Anfang 1933 hochgradig repressives, menschenwürdewidriges und nicht zuletzt mörderisches Handeln massiv verharmlost, da es demjenigen des heutigen demokratischen Deutschlands als gleichwertig ausgegeben wird. Zum Dritten usurpiert Dietz für diejenigen, für die er hier vorgibt Partei zu ergreifen, ohne Berechtigung den Opferstatus, was in einer Verhöhnung der tatsächlichen Opfer des Jahrs 1933 resultiert. Und zum Vierten stellt er die heute Handelnden als Wiedergänger der Nationalsozialisten mit anderer „Lackierung“¹⁸⁶⁶ dar, was eine ehrabschneidende Beleidigung und Herabwürdigung dieser Personen ebenso darstellt wie zum Fünften erneut eine Verharmlosung der Nationalsozialisten des Jahres 1933 bedeutet.

b. Ablehnung der für die BRD aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

In ihrer Bewerbungsrede für den Posten als Beisitzerin im Bundesvorstand auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 äußerte Christina Baum (MdB, BW/ST):

„Und eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht sogar die allerwichtigste muss sein, unserem Volk wieder ein natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, einen gesunden Nationalstolz zurückzugeben. Beides wurde unter den

¹⁸⁶⁵ Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 10.05.2023, abgerufen am 16.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d. aa.)

¹⁸⁶⁶ Der Topos der „Lackierung“ geht auf die antikomunistische Positionierung der SPD der späten 1920er-Jahre zurück. Damals grenzte sich die SPD vom Totalitarismus der „rotlackierten Faschisten“ der KPD (später auch der SED) ab.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

*Trümmern einer jahrzehntelangen Schuldhaftigkeit verschüttet. Und diese Trümmer müssen wir endlich beiseite räumen. Ich träume mit vielen von euch den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selber in die Hand nimmt.*¹⁸⁶⁷

Baum diagnostiziert, dass in Deutschland aktuell kein „*natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen*“ und kein „*gesunder Nationalstolz*“ vorhanden sei. Ebenso wenig sei das deutsche Volk souverän, frei und selbstbestimmt. Grund all dieser angeblichen Mangelerscheinungen sei eine „*jahrzehntelange Schuldhaftigkeit*“. Baum fordert, diese „*Schuldhaftigkeit*“ zu beseitigen, um das von ihr angestrebte „*natürliche Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen*“, „*gesunden Nationalstolz*“ sowie Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung wiederherzustellen. Diese Ausführung Baums ist als an das rechtsextremistische Narrativ des „Schuldkults“¹⁸⁶⁸ angelehnte Positionierung erkennbar. Hiernach sei die den Deutschen angeblich aufgezwungene Erinnerung an den Nationalsozialismus bzw. die Einforderung der Verantwortungsübernahme ein Instrument der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterjochen und finanziell ausbeuten zu können. Wenn Baum von der als zentrales Übel ausgemachten „*Schuldhaftigkeit*“ spricht, ist diese als moralische Verantwortungsübernahme des bundesdeutschen Staates und des deutschen Volkes für die Verbrechen des NS-Regimes zu verstehen. Obwohl diese Verantwortungsübernahme in keiner Weise im Widerspruch zu den von Baum angestrebten Zielen steht, vielmehr sogar deren (historische) Voraussetzung war und ist, lehnt Baum die Übernahme dieser Verantwortung ab bzw. fordert ihr Ende. Indem Baum die Berechtigung und Notwendigkeit moralischer, rechtlicher und finanzieller Folgen der Handlungen des NS-Regimes für die Bundesrepublik zurückweist, minimiert sie die unverkennbare Monstrosität dieser Verbrechen. Damit verharmlost sie den Nationalsozialismus und seine kriminelle wie menschenverachtende Natur.

¹⁸⁶⁷ Baum, Christina: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 01.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. a.)

¹⁸⁶⁸ Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281; BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 831, 836, zur Bewertung des Terminus „Schuld Kult“ als antisemitisch und Holocaust-relativierend auch OLG Karlsruhe, Urt. v. 23.06.2021, 6 U 190/20, juris, Rn. 181, als „nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehend“ ferner BGH, Urt. v. 05.10.2023, RiZ (R) 1/23, juris, Rn. 40.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Am 10. und 11. September 2024 führte Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand, stellvertretender Vorsitzender der JA Sachsen und Listenkandidat zur sächsischen Landtagswahl) auf X unter seinem Pseudonym Fabian Keubel eine Diskussion mit einem anderen Nutzer über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der Nutzer kritisierte dabei, in der Neuen Rechten fehle eine „*substanziell kritische Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich*“. Küble entgegnete darauf:

*„Für die ‚kritische Auseinandersetzung‘ mit dem Uraltkapitel aus Annodazumal haben wir ja die Linken mit ihrem Schuld kult. Eine Rechte braucht das nicht. Weder im positiven noch im negativen Sinne.“*¹⁸⁶⁹

Der andere Nutzer erwiderte darauf u. a., die NS-Zeit sei „*kein Uraltkapitel, sondern das Zentrum des geistigen Koordinatensystems im heutigen Deutschland*.“ Küble entgegnete:

*„Das mag vielleicht für Schuld kult-Boomer gelten, die von dieser Episode besessen sind. Für mich als Millenial ist das hingegen alter Kaffee und genau so relevant wie Nero, Atila der Hunnenkönig und die Hottentot.“*¹⁸⁷⁰

In einem weiteren Beitrag schrieb Küble:

*„Die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mag ja ganz interessant sein, aber ich hab nichts davon erlebt, nichts davon tangiert mich.“*¹⁸⁷¹

Seinem Gesprächspartner warf er eine „*Schuldneurose*“ vor.¹⁸⁷²

Küble bestreitet damit die laut Bundesverfassungsgericht „*für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland [...] gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung*“¹⁸⁷³ des Nationalsozialismus und negiert die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen. Er äußert dabei nicht lediglich fehlendes persönliches Interesse, sondern lehnt jede Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrücklich ab, indem er sie etwa als pathologisch diffamiert und mit Besessenheit, Neurose und Krampfhaftigkeit in Verbindung bringt. Die aus dem Nationalso-

¹⁸⁶⁹ Küble, Fabian: Tweet vom 10.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.

¹⁸⁷⁰ Ebd.

¹⁸⁷¹ Küble, Fabian: Tweets vom 11.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.

¹⁸⁷² Ebd.

¹⁸⁷³ BVerfG, Ur t. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

zialismus gezogenen Lehren und die daraus erwachsende Verantwortung sollen demnach für die heutige Politik keinerlei Bedeutung haben. Die wiederholte Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults“ und der „Schuldneurose“ als dessen Variation deuten darauf hin, dass Küble die Erinnerungskultur als ein Hindernis für eine durch ihn angestrebte politische Wende ansieht.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), Marvin Weber, schrieb am 26. Juli 2022 auf Telegram:

*„Ich bin fest davon überzeugt dass es den einheimischen Deutschen auf der Seele brennt endlich wieder ohne ewigen Schuldkult Deutsche im eigenen Land sein zu dürfen – und zwar stolz und tugendhaft, ohne sich einer sich diskriminiert fühlenden Minderheit von Diskriminierern und antideutschen Rassisten und eingewanderten Faschisten unterzuordnen. Wir wollen endlich wieder frei von den ewigen Ketten der ewigen Geschichtsinstrumentalisierung der uns ausplündern den Staaten sein. Wir sind die friedlichen Nachkriegsgenerationen und lassen uns nicht mehr entmüdigten, entrechten oder versklaven. [...] Eure Nazikeule, die ihr inflationär und geschichtsrelativierend gegenüber uns nutzt ist das Abscheulichste und Erbärmlichste, was ich jemals gehört habe.“*¹⁸⁷⁴

Weber behauptet, Deutschland werde durch fremde Staaten mittels einer nicht enden wollenden „Geschichtsinstrumentalisierung“ ausgeplündert, entmündigt, entrechtet und versklavt. Solches versuchten diese Staaten umzusetzen, obwohl es sich heute doch um „friedliche Nachkriegsgenerationen“ handle. Weber nutzt in seiner Beschreibung den rechtsextremistischen Begriff des „Schuldkults“.¹⁸⁷⁵ Ein solcher „Schuldkult“ sei den Deutschen auferlegt worden und halte sie davon ab, sich stolz und tugendhaft zu fühlen und zu verhalten. Im Weiteren beschuldigt er in der Logik der Täter-Opfer-Umkehr die „fremden Staaten“, sich unberechtigt an Deutschland zu bereichern und es durch „Entmündigung, Entrechtung und Versklavung“, damit durch nicht rechtsstaatliche Mittel, zu beherrschen. In der Pauschalität seiner Behauptungen lehnt Weber die aus dem NS-Regime für die Bundesrepublik folgende rechtliche, finanzielle und moralische Verantwortung in ebenso undifferenzierter wie grober Weise ab. Hiermit

¹⁸⁷⁴ Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.

¹⁸⁷⁵ Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

spielt Weber zugleich die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes als geringfügig und keiner Reaktion – beispielsweise im Sinne eines Versuchs der Kompensation – bedürftig herunter. Dies stellt eine Verharmlosung des Nationalsozialismus dar.

Weber äußerte im Rahmen einer Demonstration am 24. Juli 2022 außerdem:

*„Man rettet und verteilt das Steuergeld im Weltretter-Wahn und der kollektiv-historischen Zwangsneurose an den Rest der Welt und vergisst mit voller Absicht das eigene Volk, die eigenen Deutschen, seine Nächsten. Die Herrschaft der Schlechtesten in Deutschland hilft allen Völkern auf dieser Welt aufopferungsvoll und mit ewigen historischen Schuld kult, überweist gerne Mal 10 Milliarden deutsches Steuergeld nach Indien aus vermeintlichen Klimaschutzgründen und lässt die eigenen Bürger im zerstörten Ahrtal alleine, um wiederum von Indien über-
teuertes Gas und Öl zu kaufen, welches diese wiederum aus Russland beziehen! Das ist die Idiotenherrschaft in Deutschland in Reinform, meine Damen und Herren.“¹⁸⁷⁶*

Weber setzt eine von ihm als außergewöhnlich großzügig dargestellte finanzielle Unterstützung Indiens durch die Bundesrepublik in Kontrast zu einer angeblich systematischen Vernachlässigung Deutschlands durch die Bundesregierung. Als Ursache oder mindestens wesentlichen Faktor hierin macht er einen deutschen „ewigen historischen Schuld kult“ und eine „kollektiv-historische Zwangsneurose“ aus. Weber nutzt hier den rechtsextremistischen Begriff des „Schuld kults“¹⁸⁷⁷ und führt dessen zentrale Botschaft aus: Die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes und/oder die konkrete Übernahme von Verantwortung durch die Bundesrepublik werde genutzt, um Deutschland auszubeuten. Weber bestreitet damit grundsätzlich, dass die Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik angesichts der Dimension der NS-Verbrechen moralisch angemessen oder in materieller Hinsicht schlicht rechtlich verpflichtend sein könnte. Dies bedeutet eine Minimierung der verbrecherischen Dimension des Nationalsozialismus und beschönigt die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie.

¹⁸⁷⁶ Weber, Marvin: Rede in Paderborn (NW); veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...) am 26.07.2022, Kanal: „Marvin Weber“, abgerufen am 27.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. b.)

¹⁸⁷⁷ Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Der Co-AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte in einem Interview mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert für die rechtsextremistische Zeitschrift Sezession am 11. Mai 2023:

„Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche. Historische Schuld sollte unser Handeln nicht länger bestimmen. Irgendwann wird der russische Botschafter zu unserer Gedenkfeier kommen. Das ist Teil meiner Arbeit für die beiderseitige Aussöhnung.“¹⁸⁷⁸

Diese Aussage steht im Kontext dessen, dass Chrupalla selbst am 9. Mai 2023 anlässlich des Gedenktags des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu Gast in der russischen Botschaft in Berlin war. Chrupalla plädiert vor diesem zeitlichen Hintergrund dafür, dass historische „Schuld [...] unser Handeln nicht länger bestimmen“ solle. Hiermit bezieht er sich auf die aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen für das deutsche Volk. Der vage Begriff „historische Schuld“ umfasst dabei sowohl die Dimension der unleugbaren individuellen Schuld konkreter Täter wie des Deutschen Reichs im Allgemeinen als auch die Dimension heutiger moralischer, politischer und rechtlicher Verantwortung der Deutschen und der Bundesrepublik im Sinne historischer Kontinuität. Chrupalla stellt den Fortbestand dieser Linie der Verantwortungsübernahme von individuellen und kollektiven Taten zwischen 1933 und 1945 durch den Staat Bundesrepublik Deutschland in Abrede.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) postete am 18. September 2023, beworben mit einem Meme mit dem Text „Schuld anerkennen, Schuld kult beenden!“ seinen Redetext zum „3. Preußenfest“ am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite. Dort sagte er u. a.:

„Unser ganzes Deutschland wurde für die Verbrechen einiger weniger Verbrecher mit der Amputation seiner Regionen im Osten bestraft, gut ein Drittel des Territoriums, und geographisch vielleicht ein Rand, aber kulturell alles andere als randständig, sondern bester deutscher Kultur- und Mutterboden. [...] Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. [...]

¹⁸⁷⁸ Sezession: „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla“ vom 11. Mai 2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 18.08.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenüberreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen. [...] Liebe Freunde, unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust.“¹⁸⁷⁹

Tillschneider betont in Hinblick auf die NS-Zeit zwar mehrfach, dass es eine deutsche Schuld gebe und dass diese „sicherlich“ groß sei, jedoch sieht er diese zum einen als getilgt an, zum anderen schreibt er diese ausschließlich der NS-Führungsriege zu. In der Folge plädiert er für ein Ende des „Schuld-kults“ und dafür, dass diese Vergangenheit Quell von „Lust“ werden solle. Tillschneiders Behauptung, ausschließlich die NS-Führungsriege habe Verbrechen begangen und das deutsche Volk sei dem wehrlos ausgesetzt gewesen, widerspricht in eklatanter Weise den seit vielen Jahrzehnten vorgelegten Forschungsergebnissen der internationalen Geschichtswissenschaft. Diese hat festgestellt, dass Hitler und die NS-Führungsriege auch ohne die Ausübung diktatorischen Drucks auf die passive und aktive Zustimmung zum NS-Regime und seiner Ideologie, Mitwirkung an der Etablierung des diktatorisch-totalitären Verhältnisse und auf die Mittäterschaft weiter Teile des deutschen Volkes an Verbrechen bis hin zum Holocaust bauen und darauf zurückgreifen konnten.¹⁸⁸⁰ Unabhängig davon ist jedenfalls ab dem Zeitpunkt, zu dem der nationalsozialistische Machtapparat aufgebaut war, eine aktive Teilnahme an den Gräueltaten durch mehr als nur „einige wenige Verbrecher“ belegt. Tillschneider entlastet die Deutschen damit in geschichtsrevisionistischer Weise faktenwidrig und pauschal von ihrer Verantwortung für die Wahl Hitlers, für weitgehende Zustimmung zur Etablierung der NS-Diktatur und nicht zuletzt für die Teilhabe an Verbrechen und insbesondere Genoziden. Tillschneider verwendet im Weiteren

¹⁸⁷⁹ Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 29.07.2024.

¹⁸⁸⁰ Eine klassische Studie, die die freiwillig ablaufende Beteiligung von durchschnittlichen Deutschen am Holocaust belegt, ist: Browning, Christopher: „Ganz normale Männer“. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen“, Reinbek bei Hamburg 1993.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

den rechtsextremistischen Begriff des „Schuldkults“,¹⁸⁸¹ um eine fortdauernde Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik und der deutschen Gesellschaft für die von ihm durch Gebietsverluste als getilgt ausgegebene deutsche Schuld zu diffamieren. Dass es sich bei Tillschneiders grundsätzlichem Bekenntnis zur deutschen Schuld um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt, zeigt sein Ausspruch, *„unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust“*. Wäre die gegenüber anderen Völkern angehäuften deutsche Schuld – wie Tillschneider behauptet – tatsächlich vollständig getilgt, bliebe die Tatsache einer menschenverachtenden Diktatur im Inneren dennoch bestehen. Das Bild der NS-Zeit wäre darum schon angesichts des Leids und Unrechts, das deutsche Staatsbürger durch das NS-Regime erlitten haben, keineswegs positiv oder neutral, sondern unverändert negativ. Keinesfalls könnte die NS-Zeit jedoch als Quelle der *„Lust“* bezeichnet werden. Mit dieser Argumentation legt Tillschneider eine positive Bewertung des Nationalsozialismus – wenn auch abzüglich seiner Verbrechen – nahe.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults“ zu bewerten:

In einem Facebook-Post vom November 2023 bediente sich Tillschneider dann eines Zitats von Bertolt Brecht und instrumentalisierte dessen Verse, um erneut *„den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen“*:

„Brecht gegen Schuldkult!

Ich hör die Herrn in Downingstreet noch schelten! Weil Ihr's gelitten, trüget Ihr die Schuld.

Wie dem nun sei: Die Herren schelten selten der Völker unerklärliche Geduld.

Das sind meine Lieblingsverse von Berthold Brecht. Sie stehen in der Kriegsfiabel neben einem Hitlerbild und eignen sich hervorragend, um den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen.

Die Schuldzuweisung an das deutsche Volk durch die Siegermächte teilt Brecht nicht. Er bezeichnet die Siegermächte eher abfällig als scheltende ‚Herren in Downingstreet‘ und gibt ihre Schuldzuweisung nur im Konjunktiv wieder. Das ‚Wie dem nun sei‘ der dritten Zeile schreibt den Zweifel fest und suspendiert ihn

¹⁸⁸¹ Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

zugleich. Denn das Fazit und Faktum, an dem sich jeder, der an der deutschen Schuld zweifelt, festhalten soll, ist der Umstand, daß die Herren in aller Regel zufrieden damit sind, wenn das Volk keinen Widerstand leistet. So leichtfüßig ist noch kein Dichter mit der deutschen Vergangenheit umgegangen.“¹⁸⁸²

Zudem negierte Tillschneider in einer Gedenkrede vom 20. November 2023 abermals die Beteiligung von Soldaten an NS-Massenverbrechen und projizierte diese Taten lediglich auf eine „verschwindend geringe“ Anzahl von Personen:

„Nur ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten [hat] Verbrechen verübt. Unsere Urgroßväter und unsere Großväter waren keine Verbrecher!“¹⁸⁸³

Tillschneider nimmt hier die seit Jahrzehnten von Rechtsextremisten so oder so ähnlich formulierte Aussage „Opa war Soldat – kein Verbrecher“ auf. Indem die systemische Rolle der Wehrmacht und die Ebene individueller Schuld vermischt werden, findet eine Exkulpierung nicht nur praktisch aller Wehrmachtssoldaten, sondern auch der Wehrmacht als Organisation statt. Tillschneider bestreitet also faktisch, dass, zum Ersten, die Wehrmacht im Osten einen Vernichtungskrieg führte, der in seiner Gesamtheit ein Kriegs- und Menschheitsverbrechen darstellt. Zum Zweiten verneint er, dass die Wehrmacht wesentlich an der organisatorisch-logistischen und auch unmittelbaren Durchführung des Holocaust, etwa durch Erschießungen, beteiligt und eng eingebunden war. Und zum Dritten behauptet Tillschneider wider jede wissenschaftliche Evidenz, dass lediglich „ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten“ Verbrechen begangen habe. Tillschneider bringt hiermit die geschichtsrevisionistische Argumentationsfigur der „sauberen Wehrmacht“ vor, die die Beteiligung oder (aus)führende Rolle der Wehrmacht an verschiedenen Verbrechen – vom Angriffskrieg über die auf Vernichtung ausgerichtete Kriegsführung bis zur Mittäterschaft am Holocaust – in Abrede stellt und die Zahl derjenigen, die sich tatsächlich schuldig gemacht haben, kontrafaktisch minimiert.

Am 10. Mai 2024 veröffentlichte das Freilich-Magazin einen Kommentar von Hans-Thomas Tillschneider zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945.

¹⁸⁸² Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.

¹⁸⁸³ Tillschneider, Hans-Thomas: Rede vom 20.11.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...) am 20.11.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 22.11.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Darin äußerte sich Tillschneider ähnlich über die Wehrmacht:

„Für die deutsche Armee freilich war der 8. Mai eine Niederlage. Jeder Soldat will den Krieg, in dem er kämpft, gewinnen. Die Politik interessiert ihn nicht. Er ist ein Arbeiter im Kriegshandwerk. Er trifft keine Entscheidungen, er empfängt Befehle. Wird er missbraucht, trifft ihn keine oder nur eine sehr reduzierte und spezielle Verantwortung. Die durch das Hitlerregime missbrauchte Wehrmacht war am 8. Mai besiegt worden. [...] Der 8. Mai: Tag der militärischen Niederlage.“¹⁸⁸⁴

Über die Nachkriegsentwicklung Deutschlands ab dem 8. Mai 1945 führte Tillschneider zudem aus:

„Deutschland wurde von der Hitlermacht befreit, um es unter die Herrschaft der Besatzer zu stellen. Und in den ersten Monaten war auch diese Besatzung Unrecht, denn wie will man die zahlreichen Verbrechen der Besatzungstruppen von den Rheinwiesenlagern bis zu den Vergewaltigungen im Osten anders bezeichnen? [...] Der 8. Mai: Tag der Besatzung und Teilung Deutschlands.

Die Teilung endete 1990. aber noch stehen 38.000 amerikanische Soldaten auf dem deutschen Boden. [...] Ein Gedenken an den 8. Mai sollte deshalb in die Vergewisserung münden, dass es heute darauf ankommt, die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen. Das ist das Vermächtnis des 8. Mai.“¹⁸⁸⁵

In geschichtsrelativierender Weise nimmt Tillschneider das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 nicht als positives Ereignis wahr, sondern rückt vielmehr die „militärische Niederlage“ sowie die „Besatzung und Teilung Deutschlands“ in den Fokus seiner historischen Betrachtung. Die damalige Besatzung in Deutschland begreift er als „Unrecht“ und behauptet in faktenwidriger Weise, dass diese bis heute fortduere und es daher notwendig sei, „die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen“. Dies sei letztlich das Vermächtnis des 8. Mai – nicht das historische Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs.

¹⁸⁸⁴ Freilich: „Die Befreiung vollenden! – Dimensionen des 8. Mai“ vom 10.05.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 13.05.2024.

¹⁸⁸⁵ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Auch Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BW) monierte im Februar 2024 auf Telegram abermals einen vermeintlichen „Schuldkult“:

„Ich jedenfalls bin KONSERVATIV Weil es RECHT und RICHTIG ist.

...weil ich WERTE in mir trage, die mir von meinen Großeltern und Eltern mit auf den Lebensweg gegeben wurden und die ich verinnerlicht habe.

Dies fehlt dem linken und woken Teil unserer Gesellschaft, die einer Ersatzideologie hinterherlaufen weil sie mit sich selbst nicht im Reinen sind.

Weil ihnen der Schuldkult Identität und Nationalstolz genommen hat und sie tatsächlich glauben, im Internationalismus mit der Vermischung der Völker könnte ihre Seele Ruhe finden.

Das Gegenteil wird der Fall sein. Diese Entwicklung schadet allen Völkern dieser Erde.“¹⁸⁸⁶

Der AfD-Kreisverband Würzburg (BY) schrieb am 1. September 2022 zu den im Jahr 2022 von Polen erhobenen, auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehenden Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik:

„Wenn einem über 70 Jahre nach einem Krieg einfällt, dass man gerne nochmal über eine Billion an Reparationszahlung hätte, ist das einfach nicht ernst zu nehmen. Hier wird einfach auf die unvergleichliche Dummheit unserer aktuellen Regierung gebaut und darauf gehofft, dass wenn man nur genug fordert, man schon ein paar Milliarden Euro von den Deutschen abgreifen kann.“¹⁸⁸⁷

Ein Facebook-User kommentierte:

„Wer hat den den WW2 verursacht? Da is Polen ganz vorne dabei. Theoretisch müssten wir von Pole. Geld verlangen..“¹⁸⁸⁸

Der Kommentar war auch fast zwei Jahre nach Erstellung noch unwidersprochen abrufbar.

Der AfD-Kreisverband Würzburg negiert, dass eine Forderung von Reparationszahlungen im Jahr 2022 rechtens sein könne und suggeriert, dass die Forderung Polens

¹⁸⁸⁶ Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 28.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

¹⁸⁸⁷ AfD Kreisverband Würzburg: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 06.08.2024.

¹⁸⁸⁸ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

unter Ausnutzung der Regierung Deutschlands aus Gier erhoben würde („abgreifen“) – und nicht, weil dahinter Schäden stehen könnten, deren legitime Kompensation bislang nicht erfolgt ist. Damit wird die Forderung Polens – ohne dass beispielsweise eine Abwägung unterschiedlicher Rechtsauffassungen über die völkerrechtliche Abgeschlossenheit von Reparationszahlungen der Bundesrepublik vorgenommen wird – pauschal als unberechtigt dargestellt. Polen werden zudem undifferenziert niedrige Beweggründe attestiert und damit wird ohne Benennung der vom Deutschen Reich zu verantwortenden, planmäßig ausgeführten enormen Verheerungen eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen. Dies stellt eine Verharmlosung der Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Zudem lässt der AfD-Kreisverband einen Kommentar unwidersprochen stehen, der Polen als wesentlichen Mitverursacher des Zweiten Weltkriegs bezeichnet und die im Referenz-Post vorgenommene Täter-Opfer-Umkehr noch steigert, indem die Forderung erhoben wird, Deutschland solle von Polen Reparationen fordern. Die Behauptung, Polen trage Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, widerspricht sämtlichen Ergebnissen geschichts- und politikwissenschaftlicher Forschungen der vergangenen Jahrzehnte und entlastet das nationalsozialistische Deutsche Reich ohne jeden Beleg von einem seiner größten Verbrechen.

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und Bundestagsabgeordnete Harald Weyel veröffentlichte am 1. September 2023 einen Facebook-Beitrag mit folgendem Inhalt:

„Eh bien, zurück im ehemaligen ‚Reichsgebiet‘...

PS: Ob nun Rückkehrversuche über Gottard Tunnel oder Paß: Überall schaffen es dilettierende ‚gewerbliche Verkehrsteilnehmer‘ ihre Fahrzeuge trocken zu fahren oder ihre Anhänger umzukippen!

PPS: So schon auf der Hinfahrt ein poln. Kleinlaster. Dergleichen sollte doch sofort in allfällige neue #Reparationsverhandlungen einbezogen werden, oder?!!!

;))“¹⁸⁸⁹

¹⁸⁸⁹ Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 01.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.